

politix

Ausgabe 51 | 2024



Wissens(un)ordnungen

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010
Wien

ISSN 1990-4630

-Editorial-

Dass Wissen und Wahrheit politische Kategorien sind, wurde in den Seuchenjahren 2020 ff. selten wie lange nicht deutlich. Retrospektiv lässt sich über die Entwurmungsmittel-Predigten des selbsternannten Volkskanzlers in spe vielleicht schmünzeln. Genauso wie mit etwas zeitlichem Abstand die Symbiose aus Hooligans, Aluhüten und christlichen Fundamentalist:innen, die Seit' an Seit' gegen Weltverschwörung, samt Corona-Diktatur und Great Reset, kämpften, irgendwie eigenartig anmuten mag. So schnell die selbsternannten Retter der Freiheit und ihr parteipolitischer Arm, die MFG, auftauchten, so schnell waren sie wieder in der Versenkung verschwunden.

Doch diese vermeintlich kuriosen Phänomene sollten den Blick auf eine Entwicklung lenken, die schon lange im Gange ist, aber bis März 2020 kaum von öffentlicher Relevanz war. „Wer Globuli säht, wird Impfgegnerschaft ernten“, überschrieb das Wissenschaftsmagazin „Spektrum“ im November 2021 einen Artikel. Darin heißt es, die Attraktivität von Verschwörungsmithen sei in vorpandemischen Zeiten zu suchen, schon Homöopathie könne „der Einstieg zum Ausstieg aus dem rationalen Denken sein“.

Gerade der Alpenraum war und ist „ein Sammelbecken für unwissenschaftliche und esoterische Strömungen“, schreibt Alexander Bauer in seinem Beitrag auf Seite 57. Grander-Wasser und die Astrologin Gerda Rogers, welche jeden Sonntag im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Fragen ‚beantwortet‘, indem sie in die Sterne schaut, sind lediglich der prominenteste Ausdruck dieser Tendenz.

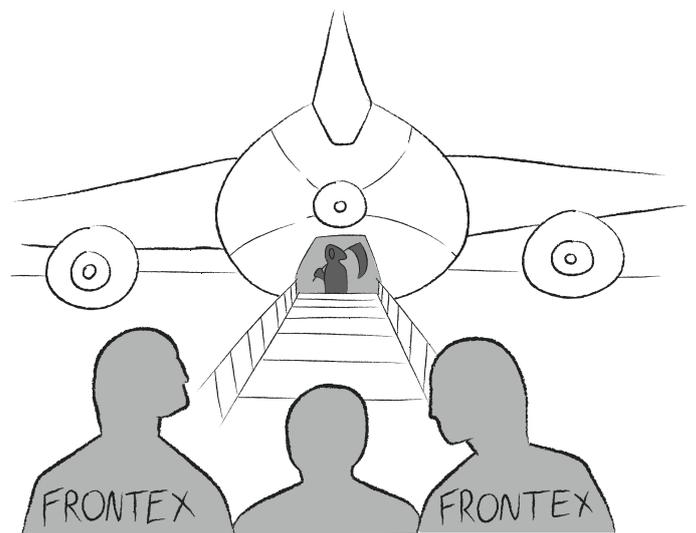
Doch Wissens(un)ordnungen können weit gefährlichere Formen annehmen als übertriebene Zuckerkügelchen und wunderheilende Salze. In seinem Text über die „pathologische Klassengesellschaft“ schreibt Niklas Uhl (ab Seite 69) über den Zusammenhang von Depression und die (verkannten) gesellschaftlichen Ursachen und Edgar Subak geht ab Seite 17 russischer Propaganda auf den Grund. Linda Nutz geht ab Seite 20 einen unangenehmen, aber entscheidenden Schritt weiter. Anhand von Kolonialherrschaft und Grenzregimen zeigt sie: Wissen kann tödlich sein.

Um abschließend noch zu etwas Erbaulicherem zu kommen: Wie bereits in *politix* #50 steckt auch in diesem Heft etwas Institutsgeschichte. Ulrich Brand hat mit Birgit Sauer die bewegte Geschichte des IPW rekonstruiert. Das Interview über von Ministern besetzte Professuren, das nicht immer konfliktfreie Verhältnis zum Institut für und Wien als „Zentrum der Genderstudies“, lest ihr ab Seite 3.

Abschließend darf ich mich noch für die hervorragende Arbeit der Redaktion bedanken, namentlich bei Charlotte Hofbauer, Christina Winder, Florian Mendl, Linda Nutz, Lorena Arancibia Encina, Michael Maier, Nathalie Hänle, Petra Kolb, Sebastian Rosenauer und Valentin Kasagranda. Außerdem gilt mein Dank gilt wie immer Claire Kardas und Katharina Hegedüs für Layout und Illustrationen!

Viel Spaß beim Lesen und einen guten Start ins neue Semester wünscht im Namen der Redaktion,

Johannes Greß



Inhalt

- 3** Interview: Ulrich Brand und Birgit Sauer über „Dauerkämpfe“ am Institut
Oliver Wittich
- 11** Verschwörungstheorien. Die Wissenschaft auf der Suche nach ihrem Feind
Oliver Wittich
- 17** Über das Verhältnis zwischen Medien und Zweifeln in einer Wissensdemokratie
Edgar Subak
- 20** Die EU zwischen Selbst- und Fremdbildern
Linda Nutz
- 26** Vorgänge auf der Schlangeninsel: Zur Herstellung von Wahrheit in einer dokumentaristischen Öffentlichkeit
Luca Kohlgraf
- 31** Postmoderne oder Prä-Faschismus?
Simon Schmid
- 39** Wissenschaftsfeindlichkeit und Populismus – ein klares Verhältnis?
Rainer Stummer
- 48** Wissenschaftsleugner:innen in der Klimaforschung?
Stefan Bodinger
- 51** Mehr als ein Reptil! „GECKO“: Die „Gesamtstaatliche COVID-Krisenkoordination“ aus sozialwissenschaftlicher Perspektive
Michael Maier
- 57** Die tiefe Verankerung von Homöopathie und Anthroposophie in den Alpen
Alexander Bauer
- 63** Wissen zu verkaufen, streng limitiert
Konstantin Philipp
- 69** Depression und postmoderne Gesellschaft
Niklas Uhl
- 76** Eine Kritik am Subjekt der Aufklärung
Petra Kolb
- 81** Der vergessene Begründer des Utopischen Sozialismus: Étienne-Gabriel Morelly
Julia Wackerbauer

Interview: Ulrich Brand und Birgit Sauer über „Dauerkämpfe“ am Institut

Birgit Sauer, jüngst pensionierte Professorin für Politik und Geschlecht am Institut für Politikwissenschaft, und Ulrich Brand, der aktuelle Leiter des IPW und Professor für Internationale Politik, rekonstruieren im Gespräch die Gründungs- und Entwicklungsgeschichte des Instituts und die Kämpfe um die Etablierung von Geschlechterforschung an der Universität Wien.

Ulrich Brand: Mit seiner Gründung als eigenständiges Institut 1977 leistete das Institut für Politikwissenschaft zunächst vor allem sozialwissenschaftliche Zuarbeit für die Betriebswirt:innen, welche mit 30 Professuren und 50 Assistent:innen die Größe der damaligen Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät (GRUWI) prägten. In etwa zur gleichen Zeit kam es zur Gründung des heutigen Instituts für Staatswissenschaft (ISW) durch Peter Gerlich als Professor und Karl Ucakar, Emmerich Tálos und anderen als Assistent:innen. Das ISW war damals an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät angesiedelt, welche kurz zuvor aus der Teilung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät hervorgegangen war. Nach der Institutsgründung Ende 1974 arbeitete das ISW daher stärker dem Juridicum zu. Warum gab es diese zwei Institute?

Birgit Sauer: Das IPW, das sogenannte „Schneider-Institut“, war damals ein konservatives, ÖVP-nahes Institut, das politisch-philosophisch und ideengeschichtlich orientiert war. Kollege Schneider selbst war katholisch-konservativ ausgerichtet. Diese Ausrichtung entsprach nicht der jüngeren Generation von sozialwissenschaftlich orientierten Politikwissenschaftler:innen, welche zu dieser Zeit vor allem am Institut für Höhere Studien (IHS) ausgebildet wurden. Diese Politikwissenschaftler:innen entwickelten also die Idee, ein zweites Institut zu gründen. Das ISW sollte stärker sozialwissenschaftlich ausgerichtet sein. Entsprechend des österreichischen Proporz haben sie das dann mit sozialdemokratischer Unterstützung gemacht. Nicht alle, aber die meisten haben sich auch eher so verstanden und daher die Fremdzuschreibung als das „rote Institut“ übernommen. Das damalige

Magisterstudium wurde entsprechend der Forschungsschwerpunkte der Kolleg*innen aus beiden Instituten angeboten. Das ISW hat aber insbesondere in den anderen Programmen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gelehrt.

Brand: Weißt Du noch, wie viele Studierende es zu Beginn im Fach Politikwissenschaft gab?

Sauer: Es waren von Anfang an viele. Denn viele, die Politikwissenschaft studiert haben, haben gehofft, den Jurist:innen Konkurrenz zu machen und durch das Studium in die staatliche Verwaltung zu kommen. Die klassische Beamten-Karriere für die Administration war damals ein Studium an der Jus-Fakultät, doch das Politikwissenschaftsstudium wurde als weit weniger anspruchsvoll als das Jus-Studium gesehen, deshalb hatte es von Anfang an einen großen Studierenden-Zulauf.

Brand: In welchem Jahr bist Du ans IPW gekommen und was war damals die personelle Konstellation am Institut?

Sauer: Schneider wurde 1991 emeritiert und seine Nachfolge wurde daraufhin ausgeschrieben. Auf diese Nachfolge hat sich Eva Kreisky beworben, die gerade am Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin eine befristete Geschlechterprofessur innehatte. Ich bin 1996 als Assistentin von Eva Kreisky ans IPW gekommen, die kurz davor die Nachfolge von Heinrich Schneider für die Professur „Politische Theorie und Ideengeschichte“ angetreten hatte. Damals waren Helmut Kramer und Hans-Georg Heinrich als Professoren, Charlotte Teuber als Honorarprofessorin, Wolfgang Pesendorfer, Ingrid

Schütz-Müller, Fritz Windhager und Regina Köpl als Mittelbau am IPW. Am ISW waren zu der Zeit Karl Ucakar, Peter Gerlich, Emmerich Tálos als Professoren – an beiden Instituten also Männer-Combos beim Gruppenbild mit wenigen Damen. Am ISW waren im Mittelbau Gerda Falkner, Marcel Fink und Walter Manoschek angestellt.

Noch eine kurze Bemerkung zur Nachbesetzung der Professur Schneider: Die Rolle der Studierenden war in diesem Berufungsprozess entscheidend. Die linksorientierte Studienrichtungsvertretung war damals noch mit einer Drittelparität in der Berufungskommission vertreten. Nach der Zeit des konservativen Schneiders und ersten Bemühungen um fortschrittlichere Zugänge setzte sich diese Studienvertretung für eine kritische Berufung ein. Mit Eva Kreisky und Alex Demirović waren neben anderen auch zwei kritische Leute zum Hearing eingeladen. Durch ihren Stimmenanteil hat die Studienvertretung dann erreicht, dass Kreisky auf Platz 1 und Demirović auf Platz 2 gekommen sind. Berufen wurde damals aber noch durch den Minister für Unterricht und nicht durch den Rektor. Der damalige Minister Erhard Busek (ÖVP) wollte Eva Kreisky, die der SPÖ zugeordnet wurde, zunächst nicht berufen. Das war ein Kampf, aber letztlich hat er es doch gemacht und Eva Kreisky übernahm 1995 die Professur für Politische Theorie am IPW und wurde Institutsleiterin.

Brand: *Gab es zu der Zeit dann andere Voll-Professuren?*

Sauer: Ja, Hans-Georg Heinrich hatte eine Professur für Osteuropa und Helmut Kramer für Internationale Politik. Die Professuren für Österreichisches System und Vergleichende Politik waren damals am ISW. Noch bevor Eva Kreisky – und auch ich – ans Institut kamen, war mit dem Ministerium ausgehandelt worden, dass das IPW mit zwei neuen Professuren personell besser ausgestattet werden soll: eine weitere Professur für Internationale Politik und eine für Vergleichende Politik. Die Entscheidung wurde vom Ministerium getroffen, unter der Maßgabe, dass es eine „rote“ und eine „schwarze“ Professur sein soll. Unglaublich (lacht).

Ich vermute fast, die „schwarze“ Professur war die, die es zuerst geben sollte und dann hat man eben noch eine zweite „rote“ dazu gegeben. Und auch die Namen der Personen dafür kursierten bereits.

Eva Kreisky war also mit dieser Situation konfrontiert und wollte die Vorgabe nicht akzeptieren. Sie hat daraufhin die Professuren ausgeschrieben und alle, die damals frisch habilitiert waren, aufgefordert, sich darauf zu bewerben.

Hintergrund

Die Gründung des Instituts für Politikwissenschaft (IPW) geht auf Heinrich Schneider zurück. Mit der Lehrkanzel „Philosophie der Politik- und Ideologiekritik“ war er ab 1968 zunächst am Institut für Philosophie angesiedelt. Ab 1971 gab es ein eigenes „Institut für Theorie der Politik“. Neben Heinrich Schneider wirkten in den folgenden Jahren Wolfgang Pesendorfer und Ingrid Schütz-Müller am Aufbau mit, welches ab 1977 als eigenständiges „Institut für Politikwissenschaft“ an der damaligen Grund- und Integrativwissenschaftlichen Fakultät (GRUWI) angesiedelt wurde. Ein weiteres „Institut für Staatswissenschaft“ wurde Ende 1974 an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät gegründet.

Darunter waren Sieglinde Rosenberger für die „Internationale“ Professur und Herbert Gottweis für die „Vergleichende“. Sieglinde Rosenberger hatte, kurz bevor Eva Kreisky ans Institut gekommen ist, eine Gastprofessur am Institut inne, welche eigentlich für Eva Kreisky eingerichtet worden war – als Übergangsp Professur. Aber Eva Kreisky ist dann eben doch auf die Schneider-Nachfolge berufen worden und hat die befristete Gastprofessur nicht mehr angenommen. Sieglinde Rosenberger und Herbert Gottweis haben dann 1998 die ausgeschriebenen Professuren angetreten.

Brand: *Und wie sah es zu der Zeit mit Assistenzstellen aus?*

Sauer: Zunächst war ich auf einer Assistenzstelle und wie ich dann habilitiert war, wurde meine Stelle in eine unbefristete außerordentliche Professur umgewandelt. Um das zu der Zeit und bis etwa 2002 gängige Verfahren zu erläutern: Wenn du damals auf einer wissenschaftlichen Planstelle warst, dich weiterqualifiziert, zum Beispiel habilitiert hast, bist du automatisch entfristet worden. Auch Regina Köpl wurde nach Begutachtung entfristet, ebenso

wie Josef Melchior, der etwas nach mir eingestellt wurde. Petra Purkarthofer wurde Assistentin im Bereich Internationale Politik; sie musste das Institut verlassen, da sich die Gesetzeslage verändert hatte. Personell war es damals noch sehr übersichtlich. Sieglinde Rosenberger und Herbert Gottweis bekamen je eine Prä-Doc-Stelle zugesprochen, was damals gängig war.

Ende der 90er-Jahre ist das Institut nochmal gewachsen durch die Übernahme von zwei Personen aus der ministerialen Verwaltung: nämlich Johann Dvořák und Elsa Hackl sowie von Andreas Pribersky vom außeruniversitären Ost- und Südosteuropa-Institut. Die Personalerweiterung erfolgte also nicht über Drittmittel-Stellen oder Stellenverhandlungen, sondern durch Leute wie die drei, welche sich zum Beispiel unter konservativen Ministern als sozialdemokratische, aber unkündbare Beamt:innen nicht mehr wohlfühlt haben, aber in den Jahren, bevor sie ans IPW kamen, schon immer wissenschaftlich gearbeitet hatten. Aber das waren damals für lange Zeit die einzigen Stellen, die geschaffen wurden.

Brand: *Schildere doch mal deinen Eindruck von den Studierenden oder wie ihr Lehre gemacht habt. War das wie heute, mit acht Stunden Lehrdeputat?*

Sauer: Ja, man hat als Professor:in acht Stunden Lehrdeputat und als Assistenz vier Stunden. Doch es gab einen wichtigen Unterschied, der ja auch noch galt, als du 2007 ans IPW gekommen bist: Damals hatte jede:r Professor:in jedes Semester ein Dissertant:innen-Seminar – ein sogenanntes Privatissimum – und ein Diplomand:innen-Seminar. Das waren vier Stunden, dazu dann meist noch eine Vorlesung und ein Seminar. Das war einigermaßen gut zu bewältigen. Die Studierenden in Wien fand ich im Vergleich zu Berliner Studierenden recht anders, nämlich sehr zurückhaltend. Sie waren es kaum gewohnt, im Seminar zu diskutieren, geschweige denn ein Referat zu halten. Das hat sich aber total geändert: mit der Umstellung auf Bachelor und Master und durch die Internationalisierung der Studierendenschaft. Es hängt sicher auch mit der Schulentwicklung in Österreich zusammen, dass die Schüler:innen dort nicht mehr so diszipliniert werden.

Brand: *In der Zeit zwischen 1995 und 2000 ist das Institut gewachsen, war dann personell aber eine längere Zeit stabilisiert. Habt ihr Strategien entwickelt, wie das Institut wachsen kann?*

Sauer: Nein, eigentlich nicht, da die Aussichten auf mehr Planstellen vergleichsweise gering waren. Das IPW war ein kleines Institut, gekennzeichnet durch eine generationelle, aber auch politische Spaltung. Die Spaltungen waren präsent, aber Eva Kreisky hat zu mir immer gesagt, sie will einen Modus Vivendi mit den „älteren Herren“ finden. Daher wurde etwa der Jour fixe eingeführt, der ja dann bis Sommer 2023 in der Form existierte: Einmal im Monat trafen sich alle Institutsmitarbeiter:innen, auch um die politische Spaltung und die unterschiedlichen Vorstellungen, von was denn eigentlich Politikwissenschaft ist, zu überwinden.

Brand: *Und wie kann man sich damals so den Alltag am Institut vorstellen? Gab es über den Jour fixe hinaus einen inhaltlichen Austausch, eine wissenschaftliche Zusammenarbeit am Institut?*

Sauer: Es gab eine enge Zusammenarbeit zwischen Eva Kreisky, Sieglinde Rosenberger, Regina Köpl und mir durch die Geschlechter-Thematik. Wir haben etwa gemeinsam eine Geschlechter-Ringvorlesung organisiert, woraus dann gemeinsame Publikationen entstanden sind. Zwischen uns gab es auch eine wissenschaftliche Kooperation, eine Zeit lang arbeiteten wir alle vier in einem internationalen Projekt zusammen. Aber sonst gab es keine Kooperation innerhalb des Instituts, und ich glaube die Herren hatten auch kein Interesse daran.

Brand: *Welche Rolle hat damals Englisch gespielt?*

Sauer: Gar keine, weder in der Lehre noch beim Publizieren. Englisch hat niemand verlangt (als Qualitätsausweis) und das Publizieren in englischsprachigen Journals schon gar nicht. Man konnte, aber da gab es null Druck.

Brand: *Du selbst bist ja jetzt unglaublich international unterwegs. Wie hat sich das bei dir entwickelt?*

Sauer: Als ich noch in Berlin war, war für mich die Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) ganz zentral. Da habe ich zusammen mit

anderen den Arbeitskreis „Politik und Geschlecht“ gegründet, und das war alles deutschsprachig. In dieser deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Community war es, wo ich was verändern und wissenschaftspolitisch wirksam werden wollte. Wien wurde durch uns vier politikwissenschaftlichen Geschlechterforscherinnen zu einem Pol dieser Disziplin. Da war mir das Englische auch nicht so wichtig.

Eine Internationalisierung hat für mich dann später durch die Zusammenarbeit in dem internationalen Netzwerk „Research Network on Gender Politics and the State“ begonnen. Eva Kreisky wurde damals aus dem Netzwerk angesprochen, die überall in Europa Leute gesucht haben, um die Bedeutung des Staatsfeminismus, also die Veränderung von Staaten durch Gleichstellungspolitik, zu erforschen. Davon bin ich dann – wie auch Eva Kreisky, Sieglinde Rosenberger und Regina Köpl – ein Teil geworden. Ich blieb das bis heute.

Brand: *Habt ihr gemerkt, dass Studierende wegen euch und dem Fokus auf Geschlecht und Politik hierherkamen?*

Sauer: Ja, am deutlichsten war das auf Promotionsebene. Ich glaube, es sind dann schon auch einige im Diplomstudium hergekommen, aber davon viele im Erasmus-Austausch, nicht dauerhaft. Das war damals mit der Vergleichbarkeit der Abschlüsse noch nicht so einfach. Durch das MA-Studium im Bologna-Modus kommen Studierende jetzt schon extra wegen des Geschlechterschwerpunkts ans Institut.

Brand: *Da gibt es das Institut für Politikwissenschaft und gleichzeitig auch das Institut für Staatswissenschaft, die Lehre läuft gemeinsam. Wie hat sich das im Alltag bemerkbar gemacht? Was waren Konfliktebenen?*

Sauer: Seit ich gekommen bin, kenne ich die Rede, dass die beiden Institute zusammengelegt werden sollten. Das hat sich zugespitzt mit der Auflösung der GRUWI und der Gründung der Sozialwissenschaftlichen Fakultät 2004. Ab dann waren beide Institute an der gleichen Fakultät, und der Druck von Dekanat und Rektorat wurde größer, dass diese beiden Institute zusammengelegt werden sollten. Eva Kreisky und Helmut Kramer standen einer Zusammenlegung

eher skeptisch gegenüber, aber auch im Institut für Staatswissenschaft gab es kein Interesse, weil die damaligen Kollegen dort gut zusammenarbeiteten.

Brand: *Waren die Differenzen auf persönlicher Ebene oder gab es Konkurrenz um ein Paradigma?*

Sauer: Nein, das war zunächst eher auf persönlicher Ebene. Die Konkurrenz um unterschiedliche Paradigmen kam erst später, als 2009 Emmerich Tálos und Peter Gerlich emeritiert wurden und Wolfgang Müller als Professor ans ISW kam. Dort begann der Paradigmenwechsel hin zur quantitativen, behavioralistischen Politikwissenschaft am ISW und damit die Konkurrenz darum, was die „richtige“ Politikwissenschaft ist. Nicht nur Geschlechterforschung, auch Politische Theorie werden von der quantitativ ausgerichteten Politikwissenschaft als tendenziell unnötig betrachtet, übrigens nicht nur an der Universität Wien. Das äußerte sich mitunter im Anspruch des ISW auf Stellen. Das IPW verlor beispielsweise eine Professur für politikwissenschaftliche Methoden (die das Resultat einer Institutsevaluation war) an das ISW.

Jüngst hat der Nachfolger von Sieglinde Rosenberger einseitig entschieden, seine Professur und die Assistenzstellen vom IPW wegzunehmen und am ISW anzusiedeln. Mit der Neoliberalisierung der Universität Wien durch das Universitätsgesetz von 2002 wurden englischsprachige Publikationen und eingeworbene Drittmittel zu Instrumenten der Institutskonkurrenz. Allerdings müssen die beiden Institute sich in Bezug auf das Lehrprogramm zusammenraufen – oft auch *literaly*. Die meisten Studierenden merken wahrscheinlich gar nicht, dass das Studienprogramm Politikwissenschaft von zwei Instituten bespielt wird.

Brand: *Gehen wir nochmal zurück in die 90er-Jahre. Wie können wir uns den Alltag dort vorstellen?*

Sauer: Damals waren wir noch in der Währinger Straße und Wilma Guggenberger war die zentrale Leitungsperson in der Verwaltung. Die Verwaltung war damals ganz klein, zwei oder drei Personen hat es neben Wilma Guggenberger noch gegeben. Jutta Grahofer und Monja Raffa beispielsweise sind auch schon sehr lange am IPW. Wilma Guggenberger saß in

der Währinger Straße in einem Gebäude im Hinterhof hinter einem Holzverschlag, so Tresen-mäßig mit einem Sichtfenster. Erst als Wilma Guggenberger in Pension gegangen ist, hat Eva Kreisky versucht, die Verwaltung aufzustocken. Michaela Kathan wurde die Nachfolgerin von Wilma Guggenberger und von anderen Instituten wurden Halbtagsstellen an Land gezogen. Als zusätzliche Stellen – „Jugendliche in Ausbildung“ war damals ein Programm der Regierung – kamen dann auch Anfang der 2000er Jahre Irene Graf, Stefan Schreier und Martin Lexa in die Verwaltung.

Brand: *Du warst ja viele Jahre Gleichbehandlungsbeauftragte auf Fakultätsebene. Wann hast du entschieden, dich an der Uni zu engagieren?*

Sauer: Gleichstellungspolitik war von Anfang an Thema, da haben mich Kolleginnen aus dem Arbeitskreis für Gleichbehandlung angesprochen. Parallel dazu gab es seit den 90ern schon Bemühungen, einen Masterstudiengang „Gender Studies“ einzurichten. Das waren teilweise dieselben Personen, die in der Gleichbehandlung aktiv waren: Menschen aus dem Mittelbau, aus unterschiedlichen Fakultäten, vor allem den Geisteswissenschaften und Sprachwissenschaften. Da habe ich mich dann auch engagiert. Zeitgleich haben wir versucht, Geschlechterstudien im Studiengang Politikwissenschaft zu etablieren, was einigermaßen gut gelungen ist.

Die Universität Wien zu einem Zentrum der Genderstudies zu machen, wurde für mich ein wichtiges Ziel. Ironischerweise war der Erfolg dann auch der neoliberalen Umgestaltung der Universitäten geschuldet: Mit der Umsetzung der Bologna-Reform in Österreich zwischen 2000 und 2007, also durch die Schaffung von Bachelor- und Master-Studiengängen, ist es gelungen, den Masterstudiengang Gender Studies zum WS 2006/07 zu etablieren. Das hat lange gedauert, es war und ist ein ewiger Kampf, da die Universitätsstrukturen sich gegen interdisziplinäre und transfakultäre Studiengänge sperren.

Brand: *Die Tatsache, dass es Gleichgesinnte gab, die Geschlechterpolitik an der Universität, in der Forschung und Lehre voranbringen wollten, hat ermöglicht, dass ihr die Forschungsplattform – Ambivalent In_Visibilities – aufbaut. Wie hat sich das entwickelt?*

Sauer: Es hat in den 2000er-Jahren schon immer einen „Frauentopf“ für frauethematische Lehrveranstaltungen gegeben und in vielen Bereichen Lehrbeauftragte zu dem Thema. Die hatten natürlich ein Interesse, sich eine eigene Stelle oder mit dem Masterstudiengang Gender Studies zumindest kontinuierliche Lehraufträge zu schaffen. Auch seitens der Studierenden gab es das Interesse. Schließlich ist es in vielen Instituten gelungen, Professuren mit einer Geschlechter-Denomination zu etablieren. Wir haben uns dann alle zusammengefunden, um auch eine Forschungsvernetzung zu erreichen. Das Referat Genderforschung hat ab 2005 eine solche Vernetzungsaufgabe übernommen.

Als Eva Kreisky Mitte der 1990er Jahre an die Universität Wien kam, gab es nur Herta Nagl am Philosophie-Institut, die Geschlechterforschung auf der Ebene einer Professur betrieben hat. Anfang der 2000er wurde das Gender Kolleg gegründet, dessen Sprecherin ich zeitweise war. Finanziell wurde das zu Beginn von Andre Gingrich aus der Kultur- und Sozialanthropologie unterstützt, der durch den Wittgenstein Preis finanzielle Mittel zur Verfügung stellte. Später entstand daraus ein Initiativ-Kolleg, ein Doktorats-Programm, welches durch die Universität für drei Jahre finanziert wurde.

Anfang und Mitte der 2000er war viel Dynamik da: An der gesamten Uni gab es im Geschlechterbereich neue Professuren und es gab Zusatzgeld für Forschungsschwerpunkte. Die im Initiativkolleg engagierten Kolleg:innen gründeten den Forschungsverbund „Gender and Violence in a Global Era“. Ab da wurde aber ganz klar vom damaligen Rektor Winckler vermittelt: Ihr bekommt nur Geld, wenn ihr mit der Drittmittel-Akquise anfangt. Das war der Wendepunkt in dieser Hinsicht.

Brand: *Du hattest ja unglaublich viel Drittmittel in den letzten fünfzehn Jahren eingeworben und warst wissenschaftlich international viel unterwegs. Hat das bei dir in dieser Zeit begonnen?*

Sauer: Ja, aus institutioneller Sicht. Aus biografischer Sicht war für mich die Mitarbeit im „Research Network on Gender Politics and the State“ ab etwa 2000 eine internationale Initiation. Da waren etwa Kolleg:innen aus den USA, von denen ich mitbekommen habe, wie dort der Hase läuft: was die an Geldern aufstellen müssen, wie die publizieren müssen etc. Das war neu für mich. Nicht, dass ich das super toll gefunden hätte, aber mir hat die Zusammenarbeit in diesem Netzwerk wahnsinnig gut gefallen, denn es war konkurrenzfrei und unterstützend, zum Beispiel in Bezug auf Publikationen. Die Zusammenarbeit ging ewig lang und wir haben uns sehr regelmäßig getroffen, sicher ein- bis zweimal im Jahr. Das war für mich wirklich eine tolle Erfahrung.

Für den Ausbau der Geschlechterforschung war das IPW allein zu klein, da gab es kein zusätzliches Geld, um mehr zu machen. Auf Universitätsebene konnten wir über den Geschlechterschwerpunkt sehr gut zusammenarbeiten, da gab es auch Geld und Möglichkeiten. Und über die Uni hinaus konntest du's ja nur mit Drittmitteln machen.

Brand: Also Du wolltest dich mit den internationalen Leuten treffen, Englisch publizieren, Drittmittel haben, damit du was machen kannst – das war kein Druck, sondern eine veränderte Kultur?

Sauer: Ja, so würde ich das beschreiben. Ich habe Drittmittel einfach als toll empfunden, weil ich dadurch Forschungsprojekte verwirklichen konnte. Mir war überhaupt nicht klar, dass das Interesse der Uni daran ist, mehr Geld zu scheffeln. Darum ist es mir überhaupt nicht gegangen.

Brand: Erinnerst du dich an deinen ersten englischsprachigen Journal-Artikel?

Sauer: Ja, schrecklich! Der allererste Artikel wurde abgelehnt. Das war für das Journal *New Political Science* der kritischen Politikwissenschaftler:innen der APSA (American Political Science Association), da war ich noch in Berlin. Ich habe zu einem DDR-Thema promoviert und war im Jahr 1992 mit einem Vortrag zum Thema „Frauen und Wende“ auf der Konferenz der APSA. Da wurde ich dann eingeladen, den Vortrag in einen Artikel umformulieren, um ihn in der *New Political Science* zu veröffentlichen.

Das habe ich versucht, null Ahnung wie man einen Journal-Artikel schreibt – das hatte ich ja nicht gelernt. Und dann wurde er abgelehnt. Heute hätte ich den wahrscheinlich auch abgelehnt (lacht). Daraufhin habe ich viele Jahre nicht mehr probiert, in englischen Journals mit Begutachtungsprozess zu veröffentlichen. Erst durch die Arbeit in Netzwerken bin ich 2007 oder 2008 dazugekommen. Der erste, der dann angenommen wurde, war 2009 in *Comparative European Politics*.

Brand: Gehen wir noch einmal zurück zur Gleichstellungspolitik an der Uni, aber auch in der Lehre, der Forschung: Würdest du sagen, ihr habt da relativ rasch eine gute Institutionalisierung erreicht und diese stabilisiert oder war das ein Gefühl der Dauerkämpfe?

Sauer: In der Lehre am Institut fand ich das eine gute Stabilisierung. Im Übergang zur Bologna-Reform und der Einrichtung von Bachelor und Master wurde der Geschlechterschwerpunkt nicht in Frage gestellt. Und es gab in dem Bereich immer eine große Studierendenschaft. Dazu kamen Promovierende extra wegen des Schwerpunkts ans Institut. Wo es aber schwierig war, das war auf der gesamtuniversitären Ebene. Da waren es echt wahnsinnige Kämpfe: Das Initiativ-Kolleg und die Forschungsplattform GAIN wurden beim ersten Mal abgelehnt. Mit der Nachbesetzung Herta Nagls in der Philosophie war klar, die wollen dort am Institut keine Geschlechterforschung mehr. Der Generationenwechsel ist für Geschlechterforschung oft problematisch. Also auf dieser institutionellen Ebene der Professuren, war das schon schwierig. So kam ich auch auf dieses Gefühl der Dauerkämpfe.¹

Brand: Klingt nach einer Ungleichzeitigkeit: Da wurde mal was verloren, mal was gewonnen...

Sauer: Es gibt im Bereich Geschichte an der Universität Wien die Professorinnen Christina Lutter, Gabriella Hauch und Claudia Kraft, die Geschlechterforschung

¹ Der Begriff „Dauerkämpfe“ wurde auch als Buchtitel für eine Festschrift für Birgit Sauer zu ihrem 60. Geburtstag verwendet. Brigitte Bargetz, Eva Kreisky und Gundula Ludwig, (Hrsg., 2017): *Dauerkämpfe. Feministische Zeitdiagnosen und Strategien*. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag

machen – das ist schon was. In der Philosophie ist Geschlechterforschung hingegen völlig ausgetrocknet, da gibt es überhaupt keine Geschlechterforschung auf Professurebene oder den Lehrplänen mehr. Seit der Pensionierung von Johanna Dorer gilt das gleiche für die Kommunikationswissenschaften. Also da würde ich schon sagen, dass es nicht wirklich eine gute, institutionelle Absicherung der Geschlechterforschung auf Uni-Ebene gibt. Es hat ja jahrelang die interdisziplinäre Professur für Geschlechterforschung gegeben, die wurde dann auch ohne Begründung gekappt, das sind schon schlimme Niederlagen.

Brand: *An unserem Institut ist die Geschlechterforschung mit der Nachfolge für dich durch Dorit Geva, die am 1. Jänner 2024 die Stelle antritt, jetzt abgesichert. Es war klar, die Geschlechterforschung soll am Institut bleiben. Seit etwa 2008 gibt es einen personellen Aufwuchs am Institut. Es waren immer sechs Vollprofessuren am Institut und in den Bereichen gab es zunehmend befristete Assistenzstellen. Im Jahr 2011 und 2012 kamen die beiden unbefristeten Senior Lecturer-Stellen von Karin Liebhart und Ursula Naue; Karin war im Schwerpunkt Gender und Transition aktiv. Noch später kamen Stellen über Tenure Track-Verfahren mit Fabio Wolkenstein, Alice Vadrot und Katharina Paul und die Senior Scientist-Stelle von Alina Brad dazu. Dazu befristete Stellen über Berufungsverhandlungen, über Drittmittel. Wie hast Du das wahrgenommen – bereichernd, unübersichtlich?*

Sauer: Ich fand diese Vergrößerung und Verjüngung super toll, vor allem auf der Mittelbauebene durch Prä-Docs, zahlenmäßig deutlich weniger Post-Docs, das fand ich sehr bereichernd. Aber es war immer beides: Ich fand es auch irritierend, Gesichter am Institut nicht mehr zu kennen. Es war schade, dass es da keinen Raum mehr gegeben hat, wo man sich auch auf Institutsebene austauschen kann, wie das früher beim kleinen Jour fixe noch möglich war. Für mich waren es später die Leute, die mit mir in den Drittmittelprojekten arbeiten, mit denen ich diskutiert und viel zusammen publiziert hatte, mit den Menschen auf den Mitarbeiter:innenstellen dann sowieso. Das war eine gute Teamgröße, viel mehr geht dann aber nicht mehr.

Brand: *Ab 2012/13 gab es Initiativen, über die IPW Lectures, Brown Bag Lunch und später eine Institutsklausur, nochmal neue Formate der bereichsübergreifenden Kooperation auszuprobieren...*

Sauer: Es war schon eher so, dass wir aus dem Gender-Bereich hauptsächlich unsere Sachen gemacht haben, die Gender-Gala, das Feministische Colloquium. Es war auch häufig so, dass gerade zu den IPW Lectures aus den anderen Institutsbereichen wenige Leute gekommen sind und umgekehrt: Man konnte einfach nicht alles wahrnehmen, was so stattfand. Es war zu viel alltägliche Arbeit, das muss ich schon sagen. Die Projekte kamen alle on top der „normalen“ Arbeit, die Lehre wurde nicht weniger. Wenn man dann noch irgendeine Funktion hatte, dann fand ich das wahnsinnig anstrengend und irre zeitaufwendig. Immerhin haben wir beide aber im Jahr 2014 das bis heute existierende Kolloquium für Habilitand:innen und um diese Zeit auch das Kapitalismus-Kolloquium angestoßen, das es ja auch bis heute als Diskussionsraum und Mailing-Liste gibt.

Brand: *Wenn du jetzt so zurückblickst: Wo würdest du auf biographischer Ebene sagen, das war richtig gut oder das hätte ich anders gemacht in den über 25 Jahren am Institut? Und wo würdest du sagen, gab es auf Institutsebene Punkte, wo was anders hätte laufen können und was ist gut gelaufen?*

Sauer: Biographisch war das Institut für mich toll, weil es die Möglichkeit gegeben hat, hier Geschlechterforschung zu betreiben, zu etablieren, auszubauen. Das wäre an keinem anderen Institut so möglich gewesen. Was auf Institutsebene super gut war, war die Entscheidung von Eva Kreisky, die Verwaltungsstellen zu poolen. Dadurch konnten wir als Mittelbau auch auf die Ressourcen der Verwaltung zurückgreifen. Das war sehr wichtig, sonst wäre vieles nicht gegangen. Ich musste dann nicht jedes Blättchen selber kopieren, da gab es immer Unterstützung, auch durch die SPL.

Brand: *Die strukturelle Wachstumsdynamik am Institut ermöglicht auf der einen Seite vielen jüngeren Menschen eine eingebettete Ausbildungsphase, auf der anderen Seite aber die Frage, wo ist dabei was verloren gegangen...*

Sauer: Ich kann da nicht gut fürs ganze Institut sprechen, weil ich nicht weiß, wie gut Leute in den anderen Forschungsbereichen eingebunden waren. Aber als ich stellvertretende Institutsleiterin von Sieglinde Rosenberger war und Jahresgespräche mit Mitarbeiter:innen aus dem Mittelbau geführt habe, hatte ich schon oft den Eindruck, dass nicht alle gut eingebunden sind und viele nicht alles schaffen, was sie gerne schaffen wollen. Das war in einem kleineren Institut einfacher und übersichtlicher, man hat von den Problemen anderer was mitbekommen. Und ich habe auch den Eindruck, dass die gegenseitige Unterstützung im Mittelbau mittlerweile nicht mehr so groß ist. Das liegt aber weniger am Institut selber oder der Größe, sondern einfach dem wahnsinnigen Konkurrenzdruck unter jungen Wissenschaftler:innen in der Qualifikationsphase.

Brand: Guter Punkt. Ich habe das Gefühl, es ist widersprüchlich: Es gibt durchaus punktuelle und themenspezifische Vernetzungen, aber es ist nicht mehr *der* Mittelbau. Denn das Institut ist ziemlich groß, zumal es viele Drittmittelprojekte gibt. Doch jedes Drittmittelprojekt ermöglicht einigen Leuten wissenschaftlich zu arbeiten und das zu ermöglichen, ist ja auch unser Job.

Sauer: Ja, eine spezifischere Vernetzung durch Kolloquien und andere Initiativen finde ich toll. Das ist auch der Größe des Instituts angemessen und sowas kann nicht von oben kommen. Solche Initiativen leben davon, dass sie begrenzt in der Anzahl von Leuten sind, sonst wird es wieder zu viel und unübersichtlich. So gesehen war auch die Zusammenarbeit im Geschlechterbereich immer gut und produktiv.

Wir danken Emma Wyschata bei der Unterstützung der Transkription und vorzüglichen ersten Bearbeitung des Gesprächs.

Verschwörungstheorien. Die Wissenschaft auf der Suche nach ihrem Feind

Oliver Wittich

Verschwörungstheorien sind populär, nicht nur im Internet, sondern auch in den Sozial- und Kulturwissenschaften. Während sich Verschwörungstheorien über weite Teile der Menschheitsgeschichte und in sämtlichen Kulturen finden (Groh 1999: 282-283; van Prooijen/Douglas 2018: 900), ist die Forschung zu Verschwörungstheorien ein durchaus junges Phänomen, das in der Nachkriegszeit aus der Aufarbeitung des Faschismus hervorgeht. Mit den 1960ern nimmt die Beschäftigung mit ihnen zu und erst in den 1990ern gibt es vermehrt empirische Untersuchungen (Butter/Knight 2015: 23; van Prooijen/Douglas 2018: 898).

Ein weiteres Merkmal der Forschung ist die Breite der Ansätze. Wie Hristov et al. (2020: 11 ff.) anführen, finden sich Auseinandersetzungen mit Verschwörungstheorien in allen Teilbereichen der Sozialwissenschaften. Selbst für die Gender Studies (Hark/Villa 2015) und Wirtschaftswissenschaften (Birchall 2021) – die beiden Ausnahmen, die die Autor*innen nennen – lassen sich Arbeiten zu diesem Thema finden. Was in der Vielfalt auffällt, ist, dass Verschwörungstheorien nicht als „ordentliche“ Wissenschaft zählen, sondern sie machen immer etwas falsch. Was sie falsch machen, variiert. Sie sind zu persönlich bzw. personenbezogen (Löwenthal/Guttermann 2021), zu rational, lassen also keinen Platz für Zufälle (Groh 1999), werden von und für die Machtlosen (Anton 2011) bzw. von jenen ohne Autorität (Usinski 2019) betrieben, sind politisch motiviert (Cassam 2019), haben eine „verkrüppelte“ Epistemologie (Hardin 2002), werden – in Kontrast zur evidenzbasierten Wissenschaft – geglaubt oder

stellen einen Geisteszustand dar (Imhoff/Bruder 2014) oder sind schlicht ein schlechter bzw. problematischer Stil (Hofstadter 2008).¹

Daneben besteht im wissenschaftlichen Diskurs die Frage, welchen epistemologischen Status Verschwörungstheorien haben. So können diese als (a) prima facie falsch, (b) nicht prima facie falsch, aber verdächtig oder (c) weder prima facie falsch noch verdächtig eingestuft werden (Dentith 2019: 94-95). Dabei lässt sich bei vielen Beiträgen ein (impliziter) Wunsch nach Eindeutigkeit erkennen, der sich in klaren Einstufungen von (bestimmten Mengen von) Verschwörungstheorien als unglaubwürdig zeigt (siehe bspw. Hofstadter 2008, Cassam 2019, Usinski 2019). Aber auch Ansätze, die sie grundsätzlich als positiv darstellen, finden sich (z.B. Coady 2007).²

Dieser Beitrag maßt sich nicht an, die breite und vielfältige Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien zu erklären. Vielmehr geht es darum, ein Licht darauf zu werfen, was diese für die Wissenschaft selbst bedeutet bzw. was die Beschäftigung mit Verschwörungstheorien über die (Sozial- und Kultur-)Wissenschaften selbst verrät. Dafür wird die These aufgestellt, dass diese – zumindest teilweise – aus einem Versuch der Abgrenzung von einem ihr sehr ähnlichen Phänomen hervorgeht. Dies ist nicht per se gut oder schlecht, sondern vielmehr Teil jeder Ausbildung von Identität.

1 Dies ist nur eine Auswahl an Vorwürfen. Die Liste ließe sich noch weiterführen.

2 Selbst bei dem scheinbar klaren Punkt, dass es um eine Verschwörung gehen muss, bleiben Fragen offen: Wie viele Personen müssen an einer Verschwörung beteiligt sein? Müssen diese mächtig sein? Müssen die Vorgänge illegal oder schädlich sein? Müssen sie heimlich stattfinden? Müssen sie geplant sein? (Knight 2003: 15)

Abgrenzungsversuche

In seinem Artikel *Boundary-work and the demarcation of science from non-science* von 1983 untersucht Thomas F. Gieryn Abgrenzungsversuche der Wissenschaft. Es geht ihm um das Problem der Demarkation der Wissenschaft von anderen Institutionen: „characteristics of science are examined not as inherent or possibly unique, but as part of ideological efforts by scientists to distinguish their work and its products from non-scientific intellectual activities“ (Gieryn 1983: 781-782). Ziel dieser Praxis ist es, bestimmte intellektuelle Aktivitäten als Nicht-Wissenschaft zu kategorisieren, um sich von diesen zu unterscheiden (Gieryn 1983: 782). Ideologie ist hier ein harter Begriff und mag kontraintuitiv wirken, da er meist im Gegensatz zu Wissenschaft verwendet wird. Worum es Gieryn hier geht, ist der Aufbau und die Verteidigung einer Identität der Wissenschaft, die durchaus von ideologischen Momenten geprägt ist. Identitäten stehen notwendigerweise in Relation zu anderen Identitäten. Jede Identität bedarf eines konstitutiven Außen (Laclau/Mouffe 2014: 99). Da Identitäten jedoch keine starren Konstrukte sind, sind auch ihre Abgrenzungen nicht permanent, sondern müssen stets erneuert und bei Bedarf abgeändert werden.

Gieryn veranschaulicht, wie sich die Wissenschaft als Institution durch Abgrenzungen etabliert und ihren Platz in der Gesellschaft verteidigt. Dabei zeigt sich schon in Gieryns Beispielen eine Veränderung der Referenzpunkte für die Abgrenzung. Waren es zunächst noch die Religion und die Mechanik, von denen sich die sich langsam etablierende Wissenschaft im 19. Jahrhundert abgrenzte, so war es im Kalten Krieg die militärische Industrie, von der man sich distanzieren wollte (Gieryn 1983: 789-790). Mit letzterem macht man es sich natürlich einfacher, als es ist: Denn Wissenschaft bezieht ihre Legitimität auch durch ihre Funktion in der Stützung von Herrschaft. Wie Charbonnier (2022: 148) schreibt, waren es Wissenschaftler*innen, die an vorderster Front durch die Vermessung der „Neuen Welt“ die Kolonialisierung vorantrieben.

Hinzu kommen Disziplinen, die sich als wissenschaftlich etablieren wollen, jedoch auf Ablehnung der bereits etablierten Wissenschaft stoßen. Als Beispiel hierfür nennt Gieryn (1983: 788) die Phrenologie, die mittels der Messung menschlicher Schädel Aussagen über mentale Kapazitäten einzelner Personen tätigte.

Diese Abgrenzungen haben auch eine politisch-ökonomische Komponente. Es geht um die Verteilung (öffentlicher) Gelder sowie um Autorität, Einfluss und Aufmerksamkeit (Gieryn 1983: 784). Die Wissenschaft war dabei durchaus erfolgreich, denn "in modern societies, science is near to being the source of cognitive authority: anyone who would be widely believed and trusted as an interpreter of nature needs a license from the scientific community" (Barnes/Edge, 1982: 2, zit. n. Gieryn 1983: 784). Selbst Gegner*innen der Wissenschaft argumentieren in der Regel mit Bezug auf wissenschaftliche Ergebnisse, die vermeintlich nicht ins Bild passen (Bogner 2022: III f.).

Gemeinsamkeiten

Zwischen (Sozial-)Wissenschaft und Verschwörungstheorien gibt es einige Parallelen, die man nicht einfach unter den Tisch kehren kann. So zitieren bspw. auch Verschwörungstheoretiker*innen einander rege und verweisen selbst auf Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchungen. Dies geht bis hin zu einem hohen Professionalisierungsgrad mit einschlägigen Verlagen und sogar eigenen Konferenzen. Vier wesentliche Gemeinsamkeiten sollen hier kurz behandelt werden: das Problem, die Untersuchung, das Indizienparadigma sowie die Interpretation.

Problem

Am Anfang von Wissenschaft steht Irritation. Nach Karl Popper (1987: 103-106) ist diese ein Problem, also eine Spannung zwischen Wissen und Nicht-Wissen. Wir treffen auf ein Phänomen, das sich nicht mit unserem Wissen über die Welt vereinbaren lässt und somit einer Klärung bedarf. Als Rätsel findet sich dieses Phänomen auch im Kriminalroman und verschwörungstheoretischen Überlegungen. Ein Rätsel stellt ein Ereignis dar, das sich nicht einer

bestimmten Entität zuschreiben lässt (Boltanski 2015: 26). Rätsel sind also Störungen in der Realität, welche sich nach Luc Boltanski (2015: 25) „als ein Netz aus Kausalbeziehungen dar[stellen], die zwischen den Ereignissen, mit denen die Erfahrung konfrontiert ist, einen Zusammenhang herstellen.“ Diese Irritationen entstehen in aller Regel innerhalb bzw. vor dem Hintergrund der „herrschenden Denkgewohnheiten“ (Horkheimer 1970: 37), was Popper jedoch unterschlägt. Es geht also eher um die Reparatur der Wirklichkeit als ihre generelle Infragestellung.

Untersuchung

Sowohl das Problem als auch das Rätsel stellen Anlass für eine Untersuchung dar. Diese ist ein Eingriff ins Geschehen. Sie ist eine Unterbrechung des Handlungsverlaufs und setzt die Anwendung (mehr oder weniger) aufwendiger Methoden voraus (Boltanski 2015: 45). Die Untersuchung muss begrenzt sein, um nicht unnötig auszufern. Gewöhnlich ist ihr Ausmaß durch bestimmte Ressourcen wie Zeit, Geld, Fähigkeiten usw. vorgegeben. Abgeschlossen wird die Untersuchung durch Fakten, insofern diese das Ende des (Weiter-)Fragens sind (Bogner 2021: 71). Das Instrument der Untersuchung teilt sich die Sozialwissenschaft nicht nur mit Verschwörungstheorien, sondern auch mit dem Journalismus und der Polizei.

Ähnlich den Detektiv*innen in Kriminalromanen wännen sich Sozialwissenschaftler*innen wie auch Verschwörungstheoretiker*innen in der privilegierten Lage, hinter die offizielle „Oberflächenrealität“ zu blicken und die „tiefe, verdeckte, bedrohliche, inoffizielle, aber sehr viel realere Realität“ zu erkennen (Boltanski 2015: 15). Damit verlassen sie den Rahmen des Alltäglichen (Boltanski 2015: 44). Neben diesen stehen die einfältigen Polizist*innen, Nicht-Wissenschaftler*innen oder Schlafschafe, die diesen Einblick nicht haben. Ihnen wird dann enthüllt, was sich unter der Oberfläche zugetragen hat, wenn das Rätsel gelöst wurde.

Indizienparadigma

Wie Detektiv*innen im Kriminalroman verfolgen auch Sozialwissenschaftler*innen Indizien und Spuren. Dieses Indizienparadigma zieht sich nach Carlo Ginzburg (2002) durch eine Reihe von Wissenschaften. Dabei werden Spuren eines Phänomens verfolgt, das sich als solches nicht direkt fassen lässt. Dies ist oftmals die einzige Option: Wie eine Ärztin einen Patienten nicht einfach aufschneiden kann, um nachzusehen, was „kaputt“ ist, kann eine Soziologin die Gesellschaft nicht einfach aufschneiden – wie die Begriffe der Längsschnitt- oder Querschnittanalyse dies nahelegen würden. Stattdessen können stets nur Indizien (bzw. Symptome) als Anzeichen für Positionen, Haltungen, Einstellungen oder den Zustand der Gesellschaft als Ganzes genommen werden.³ Dieses Indizienparadigma setzt sich in den 1870er Jahren in den Humanwissenschaften durch (Ginzburg 2002: 17). Ihm folgen sowohl Verschwörungstheorien als auch die Sozialwissenschaften. Auch wenn man sich in den Sozialwissenschaften zunehmend dem galilei'schen Paradigma der wiederholbaren Experimente und der Mathematik (genauer: der Statistik) zugewandt hat, ist man nie ganz vom Indizienparadigma abgekommen.

Interpretation

Am Ende jeder Untersuchung wird ein Moment der Interpretation, also der Sinnzuordnung stehen. Der Satz „die Zahlen lügen nicht“ ist nur die halbe Wahrheit, denn für sich alleine sagen sie noch gar nichts aus, auch nicht die Wahrheit. Erst in der Interpretation geben Forscher*innen ihnen einen Sinn. Selbst aus starken Korrelationen lässt sich keine Kausalität ableiten. Ein Rückgriff auf Theorie ist auch hier erforderlich. Die Interpretation ist die Einordnung der Ergebnisse in ein System von Sinn.

Daraus ergeben sich – sowohl in den Sozialwissenschaften als auch in Verschwörungstheorien – Totalisierungs- oder

³ Ginzburg (2002: 8-10) veranschaulicht dies insbesondere anhand der Methode Giovanni Morellis, der dafür plädierte, in der Unterscheidung von Originalen und Kopien in der Malerei den Fokus auf Details und flüchtig ausgeführte Elemente im Bild zu legen.

Verallgemeinerungsversuche, also Aussagen über die Gesellschaft als Ganzes, auch wenn diese in der „ordentlichen“ Wissenschaft für gewöhnlich durch Verweise auf das Sample und Wahrscheinlichkeiten abgemildert werden. Je größer die Verallgemeinerbarkeit desto größer scheint auch der Nutzen der Theorie. Eine solche Totalisierung ist zwar wünschenswert, bleibt aber unmöglich, da sie das unendliche Spiel der Differenzen in einer Gesellschaft nicht anerkennt (Laclau 1990: 92).

Interpretationen haben auch politische Implikationen bzw. einen „utopischen Überschuss“ (Knapp 2018: 45). Wo im Rahmen der Interpretation Zustände als Missstände erkennbar werden, folgt eine moralische Verpflichtung, diese zu ändern. Hier zeigt sich die Ambivalenz einer unpolitischen Wissenschaft, die neutral und werturteilsfrei sein soll. Nicht aktiv zu werden kann in manchen Fällen eher eine Affirmation des Status Quo als eine tatsächliche neutrale Haltung sein.

Die Darstellung dieser Ähnlichkeiten soll Wissenschaft nicht abwerten. Vielmehr zeigt sich nochmals, wie dominant das Feld der Wissenschaft in unserer Gesellschaft ist. Selbst ihre Kritiker*innen fühlen sich gezwungen, wissenschaftlich vorzugehen oder ihr Vorgehen zumindest wissenschaftlich erscheinen zu lassen (Bogner 2022: 114 f.). Zugleich zeigt sich aber, dass sich die Grenzen zwischen ordentlicher Wissenschaft, schlechter Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft oft schwer ziehen lassen, da es sich tatsächlich um fließende Übergänge handelt.

Krisenphänomene

Verschwörungstheorien haben insbesondere während Krisen Hochkonjunktur, sind also Krisenphänomene (Groh 2001: 43; van Prooijen/Douglas 2018: 898).⁴ Krisen sind soziale Phänomene. Sie bestehen, wie Gramsci (2019: 305) meint, darin, „daß das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann“, also das Versagen, der gängigen Schemata, anhand derer wir uns orientieren. Krisen zeigen sich sowohl auf gesellschaftlicher als auch individueller Ebene.

4 Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Verschwörungstheorien muss als Krisenphänomen zweiter Ordnung angesehen werden.

Dieser Unordnung kann man mit Misstrauen begegnen. Indem man niemandem mehr traut, stellt man auf kontraintuitive Weise Vertrauen und damit Erwartungssicherheit her (Luhmann 2014: 93 f.). Eine Offenheit für Verschwörungstheorien könnte also einem generalisierten Misstrauen entspringen. Nach Nebojša Blanuša und Todor Hristov (2020) sind Verschwörungstheorien Resultat eines traumatischen Ereignisses, das die symbolische Ordnung, in der das Individuum lebt, zerstört. Es fällt in einen Zustand der Paranoia zurück, in dem genereller Verdacht herrscht. Die Forschung von Caroline Amlinger und Oliver Nachtwey (2022) legt nahe, dass insbesondere Kränkungerfahrungen eine Offenheit für Verschwörungstheorien und eine Drift ins Autoritäre begünstigen.⁵

Zugleich ist eine gesellschaftliche Krise immer auch eine Krise der Wissenschaft, insofern sie Teil dieser ist (Horkheimer 1970: 20). Auch sie war nicht im Stande, gesellschaftliche Bruchpunkte vorhergesehen bzw. entsprechend auf diese aufmerksam zu machen.

Hinzu kommt, dass die Wissenschaft selbst am Entstehen der momentanen Krise nicht unbeteiligt ist. Im Rahmen neoliberaler Austeritätspolitik wurde gerne auf scheinbare Sachzwänge verwiesen. Diese wurden mit vermeintlich eindeutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen belegt (Bogner 2022: 121). Damit kam es auch zu einer Abwertung jeglicher nicht-wissenschaftlicher Kritik, was einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung von der Möglichkeit, Kritik zu äußern, ausschloss. Eine Ablehnung der etablierten Wissenschaft erscheint für eine Zurückweisung des politischen Systems fast notwendig. Es zeigt sich also, dass die Wissenschaft nicht nur Opfer eines unkritischen Mobs und einer „Wahrheitskrise“, sondern mitverantwortlich für deren Entstehung bzw. Konstruktion ist.

Voreilige Schlüsse

Die Grundannahme dieses Beitrags ist, dass sich die rege Beschäftigung der (Sozial-)Wissenschaft mit Verschwörungstheorien – zumindest teilweise – aus

5 Es ist anzumerken, dass sich die Ergebnisse der Studie auf Grund hoher Selektivität nicht auf die Gesamtbevölkerung übertragen lassen.

ihrer Ähnlichkeit zu dieser erklären lässt. Es sieht so aus, als erkenne die (Sozial-)Wissenschaft im Phänomen der Verschwörungstheorie eine Seite von sich selbst, die sie fürchtet, wie einen bösen Zwilling, was eine Abgrenzung umso dringender nötig macht. Es ginge aber zu weit, die Beschäftigung mit dem Phänomen allein darauf zurückzuführen.

Problematisch wird diese Abgrenzung dann, wenn sie als Ersatz für Selbstkritik dient. Anstatt die eigenen Prozesse zu prüfen, würden alle Unzulänglichkeiten der Wissenschaft auf Verschwörungstheorien als eine vage Anti-Wissenschaft ausgelagert. Ansätze davon lassen sich erkennen, wo Verschwörungstheorien generalisiert und als per se falsch oder verdächtig eingestuft werden, ohne sie einzeln auf Plausibilität und Erklärungsgehalt zu prüfen. Die angeführten Gemeinsamkeiten zwischen Verschwörungstheorien und Wissenschaft sollten veranschaulichen, dass solch ein oberflächliches Vorgehen problematisch ist. Ironischerweise machen sich Wissenschaftler*innen mit einer generalisierenden und damit voreiligen Einstufung von Verschwörungstheoretiker*innen als irrationale Gläubige gerade dessen schuldig, was es zu Recht an vielen Verschwörungstheorien zu kritisieren gibt. Nämlich, dass sie sich zu schnell mit Antworten zufriedengeben – oft in Form einer Hand voll Personen, die alles kontrollieren. Was man bekommt, ist eine Verschwörungstheorie mit anderem Vorzeichen: die Machtlosen (statt Mächtigen) bringen die soziale Welt mit koordinierter Dummheit (statt einem großen Plan) aus dem Gleichgewicht. Das ist wohl nicht mehr als banale Populismuskritik und moralische Panik. Tatsächlich muss man einsehen, dass die soziale Welt ihr Gleichgewicht – falls sie ein solches je hatte – längst verloren hat.

Kritik hat – zumindest im Sinne der Kritischen Theorie – immer auch Gesellschaftskritik zu sein (Adorno 1987: 135). Daher reicht es nicht, einzelne Personen(-gruppen) zu kritisieren. Vielmehr muss die Frage nach den Gründen und Umständen für ihr Handeln gestellt werden, genauer: warum Personen von der Gesellschaft und der Wissenschaft enttäuscht und ihnen gegenüber misstrauisch werden und wie man dem entgegenwirken kann. Gerade die Tatsache, dass Verschwörungstheorien in Krisenzeiten Hochkonjunktur haben, legt nahe,

dass sie aus einer Überforderung mit der Situation hervorgehen. Es wäre also sinnvoller, den materiellen Konflikt (um gesellschaftliche Ressourcen, Macht und Anerkennung) hinter dem Konflikt um Wahrheit zu suchen (ähnlich formuliert Kumkar [2022] diese These).

Das bedeutet auch, dass Wissenschaft mehr auf die (nicht-wissenschaftliche) Bevölkerung zugehen muss. In ihrer (teils unerbittlichen) Abgrenzung von allem außerhalb der Wissenschaft und der Betonung von Rationalität ist die Wissenschaft vielleicht selbst kalt und unnahbar geworden. Sie sollte von einem Modus des Beherrschens zu einem von Sorge bzw. Care wechseln. Dafür muss sie den untersuchten Subjekten Verständnis und Hilfsbereitschaft entgegenbringen und Begeisterung für Wissenschaft vermitteln.

Dass sich die (Sozial-)Wissenschaft mit Verschwörungstheorien auseinandersetzt, ist notwendig und richtig. Dabei stellt sich aber die Frage, wie sie mit diesen umgeht: mit dem Versuch, diese zu verstehen oder mit einem kruden Othering. Dabei ist nur die erste Option wirklich gangbar, da sie sich gerade im zweiten Fall nicht positiv von den Verschwörungstheorien abhebt, die sie kritisiert. Letztlich geht es nicht darum, eine privilegierte Position der Wissenschaft zu unterstreichen, sondern darum, sein Wissen besser zu begründen – sei dieses nun logisch, konzeptionell oder empirisch.

Oliver Wittich studiert Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie Politikwissenschaft. Er beschäftigt sich mit (Gegen-)Öffentlichkeiten, Diskursforschung und politischen Kommunikationskulturen.

Literatur

Adorno, Theodor W. (1987): Zur Logik der Sozialwissenschaften. Korreferat. In Ders. (Hg.): Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie. 12. Aufl. Darmstadt: Luchterhand, S. 125-143.

Amlinger, Carolin/Nachtwey, Oliver (2022): Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus. Berlin: Suhrkamp.

Anton, Andreas (2011): Unwirkliche Wirklichkeiten. Zur Wissenssoziologie von Verschwörungstheorien. Berlin: Logos.

Birchall, Claire (2021): The Paranoid Style for Sale: Conspiracy Entrepreneurs, Marketplace Bots, and Surveillance Capitalism. In: symplekē, 29/1-2, S. 97-121.

- Blanuša, Nebojša/Hristov, Todor (2020): Psychoanalysis, critical theory and conspiracy theory. In Michael Butter/Peter Knight (Hg.): Routledge Handbook of Conspiracy Theories. London, New York: Routledge, S. 67-80.
- Bogner, Alexander (2021): Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet. 3. Aufl. Stuttgart: Reclam.
- Boltanski, Luc (2015): Rätsel und Komplote. Kriminalliteratur, Paranoia, moderne Gesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Butter, Michael/Knight, Peter (2015): Bridging the great divide: Conspiracy theory and research for the 21st century. In: Diogenes, 62/3-4, S. 17-29.
- Cassam, Qassim (2019): Conspiracy Theories. Medford, MA: Polity Press.
- Charbonnier, Pierre (2022): Überfluss und Freiheit. Eine ökologische Geschichte der politischen Ideen. Frankfurt am Main: Fischer.
- Coady, David (2007): Are Conspiracy Theorists Irrational? In: Episteme, 4/2 S. 193-204.
- Dentith, M R X (2019): Conspiracy Theories and Philosophy: Bringing the Epistemology of a Freightened Term into the Social Sciences. In Joseph. E. Usinski (Hg.): Conspiracy Theories and the People Who Believe Them. New York: Oxford University Press, S. 94-108.
- Gieryn, Thomas F. (1983): Boundary-work and the demarcation of science from non-science: Strains and interests in professional ideologies of scientists. In: American Sociological Review, 48/6, S. 781-795.
- Ginzburg, Carlo (2002): Spurensicherung. Die Wissenschaft auf der Suche nach sich selbst. In Ders.: Spurensicherung. Der Jäger entzweifert die Fährte, Sherlock Holmes nitmtt die Lupe, Freud ließt Morelli -- die Wissenschaft auf der Suche nach sich selbst. Berlin: Wagenbach, S. 7-57.
- Groh, Dieter (1999): Die verschwörungstheoretische Versuchung oder: Why do bad things happen to good people?. In Ders.: Anthropologische Dimensionen der Geschichte. 2. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 267-304.
- Groh, Ruth (2001): Verschwörungstheorien und Weltdeutungsmuster. Eine anthropogische Perspektive. In Ute Caumanns/Matthias Niendorf (Hg.): Verscheörungstheorien: anthropologische Konstanten — historische Varianten. Osnabrück: fibre Verlag, S. 37-45.
- Hardin, Russel (2002): The Crippled Epistemology of Extremism. In A. Breton/G. Galeotti, P. Salmon/R. Wintrobe (Hg.): Political Extremism and Rationality. Cambridge: Cambridge University Press, S. 3-22.
- Hark, Sabine/Villa, Paula-Irine (2015): «Eine Frage an und für unsere Zeit». In Dies. (Hg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: transkript, S. 15-40.
- Hofstadter, Robert (2008): The Paranoid Style in American Politics: And Other Essays. New York: Vintage Book.
- Horkheimer, Max (1975): Traditionelle und kritische Theorie. Vier Aufsätze. Frankfurt am Main: Fischer.
- Hristov, Todor/McKenzie-McHarg, Andrew/Romero-Reche, Alejandro (2020): Introduction. In Michael Butter/Peter Knight (Hg.): Routledge Handbook of Conspiracy Theories. London, New York: Routledge, S. 11-15.
- Imhoff, Roland/Bruder, Martin (2014): Speaking (un-)truth to power: Conspiracy mentality as a generalized political attitude. In: European Journal of Personality, 28/1, S. 25-43.
- Knapp, Gudrun-Alxeli (2018) Warum nicht vermessen sein? Anmerkungen zur Dialektik feministischer Aufklärung. In Sabine Hark/Johanna Hofbauer (Hg.): Vermessene Räume, gespannte Beziehungen. Unternehmerische Universitäten und Geschlechterdynamiken. Berlin: Suhrkamp, S. 39-70.
- Knight, Peter (2003): Making Sense of Conspiracy Theories. In Ders. (Hg.) Conspiracy Theories in American History. An Encyclopedia. Santa Barbara: ABC-CLIO, S. 15-25.
- Kumkar, Nils. C. (2022): Alternative Fakten. Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung. Berlin: Suhrkamp.
- Laclau, Ernesto (1990): The Impossibility of Society. In Ders.: New Reflections on the Revolutions of Our Time. London, New York: Verso, S. 89-92.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantall (2014): Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics. 2. Aufl. London: Verso.
- Löwenthal, Leo/Gutterman, Norbert (2021): Prophets of Deceit. A Study of the Techniques of the American Agitator. London, New York: Verso.
- Luhmann, Niklas (2014) Vertrauen. Ein Mechanismus der Reduktion sozialer Komplexität. 5. Aufl. Konstanz: UVK.
- Popper, Karl (1987): Die Logik der Sozialwissenschaft. In Theodor W. Adorno (Hg.): Der Positivismustreit in der deutschen Soziologie. 12. Aufl. Darmstadt: Luchterhand, S. 103-123.
- Usinski, Joseph E. (2019): What is a Conspiracy Theory. In Ders. (Hg.): Conspiracy Theories and the People Who Believe Them. New York: Oxford University Press, S. 45-52.
- van Prooijen, Jan-Willem/Douglas, Karen M. (2018): Belief in Conspiracy Theories. Basic Principles of an Emerging Research Domain. In: European Journal of Social Psychology, 48, S. 897-908.

Über das Verhältnis zwischen Medien und Zweifeln in einer Wissensdemokratie

Edgar Subak

Die heutigen demokratischen Institutionen, wie sie zum Beispiel in Österreich existieren, entstanden historisch durch kontinuierliche kognitive Leistungen (Veld 2010: 3). Durch Recht verankert, jedoch von intellektueller Arbeit im Alltag reproduziert, steht die westliche repräsentative Demokratie auf den Schultern vieler Lebenswerke, die angesichts ihrer Vielzahl ins Namenslose, um nicht zu sagen, in der Gesellschaft, verschwimmen.

Eine Wissensdemokratie (*Knowledge Democracy*) als normatives Konzept kann als Gesellschaft charakterisiert werden, die sich des Wissens diverser Akteur*innen bedient, um gesellschaftliche Herausforderungen zu meistern (Bunders et al. 2010: 125). Die Beziehungen von Wissensproduktion und deren Nutzung stehen in einem demokratischen Kontext. Zentrale Pole sind auf der einen Seite die Ebene der Bürger*innen, auf der anderen die politische Vertretung. Was die politische „Elite“ tut, wie sie das tut, hängt von weiteren Akteur*innen ab.

Wissen wird in demokratischen Gesellschaften von der Wissenschaft, aber auch von Medien produziert. Letztere stehen in diesem Essay im Vordergrund. Das Handeln einer demokratischen politischen „Elite“ ist zunächst vom Willen der Wähler*innen abhängig. Dennoch verläuft der demokratische Prozess nicht unbedingt bottom-up. Da der politische Prozess von *Agenda Setting* geprägt ist, kommt den Medien eine große Rolle zu. *Agenda Setting* ist der Ausgangspunkt des *policy cycles* und ist an Interessen von Akteur*innen geknüpft (Goede 2010: 112).

Die Funktion der Medien besteht darin, Bürger*innen zu informieren, aber auch zu bilden, Themen im politischen Diskurs zu framen, Menschen eine Stimme zu geben und als *Gatekeeper* Themen aus dem

Diskurs auszuschließen. Medien müssen außerdem unterhalten. Sie müssen auch Profit generieren, denn sie sind marktwirtschaftlich organisiert (ibid: 116).

In seinem 1975 erschienen Buch „*Mediacracy: American Parties and Politics in the Communication Age*“, argumentiert Kevin Philips, dass Medien indirekt die demokratische Gesellschaft regieren. Seiner Ansicht nach schauen Politiker*innen nur noch auf Themen, die in den Medien diskutiert werden, um in weiterer Folge die eigenen Rationalisierungsprozesse zu vernachlässigen, das heißt, sie vereinfachen ihre Arbeit, indem sie sich auf den Diskurs in den Medien beschränken und nicht bzw. wenig den Diskurs mit den Menschen suchen. Welche Themen Medien überhaupt aufs Tapet bringen, hänge wiederum auch mit den Konzernen zusammen, die als Eigentümer*innen hinter diesen Medien stehen. Bürger*innen können diese Medienstrukturen und deren Beziehung zur politische „Elite“ de facto nicht ändern (Philips 1975, Goede 2010).

Laut dem Reuters News Report sinkt in Österreich das Vertrauen in Nachrichten. 2022 hatten noch 40,1 % Vertrauen in Nachrichten. Im Jahr 2023 haben nur 38,3 Prozent der erwachsenen österreichischen Bevölkerung Vertrauen in die private und öffentliche Berichterstattung (Gadringer et al. 2023: 112). Laut dem jüngsten Branchen-Vertrauensindex von APA/OGM erhalten die Medien den viertletzten Platz. Weniger Vertrauen in der Bevölkerung haben nur Energieversorger, Immobilienmakler und Wettspiellanbieter (OGM/APA 2023).

Demokratien leben davon, dass sich Bürger*innen politisch informieren, um ihren Interessen entsprechend wählen zu können. Das Misstrauen in die Medien in einer Demokratie ist ein Störsignal im demokratischen Prozess.

Vom instrumentalisierten Postmodernismus

Postmodernismus ist die philosophische Denkschule, in der grundsätzlich eine skeptische Haltung gegenüber den „großen Erzählungen“ der Moderne, etwa Rationalismus, Humanismus, Aufklärung, Marxismus, Christentum oder Kapitalismus, praktiziert wird. Der französische Philosoph Jean-François Lyotard, ein klassischer Vertreter dieser Schule, greift zwei große Meta-Narrative des Aufklärungsdenkens westlicher Gesellschaften auf. Zunächst hinterfragt er die Annahme der progressiven Emanzipation der Menschheit, die sich historisch von der christlichen Sühne bis hin zur kommunistischen Utopie zieht. Letztlich hinterfragt er auch das Narrativ, wonach Wissenschaft als Triumph wahrgenommen wird (Butler 2002: 13). So etwas wie eine absolute Wahrheit gibt es aus dekonstruktivistischer Perspektive, die postmoderne Philosoph*innen einnehmen, nicht. Wahrheit stehe vielmehr im relativen Verhältnis zu den urteilenden Subjekten, deren Positionen und intellektuellen „Frames“. Ultimative Definitionen werden negiert, insbesondere durch den Umstand, dass die Beziehung zwischen Sprache und Realität verzerrt ist (Butler 2002: 17).

Neben den Erzählungen sind es insbesondere auch die Versprechen und Ansprüche der Moderne, die kritisiert werden. Begriffe wie Wahrheit, Einheit, Wissenschaft gelten nach postmoderner Denktradition als universalistisch und totalitär, da sie Heterogenität nicht zulassen. Der Postmodernismus versucht radikale Vielfalt aufzudecken, das Ende der Ideologien nachzuzeichnen und reflektiert die Möglichkeit eines „neuen Wissens“ (ohne es an dieser Stelle näher definieren zu wollen), das vor dem Hintergrund der Heterogenität erfolgt. Zur postmodernen Philosophie können neben Lyotard auch Jean Baudrillard, Michel Foucault, Gianni Vattimo, Jacques Derrida und Gilles Deleuze gezählt werden (Metzler 2008).

RT (früher Russia Today)

Das vom Kreml-finanzierte Medium „RT“, früher „Russia Today“, stellt laut Craik (2019) eine Form des instrumentalisierten Postmodernismus dar. RT ist in verschiedenen Sprachräumen (deutsch, spanisch, arabisch, englisch, russisch) aktiv. Es werden verstärkt anti-hegemoniale Perspektiven (nicht unbedingt im linken Sinn) und Narrative auf ihren Nachrichtenkanälen verbreitet, die sich mit den Grundsätzen und Positionen der russischen Staatsführung decken. Außerdem versucht RT Unwahrheiten über ausländische demokratische Institutionen zu verbreiten, die wiederum das Vertrauen in ebendiese schwächen. Es geht hier aber nicht um Propaganda, die nur eine „echte“ Wahrheit kennt. Vielmehr steht die Schaffung einer generalisierten postmodernen Weltsicht im Vordergrund, bei dem die Wahrheit selbst als relativ wahrgenommen werden soll (Craik 2019: 13).

RT hat sich seit seiner Gründung 2005 als internationaler Medienakteur etabliert, der die öffentliche Meinung ausländischer Gesellschaften im Sinne Russlands zu beeinflussen versucht (Glazunova et al. 2022: 1 f.). Die wöchentliche Reichweite von RT lag laut Eigenangabe vor dem Krieg bei rund 100 Millionen Menschen in 47 Ländern. Auf Youtube zählt RT mit drei Milliarden Aufrufen sogar zu den am meisten gesehenen Fernsehkanälen weltweit (Elsawah & Howard 2020: 623-4). Das Budget von RT belief sich im Zeitraum von 2015 bis 2017 auf rund 400 Millionen Dollar (Alpert 2014).

Heute ist die Verbreitung von RT in Österreich verboten. Kurz nach der Invasion Russlands in die Ukraine reagierte die Europäische Union rasch mit Sanktionen gegen den Angreifer. Am 1. März 2022 sanktionierte die EU unter anderem die Verbreitung russischer Desinformation und ließ RT sowie Sputnik News (ein weiterer russischer Nachrichtenkanal) verbieten (Voorhoof & Ó Fathaigh 2022: 186 f.). EU-Mitgliedsstaaten änderten ihre Gesetzeslage, um die europäische Position in das jeweils eigene Recht zu überführen, im österreichischen Fall war es das sogenannte „Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz“. Die einzige Partei, die dagegen stimmte, war die

Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) (Fidler 2022). Seither ist es auf herkömmlichem Weg nicht mehr möglich, in der EU RT zu empfangen.

Wie RT funktioniert, zeigt das anschauliche Beispiel vom „Fall Lisa“ aus Deutschland. RT berichtete, dass in Berlin eine Deutsch-Russin im Alter von 13 Jahren auf ihrem Schulweg von Ausländern entführt und vergewaltigt worden wäre. Die deutsche Polizei wurde jedoch auf Widersprüchlichkeiten in der Zeugenaussage aufmerksam. Letztlich stellte sich heraus, dass sie die Nacht bei einem Freund verbracht hatte. Dennoch hielten RT und sogar der russische Außenminister Lavrov der deutschen Polizei vor, den Fall vertuschen zu wollen. Das animierte Rechtsextreme in Deutschland, Kundgebungen zu organisieren (Schaffer 2017).

Der „Fall Lisa“ trägt die Kernintention von RT in sich. Vertrauen in „offizielle“ Informationen zu schwächen, etwa von den klassischen (in diesem Fall deutschen) Medien. Alternative Nachrichten sollen so wiederum gestärkt werden.

Conclusio

In einer Wissensdemokratie stehen Wissensproduktion und deren Nutzung in einem demokratischen Kontext. Bürger*innen müssen sich informieren können, um ihren Interessen entsprechend zu wählen. Demokratische Gesellschaften stehen vor der Herausforderung, dass ein zentraler Wissensproduzent, die klassischen Medien, wenig Vertrauen genießen.

Demokratien sind darüber hinaus mit zentral organisierten Destabilisierungskampagnen im medialen Raum konfrontiert, die dem Vertrauen in demokratische Institutionen, aber auch in herkömmliche Medien abträglich sind. Die strapazierte Beziehung zwischen Bürger*innen und Medien stellt ein Einfallstor für autoritäre Interessen dar, Demokratie mal sichtbar, mal wenig sichtbar, zu erodieren.

Zweifel am System, am Establishment oder Frust über Demokratie kann eine Folge bzw. Nebenwirkung der strukturellen Gegebenheiten der Medien sein. Sie kann aber auch von autoritären Akteur*innen bewusst angeheizt worden sein.

Edgar Subak hat im Bachelor und Master Politikwissenschaft an der Universität Wien und an der Università di Bologna studiert. In seiner Masterarbeit untersucht er RT-Berichterstattung über Österreich und vergleicht diese hinsichtlich Medienbias, Darstellung von Akteur:innen und Agenda-Setting vor und nach dem Beginn des Ukraine-Kriegs. Derzeit absolviert er das Journalismus-Kolleg der Österreichischen Medienakademie.

Literatur

Alpert, L. I. (2014). *Kremlin Speak: Inside Putin's Propaganda Factory* [Kindle Version]. Retrieved from <https://www.amazon.com/Kremlin-Speak-Inside-Propaganda-Factoryebook/dp/BooPSASZS6>

Bunders, J. F., Broerse, J. E., Keil, F., Pohl, C., Scholz, R. W., & Zweekhorst, M. B. (2010). How can transdisciplinary research contribute to knowledge democracy?. In: Roeland J. in 't Veld (ed.). *Knowledge democracy: Consequences for science, politics, and media*, 125-152.

Butler, C. (2002). *Postmodernism: a very short introduction*, New York: Oxford University

Craik, P. B. (2019). *The Weaponization of Postmodernism: Russia's New War with Europe*. LEQS Paper, (146).

Elsawah, M., & Howard P.N. (2020). "Anything that Causes Chaos": The Organizational Behavior of Russia Today (RT). *Journal of Communication*, 70(5), 623–645, <https://doi.org/10.1093/joc/jqaa027>

Fidler, H. (2022). Bis zu 50.000 Euro Strafe für Verbreitung von russischem Staatssender RT – alleine FPÖ stimmt dagegen. *Der Standard Online* (9 March 2022). Retrieved from: <https://www.derstandard.at/story/2000133980411/bis-50-000-euro-fuer-verbreitung-von-russischem-staatssender-rt>

Gadringer, S., Sparviero, S., Trappel, J., & Reichenberger, P. (2023). *Digital News Report Network Austria*. Reuters Institute Digital News Report.

Goede, M.(2010). *Media, Democracy and Governance*. In: Roeland J. in 't Veld (ed.). *Knowledge democracy: Consequences for science, politics, and media*,113-124.

Metzler *Lexikon Philosophie* (2008). *Postmoderne, Postmodernismus*. Springer-Verlag Deutschland. Spektrum.de. Retrieved from: <https://www.spektrum.de/lexikon/philosophie/postmoderne-postmodernismus/1607>

OGM/APA (2023). *OGM/APA Vertrauensindex Branchen Juni 2023*. Retrieved from: <https://www.ogm.at/2023/06/12/ogm-apa-vertrauensindex-branchen-juni-2023/> (26.10.2023)

Philips, K.P.(1975). *Mediacracy: American Parties and Politics in the Communications Age*. Garden City, N.Y.: Doubleday Press.

Schaffer, T.(04.12.2017). "Russia Today": So funktioniert Putins Propaganda-Sender. In *Kurier*. Retrieved from: <https://kurier.at/politik/ausland/russia-today-so-funktioniert-putins-propaganda-sender/300.208.009> (27.10.2023)

Voorhoof, D., & Ó Fathaigh, R. (2022). *Freedom of Expression and the EU's ban on Russian Today. A Dangerous Rubicon Crossed*. *Communications Law-The Journal of Computer, Media and Telecommunications Law* 4, 186-192.

Die EU zwischen Selbst- und Fremdbildern: Über die Diskrepanz zwischen liberalen Werten und legitimierter Gewalt an den Außengrenzen der Europäischen Union

Linda Nutz

Paradoxien der Wissenschaft

Während sich die bekannten europäischen Denker, wie Rousseau oder Hobbes, für die Freiheit des Menschen als Individuum aussprachen, wurden Nicht-Europäer*innen zur Absicherung des Wohlstands in Europas Kolonien versklavt. Dass dieser Zusammenhang überhaupt existiert, geschweige denn einer der größten Paradoxien philosophischer und politischer Theorie ist, bleibt aber weitgehend verschwiegen (Buck-Morss 2015: S.40ff). Susan Buck-Morss deckt diesen Zusammenhang, der in den kanonisierten Erzählungen über die europäische Aufklärung beiseitegelassen wird, in ihrem Aufsatz „Hegel und Haiti“ auf.

Somit stellt sich die Frage, ob „Hegel und Haiti“ kein Einzelfall ist und ob es nicht viele paradoxe Zusammenhänge zwischen europäischen Werten und europäischem Tun gibt, die es zu betonen gilt. Heute ist die EU tagtäglich für Menschenrechtsverletzungen an ihren Grenzen verantwortlich (Gardavsky 2022: S.4). Daher ist ein solcher Zusammenhang auch hier erkennbar, denn das Mittelmeer ist bereits seit etlichen Jahren die tödlichste Fluchtroute weltweit (McAuliffe, M. and A. Triandafyllidou 2021).

Die Europäische Union ist als moralische Institution bekannt, da sie durch klare Werte wie die der Menschenrechte charakterisiert wird (Wolff et al. 2022: S.1611).

Die EU unterstreicht das in eigenen Worten:

„Die EU sorgt seit über einem halben Jahrhundert für Frieden, Stabilität und Wohlstand. Sie spielt auch eine entscheidende Rolle in der Diplomatie und setzt sich weltweit für diese Werte sowie für Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit ein. Im Jahr 2012 wurde der EU in Anerkennung dieses Einsatzes der Friedensnobelpreis verliehen.“

(*European Union 2023*)

Wie Wolff et al. in ihrem Artikel aus dem Jahr 2022 im *Journal of Common Market Studies* erkennen, lässt sich hinter diese Selbstzuschreibung der EU kein Punkt setzen. Vor allem in den letzten Jahren ist die EU in komplexe internationale Strukturen verwickelt, denen ihre westlichen, liberalen Werte entgegenstehen:

„[...] civilizational discourses on EU politics have been gaining traction even as they undermine ‘the civic essence of the history of European integration’ and do ‘not accommodate’ the inclusion of multiculturalism, the legacy of imperialism ... [and] the reality of mobility across the continent and immigration from the rest of the world“

(Balfour 2021; zitiert in: Wolff et al. 2022: S.1611)

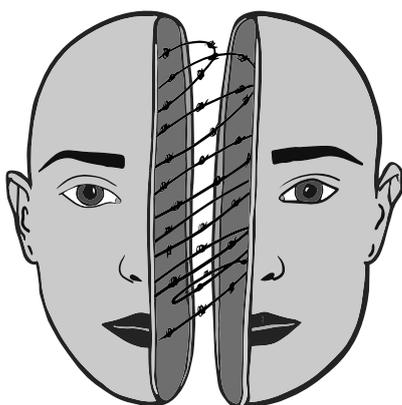
Über die Gleichzeitigkeit von Aufklärung und Kolonialherrschaft

Dem Bekenntnis zu Demokratie, Grundrechten und Rechtsstaatlichkeit auf dem europäischen Kontinent liegen liberale Werte zugrunde, die ihren Ursprung in der Aufklärung und der Französischen Revolution haben. Die Vordenker dieser sind bekannte Persönlichkeiten wie Jean-Jacques Rousseau, John Locke oder Thomas Hobbes. Sowohl Locke als auch Hobbes waren an der britischen Kolonialpolitik selbst beteiligt. Hobbes sah die Sklaverei als eine natürliche Folge des menschlichen Naturzustands und auch Locke bezeichnete sie als eine vertretbare Institution (Buck-Morss 2015: S.48ff.). „In Großbritannien bedeutete Freiheit den Schutz des Eigentums, und dazu gehörten auch die Sklaven“ (Buck-Morss 2015: S.49).

Auch Rousseau sprach sich zwar generell gegen die Rechtmäßigkeit der Sklaverei aus, distanzierte sich in seinem Werk aber zu keinem Zeitpunkt vom *Code Noir*¹, der zu dieser Zeit die rechtliche Grundlage der Sklaverei darstellte (Buck-Morss 2015: S.49ff.).

Die Abschaffung der Sklaverei in Haiti wurde in der damaligen französischen Kolonie Saint-Domingue zum ersten Mal in der Weltgeschichte von den Sklav*innen selbst in die Hand genommen. Ungefähr 500.000 Menschen leisteten ab 1791 gewaltvollen Widerstand und erreichten die formelle Abschaffung der Sklaverei. In Frankreich wurde ausreichend über

¹ Der *Code Noir* ist eine Verordnung, die den Umgang mit Schwarzen Sklav*innen in Frankreichs Kolonien regelte. Das Dokument wurde 1695 von König Ludwig XIV. unterzeichnet und war bis 1848 gültig. Als rechtliches Dokument legalisierte der *Code Noir* die Sklaverei und darüber hinaus Folter und Tötung von Sklav*innen (Buck-Morss 2015: S.52f.).



die Ereignisse in Saint-Domingue berichtet, später auch in britischen, amerikanischen und polnischen Medien (Buck-Morss 2015: S.68f.). Buck-Morss schreibt, dass auch Hegel diese Berichterstattung mitverfolgt hat und auf diese Ereignisse vermeintlich seine Dialektik von Herrschaft und Knechtschaft aufgebaut hat (Buck-Morss 2015: S.74). Hegel schrieb verhältnismäßig viel über die Sklaverei aus einer kritischen Perspektive und erwähnte auch die haitianische Revolution in seinen Vorlesungen (Buck-Morss 2015: S.91ff.). Leider blieb Hegel nicht bei seiner Kritik an der Sklaverei, sondern behauptete viele Jahre später, dass es den Sklav*innen in den Kolonien besser als in Afrika gehen würde (Buck-Morss 2015: S.99).

Buck-Morss betont, dass sich wenige Wissenschaftler*innen klar und kritisch zu den Persönlichkeiten Hegel, Rousseau, Locke oder Hobbes äußern, wodurch es teilweise in Kauf genommen wird, dass diese Fakten verschleiert oder relativiert werden (Buck-Morss 2015: S.54f.).

Deren Positionen zeigen uns aber, wie real der Rassismus der Europäer*innen war (und noch ist). Die Verschwiegenheit auch über die Kolonialherrschaft im Allgemeinen muss deshalb endlich gebrochen werden.

„Was wäre, wenn wir jeden Augenblick, in dem das Bewusstsein eines Individuums die Grenzen der gegenwärtigen Machtkonstellationen überwindet und erfährt, was Freiheit konkret bedeutet, als Moment betrachten würden, in dem sich der absolute Geist realisiert? Auf wieviel Schweigen würden wir dann stoßen, das es noch zu brechen gilt? Welche weiteren undisziplinierten Geschichten gälte es dann zu erzählen?“ (Buck-Morss 2015: S.106)

Die europäische Wertegesellschaft

Um sich mit der Diskrepanz zwischen europäischen Werten und europäischem Tun im Heute auseinanderzusetzen, ist ein grundlegendes Verständnis der EU und ihrer Wertegesellschaft essentiell. Schon vor der Gründung der EU im Jahr 1992 gab es bereits verschiedene

europäische Gemeinschaften, in denen Staaten zusammengearbeitet haben, wie die Gemeinschaft für Kohle und Stahl (Bieber et al. 2016: S.37). Wenige Jahre später wurde der Schengen-Grenzkodex erlassen, sodass die Mitgliedstaaten ihre Grenzen nach Innen öffneten und die EU-Staaten ihre gemeinsamen Grenzen nach Außen verstärkten (Gardavsky 2022: S.18). Bieber et al. beschreiben in ihrer Einführung über die Europäische Union und ihr Recht die EU als „herausragendes Ergebnis eines Integrationsprozesses“ (Bieber et al. 2016: S.37) Die Idee des europäischen Staatenbündnisses benennt auch Kant in seinem Werk „Zum ewigen Frieden“, da er der Überzeugung war, dass ein solcher Staatenbund Frieden bringen könnte (Bieber et al. 2016: S.38f.).

Industrialisierung und Internationalisierung haben das Staatenbündnis bequem gemacht und es deshalb bei der Entstehung als wesentliche Faktoren gefördert. Die beiden Weltkriege erschütterten dies jedoch maßgeblich, aber nach dem Zweiten Weltkrieg war dadurch das Bedürfnis nach Frieden hoch. Faktoren von Wirtschaft und Handel, aber auch die Absicherung des Friedens in Europa waren also zentrale Beweggründe für die Etablierung der EU (Bieber et al. 2016: S.40). Doch des Weiteren wurde aus einem „Projekt zur Friedenssicherung“ eine europäische Wertegemeinschaft.

Die Entwicklung der europäischen Werte geht bis ins 17. Jahrhundert zurück. Die universelle Freiheit als Idee des Liberalismus bildete den Grundbaustein und die Theorien des Gesellschaftsvertrags führten Europa weg von autokratischen Systemen zu Staaten mit Bürgerrechten und Demokratie (Isaakje et al. 2020: S.1756f.).

Die Suche nach Quellen, die die Geschichte der europäischen Werte darlegen und diesen Prozess dabei auch kritisch analysieren, ist schwierig. Sieht man sich die Abhandlung von Blumenwitz et al. und Rauscher über die Europäische Union als Wertegemeinschaft an, findet man eine sehr positive Perspektive (Blumenwitz et al. 2004: S.5). Das römische Erbe wird als rechtliche und das griechische Erbe als philosophische Grundlage für ein friedliches Zusammenleben genannt. Das Christentum sorgte laut diesen Autoren für Gleichheit unter den Menschen

(Rauscher 2004: S.26). Die Autoren betonen, dass es diese Entwicklungen auch in anderen Kulturen gab, beharren jedoch auf dem Argument, dass an der europäischen Art und Weise etwas Besonderes zu finden sei (Rauscher 2004: S.19f.). Die Geschichte der europäischen Werte wird hier also aus einer eurozentristischen Perspektive geschildert, wobei die kolonialen, rassistischen und menschenfeindlichen Handlungen und Haltungen des Kontinents außen vorgelassen werden. Solche historischen Erzählungen über die europäische Wertegemeinschaft sind ein zentraler Grund dafür, dass Zusammenhänge nicht gemeinsam gedacht werden.

Ursprünge der europäischen Grenzpolitik

Um zu verstehen, wie es überhaupt zu den Menschenrechtsverletzungen und Todesfällen an den Außengrenzen der EU kommt, ist es wichtig, ein Verständnis für die Beweggründe der EU zu haben, einen aktiven „Grenzschutz“ überhaupt betreiben und finanzieren zu wollen. Brand und Wissen argumentieren in ihrem Werk „Imperiale Lebensweise“ (2017), dass die kapitalistische Dynamik es erzwingt, über die eigenen Grenzen hinaus Kapital zu akkumulieren.

Dies äußert sich in Inwertsetzung und Landnahme nicht-kapitalistischer Gebiete (neben Ländern und Regionen auch sozialer und psychischer Aspekte), weshalb der Kapitalismus seine



Globalisierungstendenz mittlerweile auch verwirklicht hat (Brand, Wissen 2017: S.52). Damit die Gesellschaften des Globalen Nordens also ihren Lebensstandard auf kapitalistische Weise erhalten können, müssen sie über ihre Grenzen hinweg Ressourcen sowie Arbeitskräfte extrahieren (Brand, Wissen 2017: S.53f.).

„Dazu kommen schließlich der strukturelle Rassismus und Neokolonialismus, die sich etwa in der Minderbewertung von Arbeitskraft im globalen Süden manifestierten, Ausbeutung und Unterdrückung rechtfertigten sowie ein Überlegenheitsgefühl in den Gesellschaften des globalen Nordens schafften.“

(Brand, Wissen 2017: S.54)

Durch die neokoloniale Praxis des Globalen Nordens befindet sich eine Unzahl der Menschen im globalen Süden in prekären Lebenslagen, weil dort die Auswirkungen des Klimawandels bereits verheerende Gestalt annehmen und wichtige Lebensgrundlagen wegfallen, weshalb vermehrt Menschen ihre Lebensräume verlassen müssen (Brand, Wissen 2017: S.10). Zusätzlich spielen Kriege und internationale Konflikte eine große Rolle. Das hat in diesem Jahrhundert dazu geführt, dass sich Staaten und supranationale Institutionen wie die EU erneut die Frage der nationalen Sicherheit stellen, was die Europäische Union als Anlass sieht, sich abzuschotten. Grenzzäune werden verstärkt und Gewalt an diesen Grenzen nimmt zu. Die Ursachen, warum Menschen aus ihren Lebensräumen vertrieben werden und manche von ihnen versuchen, in der EU zu leben, entspringen also aus globalen Ungerechtigkeits- und Herrschaftsverhältnissen (Brand, Wissen 2017: S.11). Jedoch finden wir bis heute medial und politisch ein Narrativ, das diese Gegebenheiten voneinander trennt.

Praxis an den Außengrenzen der EU

Zum Schutz der EU-Grenzen wurde 2004 die Agentur Frontex gegründet, die sich nun „European Border and Coast Guard Agency“ nennt (Frontex 2023). Es gibt unzählige Berichte über die Gewalt, die Frontex und ihre Beamt*innen an den europäischen Außengrenzen

ausüben (Amnesty International 2021). Der Diebstahl persönlicher Gegenstände von POM (Peoples on the Move) wird durch rechtliche Grauzonen ermöglicht, indem Frontex das Entwenden von Mobiltelefonen als Teil der Untersuchungen bezüglich ‚migrant smugglings‘ rechtfertigt (Gardavsky 2022: S.72). Daher ist es schwierig, Berichterstattung über illegales Handeln der Beamt*innen zu finden, weil diese Mobiltelefone meist auch zerstört werden. Zusätzlich sind POM psychischer sowie vermehrt extremer physischer Gewalt seitens der Grenzbeamt*innen ausgesetzt (Gardavsky 2022: S.72). Neben diesen Formen der Gewalt finden tagtäglich illegale Pushbacks an den europäischen Außengrenzen statt. Denn Menschen, die die Grenze überschritten haben, steht eigentlich das Recht zu, einen Asylantrag zu stellen. In der Realität werden Personen im Grenzgebiet auch nach dem Grenzübertritt von Beamt*innen gesucht, Gewalt ausgesetzt und wieder zurück vor die Grenze gebracht. Doch das ist eigentlich illegal und widerspricht den Menschenrechten (Gardavsky 2022: S.72f.).

Die Tatsache, dass die EU dieses Vorgehen unterstützt, zeigt sich nicht nur in der Finanzierung von Frontex, sondern auch in den sogenannten Camps. Griechenland bekam 276 Millionen Euro von der EU zur Verfügung gestellt, um Lager zu bauen, in denen POM festgehalten werden. Dieses Geld war jedoch nicht dazu gedacht, die Situation der Menschen zu verbessern oder ihre Rechte zu schützen. Menschen versuchen oft, diese Lager zu verlassen, da es sehr gefährliche Orte mit mangelnder Grundversorgung sind, weshalb auch hier in der Literatur nicht mehr von ‚detention center‘, sondern ‚incarceration facility‘ gesprochen wird (Gardavsky 2022: S.75).

Durch die menschenunwürdigen Zustände in den Camps bildete sich in Bihać an der bosnisch-kroatischen Grenze der sogenannte *Jungle*, in dem POM im Wald leben. Andere lassen sich in verlassenem Häusern im Zentrum nieder (Gardavsky 2022: S.34). Von dort aus versuchen sie *The Game* meist täglich. *The Game* ist ein Begriff, der die unzähligen Versuche von POM, die europäische Außengrenze zu überqueren, beschreibt (Gardavsky 2022: S.22). In Gardavskys Bericht sind viele Einzelfälle von Polizeigewalt

an den Grenzen zu finden, und unter ihnen auch die Geschichten von Toten. Da die POM nirgends registriert sind, werden Unfälle an der Grenze oder Fälle von Polizeigewalt nicht untersucht. Die Leichen landen in Krankenhäusern und bleiben meist unidentifiziert (Gardavsky 2022: S.44ff.).

„What was going to happen to the body? A lot of questions, but no answers. Only a comment from N., „They are not registered, they do not show up in any system. Things will continue exactly the way they were before.“ [...] Another unidentified body in some hospital somewhere between some cities and borders“ (Gardavsky 2022: S.46)

Neben Pushbacks nennt Paul Kirby in seiner Abhandlung zu sexueller Gewalt an Grenzen auch die Pullbacks. Boote auf dem Mittelmeer werden von Schiffen der libyschen Küstenwache, die mit Frontex zusammenarbeitet, zurück nach Libyen gezogen. Sexuelle Gewalt ist eines der vielen Risiken, welchen POM in Camps oder Einrichtungen ausgesetzt sind und erhöht sich durch Push- und Pullbacks wesentlich, da sie daraufhin in solche Einrichtungen gebracht werden (Kirby 2020: S.1225). Dies birgt ein hohes Risiko für sexuelle Gewalt an POM, was die EU aber kaum zu interessieren scheint. Um sich der Verantwortung zu entziehen, verweist die EU in diesem Fall auf NGOs, die nur Wenigen helfen können (Kirby 2020: S.1210).

Darüber hinaus kriminalisiert die EU seit Jahren NGOs, die POM and den Grenzgebieten unterstützen (ECCHR 2023), sodass sich Personen, die sich für Seenotrettung engagieren, vor Gericht beweisen müssen, oder Schiffe dieser NGOs aufgrund von rechtlichen Banalitäten wochen- oder monatelang in Häfen festgehalten werden (Sea Watch 2023). Die wissenschaftliche Arbeit von Forscher*innen vor Ort wird ebenso kriminalisiert und erschwert (Gardavsky 2022: S.40).

Wir sprechen hier also nicht von unterlassener Hilfeleistung seitens der EU, sondern es ist klar, dass die EU aktiv mit finanziellen und anderen Mitteln Menschenrechtsverletzungen an den Grenzen der Mitgliedsstaaten und darüber hinaus unterstützt.

Liberaler Werte und Liberaler Gewalt

Isaakje et al. (2020) argumentieren ebenso, dass die Handlungen der EU an den Außengrenzen in starkem Kontrast zu ihren liberalen Werten und ihrem antirassistischen Selbstbild stehen. Warum toleriert dann die europäische Gesellschaft all diese Formen brutaler Gewalt? Die Autor*innen stellen fest, dass die dunkle Geschichte des europäischen Kolonialismus vermeintlich dazu geführt hat, dass die Europäer*innen eine hohe Toleranz gegenüber Gewalt nach Außen aufweisen. Die Aufklärung habe nicht dazu beigetragen, dass es diese Gewalt nicht mehr gibt, sondern lediglich manifestiert, dass Gewalt Legitimation erfahren muss. Wenn das nicht möglich ist, muss sie versteckt werden. Deshalb bedeutet auch die Identifikation mit liberalen Werten nicht, dass es keine Gewalt mehr geben kann (Isaakje et al. 2020: S.1755). Diese Form der *Liberalen Gewalt* beginnt nicht immer an physischen Körpern, sondern manifestiert sich zuerst in sozioökonomischen Strukturen, so Isaakje et al. mit Verweis auf den norwegischen Soziologen Johan Galtung (2020: S.1755).

Auf das Grenzregime der EU treffen beide Aspekte zu. Zum einen ist die EU offen mit der eigenen Abschottung und stellt sie als Schutz der europäischen ‚Völker‘ dar. Frontex hat sogar eine eigene Website und veröffentlicht laufend Informationen und Statements. Zum anderen kann man aber nun nicht alle Gegebenheiten mit dem Argument des Schutzes legitimieren.

Konklusion

Europa hatte die Aufklärung ihrer eigenen Gesellschaften und Europa hatte Kolonien. Beide Tatsachen hängen strukturell und historisch miteinander zusammen. Die Kolonien und die Menschen, die dort lebten oder dorthin verschleppt und versklavt wurden, wurden als Kosten für den Wohlstand und die Entwicklung der westlichen Gesellschaften in Kauf genommen. Heute haben wir die EU, das Friedensprojekt, die Wertegesellschaft.

Und wir haben das Grenzregime der EU, wo fast jeden Tag Menschen getötet werden, weil sie Europa nicht haben möchte.

Es sieht also ganz so aus, als hätte der Liberalismus nicht das gehalten, was er versprochen hat. Zumindest wird klar, dass Menschenrechte und Selbstbestimmung Privilegien sind, die immer noch primär westlichen und weißen Personen zukommen. Die Legitimation der Gewalt erfolgt heute auf ähnliche Art und Weise, wie auch schon Locke und Hobbes die Sklaverei legitimiert haben: Es ist nun mal die Ordnung der Welt. Die mediale Mainstream-Berichterstattung ist von kritischer Aufklärung über die Zusammenhänge weit entfernt, da das Framing „des Flüchtlings“, „der Flüchtlingswelle“, des „Flüchtlingsstroms“ noch immer ein bedrohliches Narrativ aufbaut und die koloniale Vergangenheit Europas ignoriert. Neokoloniale Strukturen und ihre rassistischen Grundlagen sind weiterhin hegemonial und werden als *natürliche* Zustände hingenommen (Schindel 2022: S.428).

Es gibt jedoch die Möglichkeit, die Gesellschaft anders zu organisieren und solidarischer zu gestalten. Solange jedoch das Image der EU als Friedensprojekt weiterlebt, wird es schwer sein, ein solidarisches Europa in die Wirklichkeit zu bringen. Hegel würde sagen, Veränderung muss von den Unterdrückten initiiert werden (Buck-Morss 2015: S.83). Dazu kann aber auch die europäische Gesellschaft selbst einen Beitrag leisten, wenn es ein Bewusstsein der politischen Institutionen, der Unternehmen und mancher NGOs in Europa darüber gäbe, was an den Grenzen passiert. Denn wenn sich die EU ‚Friedensprojekt‘ nennen will, sollte Krieg auf anderen Kontinenten und Gewalt an den Außengrenzen nicht zu einer Notwendigkeit werden, um die eigene krisenhafte kapitalistische Gesellschaft aufrecht zu erhalten.

Linda Nutz studiert seit 2021 Politikwissenschaft an der Universität Wien. Seit 2023 ist sie als Assistentin und Tutorin am Institut tätig.

Literatur

Amnesty International (2021): Greece: violence, lies and pushbacks: refugees and migrants still denied safety and asylum at Europe's borders; online: <https://www.amnesty.at/media/8529/amnesty-report-greece-violence-lies-and-pushbacks.pdf> (Zugriff: 29.11.2023).

Bieber et al. (2016): Die Europäische Union, Baden-Baden: Nomos.

Brand, Ulrich; Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München: oekom Verlag.

Buck-Morss, Susan (2015): Hegel und Haiti, Berlin: Suhrkamp.

ECCHR (2023): Kriminalisierung von Seenotrettung: ECCHR fordert Eingreifen auf UN-Ebene; online: <https://www.ecchr.eu/fall/kriminalisierung-von-seenotrettung-ecchr-fordert-eingreifen-auf-un-ebene/>, 13.11.2023.

European Union (2023): Die wichtigsten Errungenschaften und konkreten Vorteile der Europäischen Union; online: https://european-union.europa.eu/priorities-and-actions/achievements_de, (Zugriff: 25.03.2023).

Frontex (2023): Was ist Frontex?; online: <https://frontex.europa.eu/de/uber-uns/was-ist-frontex/>, (Zugriff: 31.03.2023).

Gardavsky, Flavia (2022): The Humanitarian Border: Encountering Border Violence on the Balkan and Mediterranean Routes, Wageningen University and Research.

Isaakje, Arshad et al. (2020): Liberal Violence and the Racial Borders of the European Union. In: John Wiley & Sons Ltd, Antipode Vol. 52 No. 6 2020 ISSN 0066-4812, S.1751-1773.

Kirby, Paul (2020): Sexual violence in the border zone: the EU, the Women, Peace and Security agenda and carceral humanitarianism in Libya. *International Affairs* 96: 5, S.1209 - 1226.

McAuliffe, M. and A. Triandafyllidou (eds.) (2021): World Migration Report 2022. International Organization for Migration (IOM), Geneva.

Rauscher, Anton (2004): Die christlichen Wurzeln der europäischen Einigung. In: Blumenwitz et. al. (Hg.): Die Europäische Union als Wertegemeinschaft, Berlin: Dunker & Humblot.

Schindel, Estela (2022): Death by ‚nature‘: The European border regime and the spatial production of slow violence; in: EPC: politics and Space, sagepub.com/journals-permissions, DOI: 10.1177/2399654419884948, S. 428 - 446.

Sea Watch (2023): Bundesregierung plant Behinderung ziviler Seenotrettung: Mehrheit der deutschen Seenotrettungsschiffe werden blockiert; online: <https://sea-watch.org/bundesregierung-plant-behinderung-ziviler-seenotrettung/>, (Zugriff: 13.11.2023).

Wolff, Sarah et al. (2022): How to Reflexively Decentre EU Foreign Policy: Dissonance and Contrapuntal Reconstruction in Migration, Religious and Neighbourhood Governance; in: *JCMS* 2022 Volume 60. Number 6. DOI: 10.1111/jcms.13335, S. 1611-1628.

Vorgänge auf der Schlangeninsel: Zur Herstellung von Wahrheit in einer dokumentaristischen Öffentlichkeit

Luca Kohlgraf

Das Originaldokument als Erzählgrundlage

„*Russkij wojennyj korabl, idi na chuj*“ (dt.: „Russisches Kriegsschiff, fick dich“). Eine Tonaufnahme dieses Satzes ging Ende Februar 2022 viral und wurde millionenfach angehört. Was war passiert? Zu Beginn des Ukrainekrieges unternahm der russische Kreuzer Moskwa einen Angriff auf die kleine, von einigen ukrainischen Soldaten bewohnte, Schlangeninsel im Schwarzen Meer. Im Zuge dessen kam es zu einem Funkaustausch zwischen der Besatzung der Moskwa und den auf der Insel stationierten ukrainischen Soldaten, den die Ukrainer eben mit jenem Kraftausdruck beendeten. Die Tonaufnahme dieses Funkverkehrs fand innerhalb kürzester Zeit weite Verbreitung. Die Besatzung der Insel gelang den russischen Soldaten zwar dennoch, die ukrainische Seite allerdings präsentierte sie auf der Insel stationierten Soldaten als heldenhafte Märtyrer, obwohl sich diese allesamt in Gefangenschaft befanden, also lebendig waren (Hofer 2022).

Aus einer Posse, über die zu Zeiten vor den Sozialen Medien wohl kaum größer berichtet worden wäre, gelang es der ukrainischen Seite, weltweite Aufmerksamkeit zu generieren und das obwohl vermutlich viele Hörer:innen dieser Tonaufnahme der russischen Sprache nicht mächtig sein dürften und die Bedeutung lediglich mit Untertiteln verstehen. Ohne das Vorhandensein der Tonaufnahme hätte diese Geschichte, wäre sie rein nacherzählt worden, wohl kaum eine ähnliche Resonanz erzeugen können.

Die Aufnahme als ein Originaldokument bezeugt die Authentizität dieser Vorgänge, ohne diese aber aufklärend zu erklären. Sie lässt eben jenen Spielraum, der verschiedenen Seiten eine Fortschreibung der Geschehnisse auf Grundlage des Gehörten erlaubt. Indem die Aufnahme sich über die Sozialen Medien verteilt, gelangt sie direkt zu ihrer Zuhörerschaft, ohne, dass eine kontextuelle Einbettung stattfindet. Erst nachdem eine gewisse Masse erreicht ist, wird das Thema von journalistischen Medien aufgegriffen. Auch deren Einstieg geschieht über die Tonaufnahme, allerdings mit der entsprechenden Kontextualisierung. So erklären sie, dass die ukrainischen Soldaten lediglich in Gefangenschaft sind, sich ergeben haben und nicht in heldenhaften Kämpfen starben, wie sich ein Erzählstrang über das Internet verbreitete. Nicht alle wird der Fakt, dass die Soldaten in Gefangenschaft sind, erreichen, sodass unterschiedliche Erzählungen vom gleichen Dokument ausgehend bleiben werden. Während die Aufnahme als klarer Fixpunkt bleibt, verschwimmen die Erzählungen drumherum. Die Frage der Wahrheit wird zu einer Suche. Es bleibt zudem die Frage, wie die Aufnahme an die Öffentlichkeit gelangte. Veröffentlicht wurde sie von der ukrainischen Regierung, aber über die Sozialen Medien verbreitete sie ein Onlinemedium mit dem Namen *Ukrajinska Prawda*, zu deutsch: *Ukrainische Wahrheit* (ebd.).

Dokumentaristische Realität

Die Filmemacherin Hito Steyerl setzte sich in ihrem Werk *Die Farbe der Wahrheit* mit Dokumentarismen in der Kunstwelt auseinander. Als dokumentarisch lassen sich Medien bezeichnen, die einen klare Ähnlichkeit zur Wirklichkeit aufweisen und eine objektive Abbildung dieser sein wollen (Steyerl 2008, 7). In einer Öffentlichkeit, in der potentiell jede Person die technische Ausstattung besitzt, Aufnahmen anzufertigen, existieren zahlreiche Ton- und Videodokumente, direkt aus dem Leben gefilmt und nicht professionell produziert. Aufnahmen, die einen dokumentarischen Anschein erwecken, indem sie eine Situation belegen, die unmittelbar zum Zeitpunkt der Aufnahme stattfindet (ebd., 12 ff.). In radikaler Subjektivität proklamieren sie so die Authentizität des Aufgenommenen und begründen darauf aufbauend ihren Wahrheitsanspruch. Unmöglich zeichnen sie so aber ein gesamtheitliches Bild einer Situation oder nehmen verschiedene Perspektiven ein.

Hito Steyerl spricht hierbei von einer Unschärfe, die dem Dokumentarismus beiwohnt. Diese Unschärfe besteht zunächst in der Qualität des Materials und überträgt sich auf Begriffe wie Wahrheit, Objektivität oder Realität (ebd., 9). Diese Unschärfe weckt einen Zweifel beim Betrachtenden, der zum essentiellen Kriterium des Dokumentarismus wird. In dem Zweifel liegt die Potenz der Aufnahme begründet. Um diesen Effekt noch zu verstärken, zielt sie direkt auf die Affekte des Betrachtenden (ebd., 12). Anstatt eine ausgewogene Perspektive einer Situation zu bieten, wird die Identifikation ersucht. Der Rezeptionsprozess verschiebt sich dabei, wie Steyerl ausführt: „In der Verschiebung vom dokumentarischen Sehen zum dokumentarischen Fühlen, vom distanzierenden Blick zum intensiven Erlebnis wird die Realität zum Event“ (ebd., 13).

Die Sozialen Medien als Aggregator verbreiten diese Aufnahmen über die ganze Welt. Indem das Geschäftsmodell der Plattformen auf der Erzielung von Aufmerksamkeit basiert, ist die Intensität ein entscheidendes Kriterium, das die Zirkulation der Aufnahme befördern kann. Gerade zu Krisen hat die

dokumentaristische Produktion Hochkonjunktur, da in der Krise ein drastischer Bruch mit der bekannten Realität stattfindet. Der Dokumentarismus sucht das Exzeptionelle und so wird ihm die Krise zur permanenten Form (ebd., 7). Die dokumentaristische Realität ist eine Realität der Ungewissheit, in der der Wahrheitsbegriff mit jeder zusätzlichen Aufnahme mehr in Frage gestellt werden kann, da jede:r den Anspruch auf seine eigene Wahrheit erhebt, sich aber nicht um die Einbeziehung weiterer Perspektiven bemüht.

Das Internet als kollektives Gedächtnis

Im Fall der Vorgänge auf der Schlangeninsel ist die Tonaufnahme der Ausgangspunkt einer zu erzählenden Realität. Die Aufnahme, deren Weiterverbreitung nur von einer der Kriegsparteien betrieben wird, erklärt die Situation nur minimal. Es wird lediglich die Information vermittelt, dass ein russisches Kriegsschiff vor der Insel steht. Alles Weitere bleibt unscharf und offen zur Interpretation. Ihre Wirkung entfaltet die Aufnahme erst durch den Kraftausdruck. Er dient nicht der Vermittlung von Information, sondern einer Identifizierung mit der ukrainischen Seite. Beim Hören wird uns die Aussage präsent, mitunter wiederholen wir sie innerlich und schließen uns ihr an. Aus dem Raum des Virtuellen bewegt sich die Aufnahme in das Aktuelle. Der Lebensphilosoph Henri Bergson nutzte diese Bewegung, von Virtuell zu Aktuell, zur Erläuterung des Hervorrufens einer Erinnerung ins Bewusstsein (Bergson 2015, 172).

Die Technologie des Internets fungiert in der Form eines Gedächtnisses, durch das Inhalte immer wieder beschwört und so Rezipient:innen neu ins Bewusstsein gerufen werden können. Im Unterschied zum Gedächtnis, ruft das Internet Ereignisse ins Reale, die wir vorher nicht erlebten und die uns zum ersten Mal präsent sind. Indem diese Ereignisse ins Bewusstsein dringen, bestätigen wir nicht ihre Existenz, aber sie

bilden die Grundlage einer kommenden Handlung, sie sind gegenwärtig im Sinne Bergsons: „Das, was ich meine Gegenwart nenne, ist meine Haltung gegenüber der unmittelbaren Zukunft, meine unmittelbar bevorstehende Handlung“ (ebd., 180). Während die Erinnerung mit der Zeit verblasst, verschwimmt auch der Ursprung der Erzählung in den Feeds der Sozialen Medien, die sich ständig weiterbewegen und neue Meldungen hervorbringen. Bleibt die Erinnerung aber subjektiv und rein durch die Sprache weitervermittelbar, kann das virtuelle Dokument weitergereicht und von verschiedenen Personen neu erlebt werden. Die Teilbarkeit ergibt die Potenz des Dokuments und erlaubt es eine Handlungsfähigkeit zu entwickeln, die auf einer kollektiv geteilten Grundlage basiert.

Welt der Bilder

Nun lässt sich einwenden, dass die Grundlage der kollektiv geteilten Aufnahmen nicht erst mit dem Internet in die Welt kam. Auch die Photographie, das Radio und vor allem das Medium des Films und besonders in dessen privaten Verfügbarmachung, dem Fernsehen, ermöglichen das Erfahren kollektiver Ereignisse auf der Grundlage derselben Aufnahmen. Der Medienphilosoph Vilém Flusser betrachtete dies in einer Untersuchung der Wirkung des Fernsehens im Zuge der rumänischen Revolution und leitete daraus Erkenntnisse über die Veränderung im Handeln durch den Überfluss an Bildern ab. Aus der Orientierung in der Welt durch Hinzunahme von Bildern, die die Einnahme eines Blicks von außen, einer erweiterten Perspektive erlaubten, wurde eine Orientierung in den Bildern und die Schaffung einer eigenen Realität durch sie (Flusser 1990, 104f.).

Flusser unterscheidet dabei in der Rezeption zwischen zwei Arten von Bewusstsein. Das magische, mystische Bewusstsein, das Bildern entspricht, und das politische Bewusstsein, das einer prozesshaften Sichtweise folgt und dem Schreiben entspricht (ebd., 106). So wie sich das Bewusstsein unterscheidet, so unterscheidet sich auch die Auffassung von Vorgängen in der Welt. In einer prozesshaften Welt hat ein Ereignis Ursachen und Wirkung, nichts geschieht bloß zufällig, sondern alles folgt einer

gewissen rationalen Ursache und Erklärung (ebd.). In der szenischen Welt, die dem mystisch Bewusstsein entspricht, passieren Dinge einfach. Flusser nennt die Ereignisse hier Geschehnisse. Er differenziert wie folgt: „Der Unterschied zwischen Geschehnis und Ereignis liegt darin, daß das Geschehnis Resultat des Zufalls ist – etwas Zufälliges, das dennoch seine eigene Notwendigkeit hat. Die Welt der Geschehnisse ist eine chaotische, aber in ihr wiederholt sich alles irgendwie“ (ebd., 105). In den Feeds der Sozialen Medien platzen die Medienwerke in die Realität hinein. Die Anordnung der Inhalte dort ist chaotisch, sodass in wenigen Sekunden von einem Beitrag zum nächsten gesprungen wird, ohne notwendigen thematischen Zusammenhang oder die Möglichkeit, einen szenischen Ablauf zu rekonstruieren.

Der Literaturtheoretiker Karl Heinz Bohrer erkannte diese Verschiebung des Zeitbewusstseins und die Konzentration auf den Augenblick bereits in der modernen Prosa. Er schreibt:

„Vielmehr bedeutet im Zusammenhang der modernen Prosa die Konzentration des Zeitbewußtseins auf einen »gefährlichen Augenblick« eine Absage an Kontinuität des Zeitbewußtseins. Das erzählte »Ereignis« beansprucht eine besondere, die Kontinuität der erzählten Zeit aufhebende Dignität. Dieser »Ereignis«-Charakter des Erzählten impliziert, daß auch die Zeitgeschichte als eine Folge unvorhersehbarer »Ereignisse« rezipiert wird. Es gibt keine Aussage, die relevant wäre über einen Augenblick hinaus“ (Bohrer 2004, 43).

Mit dem Fernsehen als Medium, so merkte Flusser an, fand eine Informations-Revolution statt. Die Informationsaufnahme erfolgt nun nicht mehr im öffentlichen Raum, sondern im Privaten. Wer sich in den öffentlichen Raum begibt, dem droht sogar Informationen zu verpassen (Flusser 1990, 109). Mit der Verbreitung des Smartphones scheint gegen dieses Verpassen ein Gegenmittel gefunden worden zu sein. Informationen können nun jederzeit und allorts aufgenommen werden, die Rezeption bleibt allerdings eine höchst private. Der Status der Privatheit scheint sich sogar noch weiter verschärft

zu haben, indem auch die Kuration der Inhalte, durch die individuellen Feeds in den Sozialen Medien, eine private Angelegenheit geworden ist. Während im Fernsehen Journalist:innen das Programm ausgewogen und aus verschiedenen Perspektiven gestalten konnten, drohen die Informationen aus den Sozialen Medien schnell eindimensional zu werden und einem bestimmten Blickwinkel zu folgen. Flusser merkt gegen Ende seines Artikels an, dass die reale Erfahrung im Bild festgehalten ist, die Realität hinter dem Bild aber verloren ging (ebd., 113). Ist das Bild einmal verbreitet, erschafft es eine neue Wahrheit und eine neue Realität.

Vom Finden der Tatsachenwahrheiten

Die Frage, wie mit Wahrheiten im politischen Feld umzugehen sei, stellte sich Hannah Arendt, als sie den Leibniz'schen Dualismus aus Vernunftwahrheit und Tatsachenwahrheit in ihrer Schrift *Wahrheit und Politik* auf das Feld des Politischen übertrug. Die Tatsachenwahrheit betrifft dabei Tatsachen und Ereignisse, die im menschlichen Zusammenleben stattfinden. Sie ist damit unmittelbar politisch und so wie die Vernunftwahrheit das philosophische Denken prägt, prägt die Tatsachenwahrheit das politische Denken (Arendt 2006, 23). Als Schwierigkeit für das politische Handeln erweisen sich dabei unliebsame Tatsachen, zu deren Bekenntnis sich nicht jede:r verpflichten möchte. Sie werden bewusst verleugnet und die Tatsache wird als Ding aufgefasst, über das sich eine Meinung äußern ließe (ebd., 21). An der faktischen Wahrheit wird nicht mehr festgehalten und an ihre Stelle tritt eine Meinung. Arendt untermalt dies mit Platons Höhlengleichnis, von dem sie folgende Szene beschreibt:

„Dort kehrt der Philosoph von seinem Ausflug unter den Himmel der immerwährenden Ideen zurück und versucht, den Höhlenbewohnern seine Wahrheit mitzuteilen; und was er nun erfährt, ist, daß die Wahrheit in der Menge der Meinungen und Ansichten verlorengeht, daß, was er für Wahrheit hielt, urplötzlich zu einer Meinung unter vielen Meinungen degradiert wird, so daß die Wahrheit selbst ihm im Gewande jenes *dokei moi*

(„es scheint mir“) und jener *doxa* entgegentritt, die er für immer hinter sich zu lassen gehofft hatte.“ (ebd.)

Die Tatsache, hier übermittelt durch den Philosophen, kann sich kaum als Wahrheit etablieren und dient nur als Ausgangspunkt des Meinungskampfes. Tatsachen lassen sich nur schwerlich etablieren und sind dafür häufig auf Dokumente oder Aufzeichnungen angewiesen (ebd., 31). Während Arendt vor der Fälschung dieser warnt, ein noch immer gängiges Problem, zeigt sich im Dokumentarismus eine weitere Schwierigkeit, die in der Unschärfe der Aufnahmen liegt. Wie bei dem Vorfall auf der Schlangeninsel belegt die Tonaufnahme weder, dass es zu Kämpfen kam, noch zu einer Kapitulation der ukrainischen Soldaten. Sie eignet sich damit kaum zur Etablierung einer Tatsachenwahrheit. Wie aber geht die:der Bürger:in mit den Wahrheiten in einer dokumentaristischen Welt dann um?

Arendt sucht die Lösung in der Ästhetik, einer Einbildungs- und Urteilskraft folgend, wie sie Immanuel Kant in seiner Analytik des Schönen aufstellte. Abzielend auf einen Gemeinsinn, so Arendt, „gilt es, mit Hilfe der Einbildungskraft, aber ohne die eigene Identität aufzugeben, einen Standort in der Welt einzunehmen, der nicht der meinige ist, und mir nun von diesem Standort aus eine eigene Meinung zu bilden“ (ebd., 29). Diese Meinung basiert auf einer Vielheit von Standpunkten und erscheint so qualifiziert. Die Wahrheit, die dieser Meinung zugrunde liegt, wurde von verschiedensten Seiten betrachtet und ist so keine subjektive Impression, sondern wird einigend akzeptiert. Wahrheit ist, so schreibt Arendt am Ende ihres Artikels, „was der Mensch nicht ändern kann; [...] der Grund, auf dem wir stehen, und der Himmel, der sich über uns erstreckt“ (ebd., 62).

Perspektiverweiterung durch die Kunst

Nicht unähnlich zur kunsthistorischen Entwicklung, in der sich die Verfügbarkeit von Kunst von einer Exklusivität einiger weniger hin zu einer breiten Zugänglichkeit bewegte, durch mittlerweile

überlaufene Museen, in denen Time-Slots gebucht werden müssen und den vielfältigen Möglichkeiten Musik, Filme oder Photographien über das Internet von Daheim aus, zu beziehen, wandelte sich auch die Möglichkeit der Aufnahme von Informationen. Während in der Zeit vor dem Internet, den Reporter:innen und Korrespondent:innen ein, in gewisser Weise, exklusiver Zugang zu Ereignissen möglich war und sich dadurch ein notwendiges Vertrauensverhältnis von Bürger:innen zu den Nachrichtenüberbringern ergab, das allenfalls durch Journalist:innen anderer Medien differenziert betrachtet werden konnte, besitzen heute Bürger:innen und Journalist:innen durch das Internet in vielen Bereichen eine ähnliche Datengrundlage. Aus dem direkten Zugang ergibt sich auch die Möglichkeit der Herstellung einer perspektivischen Vielfalt. Wie in der Betrachtung des Kunstwerkes ist die reflektierte Betrachtung der Information notwendig und die Anerkennung des Betrachtens als aktives Tun entgegen passiver Rezeption. Die Kunst besitzt dabei die Möglichkeit der perspektivischen Erweiterung.

Kehren wir zur Schlangeninsel zurück. Im weiteren Verlauf stellte die ukrainische Post auf Grundlage der Aussage des Soldaten eine Briefmarkenserie her, in der eine Zeichnung eines ukrainischen Soldaten auf der Insel zu sehen ist, der dem russischen Kriegsschiff den Mittelfinger zeigt, untertitelt vom geäußerten Sager (APA 2022). Zwei Tage später wurde das russische Schiff bei einem ukrainischen Angriff versenkt. Auch hiervon existiert Bildmaterial, wie das Schiff in den Wassermassen verschwindet.

Der Autor und Filmemacher Alexander Kluge integrierte ein Bild von diesem Geschehnis in seiner *Kriegsfibel 2023* (Kluge 2023, 61). Kluge montiert in diesem Buch Text- und Bildmaterial aus dem Ukrainekrieg, aber auch aus vergangenen Kriegen, um eine reflektierte Auseinandersetzung mit dem Krieg bieten zu können. Das Bild des sinkenden Schiffs wirkt entgegen dem Funkspruch nicht mehr affektiv, sondern ist eingebettet in zahlreiche Gedankenstränge, deren Weiterführung offen ist. Die Rezeption der Information erfolgt über einen ästhetischen Zugang. Dabei folgt die Montage als Werkzeug nicht einem szenischen Ablauf, sondern

führt Geschehnisse zusammen und stellt sie in einen neuen Kontext, der es erlaubt Vergleiche anzustellen und Zusammenhänge zu erkennen. In der Anerkennung der perspektivischen Vielfalt, aber auch der Einordnung und Gruppierung der einzelnen Geschehnisse, liegt die Möglichkeit zu einer qualifizierten Wahrheit zu gelangen, die die Grundlage für ein politisches Handeln sein kann.

Luca Kohlgraf ist Informatiker und studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien. Seine Interessensgebiete umfassen Fragen der Ästhetik, künstlerische Avantgarden, Kulturtheorien und das Medium des Films.

Literatur

APA (2022). Ukrainische Briefmarke zeigt dem russischen Kriegsschiff Moskwa den Mittelfinger, in: Der Standard, abrufbar unter: <https://www.derstandard.de/story/2000134950479/ukrainische-briefmarke-zeigt-dem-russischen-kriegsschiff-moskwa-den-mittelfinger> (letzter Zugriff: 19.11.2023)

Arendt, Hannah (2006). Wahrheit und Politik, in: Hannah Arendt und Patrizia Nanz über Wahrheit und Politik, Berlin: Wagenbach, 7–62

Bergson, Henri (2015). Materie und Gedächtnis: Versuch über die Beziehung zwischen Körper und Geist, Hamburg: Felix Meiner Verlag

Bohrer, Karl Heinz (2004). Plötzlichkeit: zum Augenblick des ästhetischen Scheins 4. Aufl., Frankfurt am Main: Suhrkamp

Flusser, Vilém (1990). Fernsehbild und politische Sphäre im Lichte der rumänischen Revolution, in: Sei, Keiko (Hrsg.): Von der Bürokratie zur Telekratie: Rumänien im Fernsehen, Berlin: Merve-Verl, 103–114

Hofer, Stephan (2022). Virales Video: Kein „Heldentod“ - Ukrainische Soldaten auf Insel ergaben sich, in: Puls24, abrufbar unter: <https://www.puls24.at/news/digital/virales-video-kein-heldentod-ukrainische-soldaten-auf-insel-ergaben-sich/258195> (letzter Zugriff: 17.11.2023)

Kluge, Alexander (2023). Kriegsfibel 2023 Erste Auflage, Originalausgabe., Berlin: Suhrkamp

Steyerl, Hito (2008). Die Farbe der Wahrheit: Dokumentarismen im Kunstfeld, Wien: Turia + Kant

Postmoderne oder Prä-Faschismus? Eine Überlegung zu den Folgen der neoliberalen Globalisierung

Simon Schmid

Faschistische Dystopie oder populistische Vitalisierung?

Die Wahlerfolge Erdoğans in der Türkei, Netanjahus in Israel, Mellonis in Italien, die Ablehnung des progressiven Verfassungsentwurfes in Chile am 05.09.2022, die Wahl Javier Mileis zum argentinischen Präsidenten, die Militärputsche 2023 in vielen afrikanischen Ländern oder die bröckelnde Brandmauer gegen die zweistellige AfD in Deutschland: Die aktuelle Entwicklung in vielen Staaten der Welt geht in eine autoritäre Richtung. Es scheint, als ob die Gesellschaften einen Schritt zurück machen, anstatt demokratische Fortschritte zu erzielen. Warum erscheint die Zukunft so düster in Bezug auf ökologische, gesellschaftliche und politische Themen wie globaler Erwärmung, Migration, Fremdenfeindlichkeit, Fake News und staatliche Kontrolle? Begeben wir uns in eine Wiederholung der Geschichte oder gar in eine Science-Fiction-ähnliche Dystopie? Ist das erst der Anfang oder leben wir bereits in einer solchen Dystopie? Erneut zwingt es sich auf, den Zusammenhang zwischen Neoliberalismus, Populismus und Faschismus zu reflektieren.

Die Beschreibung der Postdemokratie hat mit Colin Crouch und seinem Konzept der Postdemokratisierung liberaler Demokratien (Crouch 2016), Jacques Rancière und seinem Konzept der Postdemokratie als neoliberale Entpolitisierung (Rancière 2009) und Sheldon Wolin (2004) und seinem Begriff der Postdemokratie als „inverted“ Totalitarismus (was nicht einfach als umgekehrter, sondern eher als gespiegelter bzw. nach innen gekehrter Totalitarismus zu verstehen ist) eine Menge

an Literatur hervorgebracht, an der sich dieser Text im Folgenden orientieren möchte. Darunter sind auch Ingolfur Blühdorn und seine Theorie einer simulativen Demokratie (Blühdorn 2007), Claudia Ritzki mit ihrem Konzept einer neoliberalen Hegemonie (Ritzki 2014) und Manuel Arias-Maldonado, der den Bogen zwischen Populismus und Post-Truth geschlagen hat (Arias-Maldonado 2017).

Ein weiterer Strang, den ich in mein Konzept einbeziehen werde, ist der Kosmopolitismus. Gleich vorab möchte ich mich vom antisemitischen Missbrauch dieses Begriffes durch den Stalinismus distanzieren. Im aktuellen akademischen Diskurs wird der Kosmopolitismus oft eher als politische Idee und Wertesystem beschrieben, aber auch als eine Perspektive innerhalb der Gesellschaftstheorie. Es gibt sogar einen de-kolonialen Strang bei Walter Dignolo (Dignolo 2012). Das gesamte Konzept des Kosmopolitismus wurde wiederum von Chantal Mouffe mit ihrer Forderung nach einer stärker polarisierten und agonistischen Demokratie scharf kritisiert (Mouffe 2007). Viele Autoren der Postdemokratie-Literatur sind von der Vorstellung Laclaus (2005) und Mouffes (2007) beeinflusst, dass einige Elemente des Populismus eine „Vitalisierung“ der Demokratie und eine Alternative zur neoliberalen Post-Politik bedeuten würden. Die Postdemokratie-Literatur mit ihren Elementen der kritischen Theorie ist hilfreich, um Herrschafts- und Machtmechanismen aufzudecken. Der Tendenz von Mouffe und Laclau, welche einen Populismus mit schmittianischer

Prägung als politische Lösung anregt, möchte ich an dieser Stelle aber zutiefst widersprechen. Der Fakt, dass Linke im Kampf gegen die neoliberale Postdemokratie krampfhaft auf den Faschisten Carl Schmitt (1933) zurückgreifen, während die Rechte erfolgreich Gramsci rezipiert und anwendet, ist tatsächlich ein grotesker Ausdruck der Postmoderne (Gladić 2017).

Es braucht nicht mehr „Agonismus“ innerhalb des herrschenden Systems, sondern mehr verbindende Klassenpolitik zur Überwindung dieses Systems (Demirović 2017, 14 ff.). Wenn es um die populistische Nutzbarmachung von Feindbildern geht, wird die Linke gegenüber der Rechten, welche die tatsächliche Auslöschung ihrer Feindbilder und Widersacher beabsichtigt, zwangsläufig versagen müssen – außer sie macht sich in ihrem Autoritarismus und ihrer Xenophobie mit der Rechten gemein. Die Kritik des Kosmopolitismus, der mit den Auswirkungen des postmodernen Denkens auf Wissenschaft und Gesellschaft in Verbindung steht, ist jedoch einen Gedanken wert. Bereits in den frühen 2000ern lassen sich einige Autor*innen finden, die den Kosmopolitismus als Teil der Postmoderne sehen (Venn 2002) sowie als eine Art Lebensstil, der zu postmodernen und neoliberalen Werten passt (Abrams 2002).

Die in Deutschland nun gegründete „Bewegung Sarah Wagenknecht“ soll hierbei jedoch ebenfalls kein Bezugspunkt darstellen. Wagenknecht hat zwar in Teilen eine richtige Analyse, zieht aber die falsche populistische Konsequenz (Wagenknecht 2022).

Die „neoliberale Identitätspolitik“ als Deal zwischen der kosmopolitischen Klasse und dem Kapital, welcher Minderheiten einige Rechte einräumt und dies auch noch vermarktet, während die neoliberalen ökonomisch-materiellen Strukturen nicht angetastet werden, auch bekannt als Green- und Pinkwashing, sind von einer „marxistischer Identitätspolitik“ mit historisch-materialistischer Grundlage als Form der Solidarität und der Verbindung verschiedener Kämpfe zu unterscheiden. Dementsprechend versteht sich dieser Text als marxistische Kritik an der Postmoderne (Callinicos 1990) und will darlegen, wie ein postmoderner und neoliberaler

kosmopolitischer Konsumismus (Van Raaij 1993) zu einem „postmodernen Nationalismus“ (Peller 1992) führt, ohne dabei selbst in einen methodologischen Nationalismus zurück zu fallen. Ziel des Aufsatzes ist es, die Phänomene des xenophoben Populismus und der autoritären Politik rechter, aber auch zentristischer Regierungen als Folge und strukturelles Instrument der neoliberalen Agenda bzw. des neoliberalen Diskurses/Paradigmas zu interpretieren. Dieser Aufsatz ist eine Reflexion darüber, inwieweit die kosmopolitische Postmoderne als Teil bzw. ideologischer Überbau des global hegemonialen Neoliberalismus zu Autoritarismus und faschistischen Tendenzen auf globaler Ebene beiträgt und wie diese negative Dialektik im gegenwärtigen System des globalen Kapitalismus das Verhalten des Staates prägt. Dies ist somit der Versuch einer kritischen Analyse der derzeitigen postmodernen Wissensordnung als Ursache der global voranschreitenden negativen Transformation von Staat und Gesellschaft sowie der Versuch, dies theoretisch zu plausibilisieren.

Die kosmopolitische Klasse als Avantgarde des Prä-Faschismus

Im Folgenden soll der Zustand der Gesellschaft an der Grenze zwischen neoliberaler Postdemokratie (Crouch 2016) und autoritärem Populismus hin zu einer Situation des Übergangs vom „inverted“ Totalitarismus (Wolin 2004) zum offenen Totalitarismus beschrieben werden. Verstehen lässt sich dies als ein Prozess der Institutionalisierung der zuvor nur strukturellen Postdemokratie (Ritzi 2014). Das Konzept der simulativen Demokratie (Blühdorn 2007, 268) wird somit verstanden als Ausdruck der Postmoderne, die nicht nur Perspektiven und Werte, sondern auch die Relevanz von Themen und wissenschaftlichen Fakten in Abhängigkeit von wirtschaftlichen oder hedonistischen Bedürfnissen relativiert (Jasanoff und Simmet 2017, 752). Diese Haltung in Politik und Gesellschaft, so die These, ebnete den Weg zu Fake-News und Post-Truth sowie zu Zynismus und struktureller und offener Xenophobie. Drei Begriffe

sollen in diesem Zusammenhang vorab näher geklärt werden: kosmopolitische Klasse, kosmopolitische Postmoderne und Prä-Faschismus.

Die kosmopolitische Postmoderne ist die hegemoniale Ideologie in der Form, dass sie ein Ideal darstellt, das von einer privilegierten Minderheit gelebt wird, welche postmodernen Werten folgt, die ich die *kosmopolitische Klasse* nenne. Auch wenn diese Klasse sich rhetorisch kritisch gegenüber Rassismus, Sexismus, Klimawandel und sogar Kapitalismus äußert, ist eben dieser Kapitalismus die Bedingung, die es ihnen ermöglicht, ihre internationale und interkulturelle, aber „konsumistische“ und hedonistische Lebensweise zu verfolgen. Als Globalisierungsgewinner*innen sind sie in Teilen durch ihren Konsum der Motor der neoliberalen Maschinerie. Sie sind auch bekannt als das typische Feindbild der neuen Rechten: die:der relativ wohlhabende, urbane, gut ausgebildete Liberale, die:den man in jedem zweiten Werbespot oder bei jeder Fridays for Future-Demonstration sehen kann, ebenso wie in jeder Craftbeer-Brauerei in nahezu jeder Hauptstadt der Welt. Natürlich ein Stereotyp seiner selbst, aber auch ein Ideal der neoliberalen Postmoderne, die eine exklusive Lebensweise als unerreichbaren Standard setzt.

Das Individuum der kosmopolitischen Klasse muss als Ausdruck der hegemonialen Ideologie gesehen werden. Gleichzeitig ist die kosmopolitische Klasse eine Zwischenklasse, deren Mitglieder zumeist selbst lohnabhängig sind oder an Universitäten prekär beschäftigt sind. Dennoch erscheinen diese als die dominanten Eliten, durch die die eigentlich herrschende kapitalistische Klasse von sich ablenken kann. Darüber hinaus ist die kosmopolitische Postmoderne und die sie repräsentierende kosmopolitische Klasse auch Motor einer simulativen Politik, die rhetorisch progressiv und kritisch ist, aber nicht in der Lage ist, die im gegenwärtigen Kapitalismus verwurzelten Krisen anzugehen oder gar zu lösen, weil eben dieser Kapitalismus selbst die Voraussetzung für deren eigene Existenz ist (Blühdorn 2007, 253).

Die kosmopolitische Klasse mit ihrer postmodernen Ideologie ist privilegiert und kritisch zugleich. Jedoch nicht in einer selbstkritischen, sondern in einer zynischen Weise, schließt sie doch die globalen Volksmassen von der Möglichkeit aus, in gleicher Weise zu konsumieren und Kritik artikulieren zu können wie sie selbst. Dem „inverted“ Totalitarismus des neoliberalen Kapitalismus gehorchend, wird damit indirekt auch der autoritäre Populismus vorangetrieben, der den Weg zum offenen Totalitarismus ebnet (Wolin 2004, 591).

Diese *kosmopolitische Postmoderne* ist als Ideologie in die kapitalistische Moderne integriert. Mit David Harvey (1995), Wolfgang Welsch (2008) oder Jasanoff und Simmet (2017), kann davon ausgegangen werden, dass die Postmoderne eine weiterentwickelte Form bzw. ein Modus des kapitalistischen Projekts der Moderne ist. Diese Autoren stimmen in der Analyse überein, dass der negative Einfluss der neoliberalen Postmoderne einen Schritt in Richtung Post-Truth (das Postfaktische) im Bereich der Wissenschaft darstellt. Herausgearbeitet wurde dies vor allem von Sokal und Bricmonts „Fashionable Nonsense: Postmodern Intellectuals' Abuse of Science“ (Sokal & Bricmont 1998). Denkt man nun mit Marx über den Staat als ideellen Gesamtkapitalist bzw. als Dienstleister des Kapitals nach, so ist die aktuelle autoritär-populistische Welle eine einfache Option, um den ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisen des spätkapitalistischen Staates zu begegnen, was Blühdorn das *Dilemma der Spätmoderne* nennt (Blühdorn 2007, 265).

Adloff und Neckel haben das im Zusammenhang mit der ökologischen Krise und der Nachhaltigkeit weitergedacht. Wenn (post-)demokratische Prozesse und die postmoderne Gesellschaft nicht in der Lage sind, der multiplen globalen Krise entsprechend zu begegnen, gibt es zwei Optionen, „*Nachhaltigkeit als Kontrolle*“, aber auch „*Anti-Nachhaltigkeit als Kontrolle*“ (Adloff und Neckel 2019, 1022). Die Bedrohung durch eine erzwungene Transformation und die Suche nach rettenden Enklaven könnte die kapitalistische Klasse und diejenigen, die in der konsumistischen Postmoderne feststecken bzw. von dieser ausgeschlossen werden, in einem faschistischen Reflex gegen die kosmopolitische

Klasse und Minderheiten zusammenbringen. Neulich gesehen in der Schützenhilfe von Elon Musk für die migrationsfeindlichen Republikaner in den USA und die AfD (Söding, 2023).

Manche sprechen bereits vom „postmodernen Nationalismus“ (Peller 1992) oder „postmodernen Rassismus“ als „Symptom des multikulturalistischen Spätkapitalismus“ (Žižek 1997, 37). Adlof und Neckel schreiben: „Democratic participation then appears as an ‘enemy of nature’, especially since the outcomes of democratic decision making need not necessarily meet the requirements of sustainability“ (Adlof und Neckel 2019, 1022). Und weiter: „Modernizing economy thus means risking that job insecurity initiates the demise of democratic capitalism, leading to authoritarian forms of society in combination with an entirely neoliberalized capitalism“ (Adlof und Neckel 2019, 1023). Die Mehrheitsgesellschaft ist demnach bereits zu einer Art Massenkonsum-Frankensteins geworden, für die „alternative political and economic systems, to the extent that they can at all be imagined, represent a threat to the realisation of the consumer identity, the uncompromising defence of the established system becomes a categorical imperative.“ (Blühdorn 2007, 261).

Die kosmopolitische Klasse verteidigt ihre Privilegien, fordert aber gesellschaftliche Alternativen, während die ausgeschlossene Mehrheit Privilegien fordert und gesellschaftliche Alternativen bekämpft, im konservativen Glauben an die neoliberale Lüge der Leistungsgesellschaft. Beide stecken fest in den Widersprüchen des relativistischen Post-Truth der Postmoderne. Aber dieser „kategorische Imperativ“ existiert nicht nur für die kosmopolitische Klasse und die ausgeschlossene Mehrheit, wie die Unterstützung der Deutschen Bank für den Faschisten Bolsonaro zeigte (Der Stern 2018). Für das Kapital selbst spielt es oftmals eine nachgeordnete Rolle, ob es in demokratischen oder in autoritären Staaten akkumuliert, und in Krisensituationen sind Formen der Diktatur sogar noch effizienter. Die meisten kapitalistischen Staaten der Welt sind ohnehin keine „liberalen Demokratien“.

Diesen Zustand des Übergangs von der strukturellen Postdemokratie der simulativen Politik und des „inverted“ Totalitarismus hin zur institutionalisierten Postdemokratie und zum offenen Totalitarismus, der von der vermeintlich ausgeschlossenen Mehrheit der postmodernen Konsumgesellschaft durch populistische Massenbewegungen vorangetrieben wird, nenne ich *Prä-Faschismus*. Nicht als historischer Begriff oder als politische Ideologie, sondern als negativ-transformativer Zustand der Gesellschaft. Dieser Begriff ist nicht zu verwechseln mit „Para-Faschismus“, der in der Politikwissenschaft zur Beschreibung eines politischen Regimes oder einer Ideologie verwendet wird (Griffin 2012). Er bezieht sich auch nicht auf den Begriff „Protofaschismus“, der in der Geschichtswissenschaft verwendet wird, um eine konkrete historische Situation in bestimmten Ländern während des 20. Jahrhunderts zu beschreiben (Sternhell 2002). Vielmehr steht er für einen Zustand der Gesellschaft, der sich in der Politik des (neo-)liberalen Staates widerspiegelt, welcher durch strukturell und offen rassistische Policies bis zu einem gewissen Grad bereits den rechtspopulistischen Bewegungen gehorcht und gleichzeitig die Law-and-Order-Politik zum Schutz der Interessen des Kapitals und des Kleinbürgertums verstärkt, wie etwa durch die Militarisierung von Polizei und Grenzregimen weltweit, während es gleichzeitig immer wahrscheinlicher wird, dass derselbe Staat von rechtsradikalen Regierungen übernommen werden könnte.

Das „-“ zwischen „Prä“ und „Faschismus“ symbolisiert den prozesshaften Zustand dieser Situation. Das „Prä“ gilt sowohl für das politische Regime und seine staatliche Verfasstheit als auch für den gesellschaftlichen Moment vor einem endgültigen Korporatismus zwischen Kapital, Kleinbürgertum und konsumorientierten Volksmassen gegen konstruierte Feinde, was das Dilemma der Spätmoderne kompensieren soll (Blühdorn 2007, 265). Es ist ein Noch-nicht-Faschismus, der auf den ersten Blick nicht als solcher erkennbar ist. Die kosmopolitische Postmoderne ist nicht nur das Feindbild populistischer und prä-faschistischer Tendenzen, sondern auch deren Voraussetzung, welche diese Tendenzen durch einen exklusiven Lebensstil der kosmopolitischen

Klasse hervorbringt, und somit eine hegemoniale hedonistische Konsumideologie ist, die in den Neoliberalismus eingebettet ist. Der Prä-Faschismus ist also ein Zustand der versteckten globalen Faschisierung (Szepanski 2018, 8) von Gesellschaft und Staat im Kontext der neoliberalen Postdemokratie, gefangen zwischen simulativer Politik (Blühdorn 2007, 253) und post-truth Politics (Jasanoff und Simmet 2017, 753), was wir als Postmoderne kennen.

Die kosmopolitische Postmoderne öffnete die Moderne für den Relativismus und damit für das Postfaktische. Die kosmopolitische Postmoderne verteidigt den Neoliberalismus und muss ihn sogar verteidigen, auch wenn sie sich als kritisch, emanzipatorisch oder nachhaltig gibt. Der Rechtspopulismus ist ihr verzerrtes Spiegelbild bzw. die andere Seite der Medaille. Der Widerspruch besteht darin, dass das radikale einfordern von Minderheitenrechten ohne Rückgang der allgemeinen sozialen Bedrohungslage für die Mehrheit verstärkt zur Gefährdung ebendieser Minderheiten führt (Merkel 2017, 54). In dem Moment, in dem die kapitalistische Klasse und die ausgeschlossene Mehrheit in einer neuen widersprüchlichen Synthese zusammenkommen, könnte die kosmopolitische Klasse zusammen mit anderen ethnisch-kulturellen oder sexuellen Minderheiten geopfert werden. Dann hat die fortschrittliche Intelligenzija ihre Aufgabe erfüllt und den Weg zum Totalitarismus geebnet, indem sie die neoliberale Identitätspolitik, den pseudoprogressiven Relativismus und den exklusiven Konsumismus gefördert hat.

Postmoderne Wissensökonomie als Fanal

Soweit die theoretische Klärung der gebrauchten Begrifflichkeiten, aber ist dies auch plausibel? Laut Habermas gibt es drei Ebenen der öffentlichen Sphäre: Den Privatsektor als den Markt und seine Unternehmen/die Wirtschaft, den Staat mit seinen Verfassungsstrukturen und als Regierung und die Zivilgesellschaft als die organisierte Bürgerschaft (Habermas 1992, 431). Die marxistische Perspektive

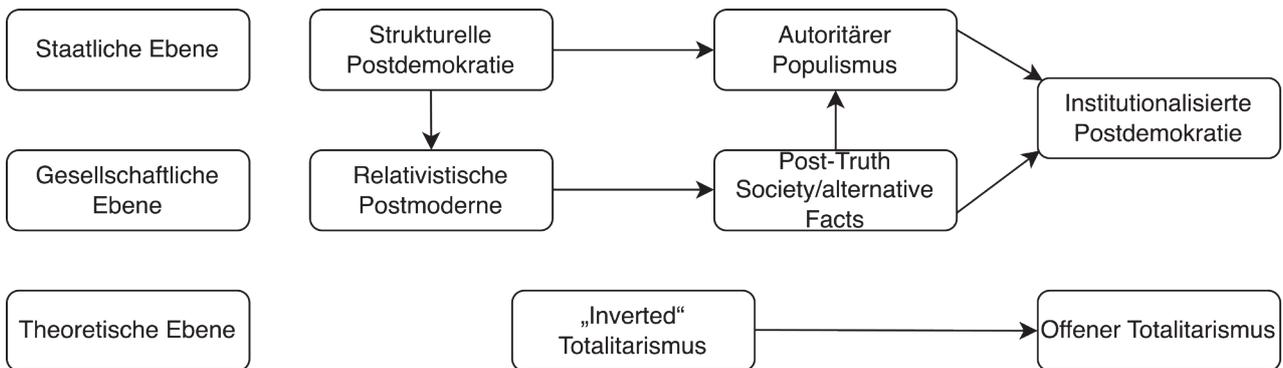
nimmt die Dominanz des Privatsektors über Staat und Gesellschaft als gegeben an, durch eine Durchdringung von Staat und Gesellschaft durch die Logik und die Interessen des Kapitals (George 2014, 8). Gerade dies macht den Kern der neoliberalen Postdemokratie aus.

Im Folgenden soll ein Gedankenexperiment die Konsequenzen dessen veranschaulichen. Eine unabhängige und kritische Studie von Hickel und Kallis hat ergeben, dass entgegen allen offiziellen Verlautbarungen mit grünem Wachstum allein die Klimakatastrophe empirisch nicht aufgehalten werden kann (Hickel & Kallis 2019, 15). Wenn aber das hegemoniale neoliberal-grüne Wachstumsnarrativ als Teil zentristischer Politik und Rhetorik empirisch nicht stichhaltig ist, ist das dann nicht genauso postfaktisch wie die in rechtspopulistischen Narrativen zu findende Leugnung des Klimawandels überhaupt? Auf jeden Fall hätte es dieselbe klimatische Konsequenz.

Vor diesem Hintergrund und in Verbindung mit dem Konzept der simulativen Politik der Postdemokratie (Blühdorn 2019, 254) lässt sich folgende Hypothese formulieren: Der Relativismus von Werten und wissenschaftlichen Fakten, wie er für die Postmoderne typisch ist, war und ist ein Werkzeug der neoliberalen Postpolitik, während diese sich gleichzeitig mit einer „There-is-no-alternative-Rhetorik“ (Ritzi 2014, 173) präsentiert. Es ist daher zu fragen: Inwieweit hängt das mit der Post-Truth-Propaganda der Rechtspopulist*innen zusammen? Die Hypothese wäre, dass Relativismus und post-aufklärerisches Denken genutzt wurden, um eine Politik zugunsten des Kapitals und der kosmopolitischen Klasse durchzusetzen. Einige weitere Beispiele wären die Kampagne der Petroindustrie zur Verschleierung von Treibhauseffekt und Klimawandel (taz.de, 2023) oder die Lügen der Bush-Administration, mit denen der Irakkrieg begründet wurde.

Angesichts der multiplen globalen Krisen lautet das Drehbuch der simulativen Postdemokratie im Kapitalismus: ignorieren, verschleiern, Pseudolösungen vorschlagen, dies verzögern und schließlich offensive Aggression, was dann über den Umweg des autoritären Populismus in den Faschismus

führt. Dieser postmoderne Relativismus nach der Devise „Wahr ist, was nützt“ führte zu einem Wandel der politischen Kultur in Teilen der Zivilgesellschaft hin zu einer Kultur des Misstrauens, der Enttäuschung und des Postfaktischen, insbesondere in den unteren Schichten – im bürgerlichen Diskurs firmiert dies als ein ominöse und kaum erklärbare „Politikverdrossenheit“.



Dies alles zusammen führte zum Aufstieg des Rechtspopulismus, der von Verschwörungstheorien und fremdenfeindlichen Anfeindungen lebt und gleichzeitig das Postfaktische in seiner Gänze auf die politische Ebene bringt. Trump, Bolsonaro und Höcke sind klare Beispiele für diesen Mechanismus, der Post-Truth und Fake-News notwendig machte, um Wirtschaftswachstum und neoliberale Hegemonie gegen innere und offensichtliche Widersprüche zu sichern, dabei aber einen Geist aus der Flasche ließen, der nun kaum oder gar nicht mehr einzufangen ist. Die berühmt gewordenen „alternativen Fakten“ des Kapitalisten Donald Trump sind somit nichts weiter als die auf die Spitze getriebene bzw. enthemmte postmoderne Wissensökonomie.

Die Ordnungspolitik des neoliberalen Staates bereitete derweil ein Staatsgefüge vor, das es den Rechtspopulist*innen erleichtert, ihre autoritäre Herrschaft auszuüben, sobald sie durch Wahlen an die Macht kommen. Die Postdemokratie, die zuvor indirekt und strukturell war, um dem Kapital und dem Massenkonsum, insbesondere dem der kosmopolitischen Klasse, zu dienen, wird dann auf Kosten letzterer institutionalisiert. Auf der theoretischen Ebene können wir dies als den Schritt vom „inverted“ zum offenen Totalitarismus verstehen. Den gesamten Prozess, der vor diesem Zustand des

offenen Totalitarismus und der institutionalisierten Postdemokratie stattfindet, nenne ich wie bereits beschrieben *Prä-Faschismus*. Nun könnte man schlussfolgern, die kapitalistische Demokratie bzw. der kapitalistische Staat befindet sich immer im Zustand eines potentiell drohenden Faschismus, was die Ausführungen dieses Textes obsolet machen würde.

Hierbei handelt es sich jedoch nicht um einen linearen Prozess. Kapitalistische Demokratien haben gelernt, sich anzupassen und sich auch wieder zu stabilisieren. Historisch schafften es zum Beispiel Spanien, Argentinien und Chile, sich von faschistischen Phasen zu kapitalistischen Demokratien zurückzuentwickeln und auch Trump und Bolsonaro wurden – bisher – nicht wieder gewählt. Der Prä-Faschismus kann also als Begrifflichkeit dienen, um zu bestimmen, wie akut die faschistische Bedrohung vorangeschritten ist und als negativer Orientierungspunkt, um sich von dieser weg zu entwickeln.

Weder Populismus noch neoliberale Identitätspolitik

Es wurde versucht, die vorherrschende kosmopolitische Postmoderne im Kontext des globalisierten Neoliberalismus als Beitrag zum Autoritarismus auf globaler Ebene zu interpretieren. Es ist der Versuch, diese Tendenz als systemischen „faschistischen Charakter“ (Adorno 1973) zu beschreiben, um ein Bild der aktuellen gesellschaftlichen Prozesse zu zeichnen, mit Blick auf die staatliche Ebene. Außerdem wurde in diesem Aufsatz versucht, die Idee zu plausibilisieren,

dass der kapitalistische Staat einer faschistischen Diktatur (potentiell) bereits den Weg ebnet, indem er seine Bürger stärker kontrolliert, Daten sammelt und eine Politik der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vorantreibt, was faschistoide Methoden vorab legitimiert und eine faschistische Machtübernahme noch leichter machen würde, falls entsprechende Kräfte gewählt werden sollten, ergo Faschisierung. Diese Gedanken sind äußerst normativ und pessimistisch. Aber gerade daraus kann sich die praktische Motivation ergeben, zu handeln. Gibt es Alternativen und Optionen, auf die wir als Menschheit, aber auch als Individuen hoffen können? Es bleibt offen, ob der endgültige Übergang des Prä-Faschismus in einen „Faschismus des 21. Jahrhunderts“ tatsächlich stattfinden wird, aber wir müssen uns dieser Option bewusst und davor gewarnt sein, dass diese Option einer kapitalistischen Gesellschaft inhärent ist (Adorno 1973, 10-11). Laut Paxton war der historische Faschismus auch wegen seines Timings und seiner Dynamik erfolgreich: Er kam unerwartet und als authentische Massenbegeisterung des Volkes (Paxton 1998). Griffin geht davon aus, dass der zukünftige Faschismus flexibel genug sein wird, um viele verschiedene Versionen faschistischer Politik zu umfassen. Paramilitärische Organisationen, ein Führerkult, eine korporatistische Wirtschaftspolitik oder das Streben nach imperialistischer Expansion könnten optional sein (Griffin 2012, 16-17).

Die „ethnopluralistische“ Identitäre Bewegung in Europa zeigt nicht nur, dass völkische Ideologie als ethnischer Chauvinismus sowie als monokulturelle Gesellschaft definiert werden kann, sondern auch als internationaler Faschismus auftritt (DW, 2019). In einer prä-faschistischen Gesellschaft ist immer noch Zeit, faschistische Tendenzen aufzuzeigen und ihnen entgegenzuwirken, um die Geschichte in eine andere, eine bessere und humanistischere Richtung zu lenken. Es liegt an jedem einzelnen, einen weiteren protofaschistischen Moment in der Geschichte zu verhindern, der uns ein weiteres par- oder tatsächlich faschistisches Regime bescheren wird. Reine Identitätspolitik wird hier nicht helfen, solange sie nicht auch die Überwindung des Primats des Kapitals über Staat und Gesellschaft zum Ziel hat. Ein *deliberativer Sozialismus* könnte dabei ein

Orientierungspunkt darstellen, als Mischung aus deliberativer Demokratie und nicht-autoritärem Sozialismus (Demirović 2017, 8f.). Noch gibt es authentische Räume des Widerstands außerhalb der Megastädte und kapitalistischen Zentren. Am Ende wird die progressive Transformation vielleicht nicht aus den Elfenbeintürmen oder den Fabriken kommen, sondern von den Feldern der Peripherie.

Simon Schmid studierte Social Science im Global Studies Programme an der Universität Freiburg und arbeitet in der humanitären Entwicklungszusammenarbeit.

Literatur

Abrams, Jerold J. (2002): Aesthetics of self-fashioning and cosmopolitanism: Foucault and Rorty on the art of living. In: *Philosophy today* 46.2, S. 185-192.

Adloff, Frank, and Sighard Neckel (2019): Futures of sustainability as modernization, transformation, and control: a conceptual framework. In: *Sustainability Science* 14.4, S. 1015-1025.

Adorno, Theodor W. (1973): *Studien zum autoritären Charakter*. Berlin: Suhrkamp.

Arias-Maldonado, M. J. (2017): Rethinking Populism in the Digital Age: Social Networks, Political Affects and Post-Truth Democracies.

Blühdorn, Ingolfur (2007): Sustaining the unsustainable: Symbolic politics and the politics of simulation. In: *Environmental politics* 16.2, S. 251-275.

Callinicos, Alex (1990): *Against postmodernism: A Marxist critique*. Manhattan: St. Martin's Press.

Crouch, Colin (2016): The march towards post-democracy, ten years on. In: *The political quarterly* 87.1, S. 71-75.

Delanty, Gerard (2006) The cosmopolitan imagination: critical cosmopolitanism and social theory. In: *The British journal of sociology* 57.1, S. 25-47.

Demirović, Alex (2017): *Radikale Demokratie und Sozialismus. Grenzen und Möglichkeiten einer politischen Form*. Online Publikation der Rosa-Luxemburg-Stiftung, https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Artikel/21-17_Online-Publ_Radikale_Demokratie.pdf (Zugriff: 15.11.2023).

Der Stern (2018): Neuer Präsident Jair Bolsonaro - Ein Faschist als «Wunschkandidat»? Deutsche Bank erklärt umstrittenen Brasilien-Tweet. <https://www.stern.de/wirtschaft/news/deutsche-bank-im-shitstorm--bank-verteidigt-umstrittenen-brasilien-wahl-tweet-8424676.html>, (Zugriff: 15.11.2023).

DW (13.07.2019): How dangerous is the Identitarian Movement? Deutsche Welle, <https://www.dw.com/en/how-dangerous-is-the-identitarian-movement/a-49580233>, (Zugriff: 15.11.2023).

George, Susan (2014): *State of corporations: The rise of illegitimate power and the threat to democracy*. In: *Transnational Institute and Occupy. State of Power* 204.

- Gladić, Mladen (2017): Kubitschek träumt. der Freitag 33/2017, <https://www.freitag.de/autoren/mladen-gladic/kubitschek-traeumt>, (Zugriff: 15.11.2023).
- Griffin, Roger (2012): Studying Fascism in a Postfascist Age. From New Consensus to New Wave? In: *i. Fascism* 1.1, S. 1-17.
- Habermas, Jürgen (1992): Further Reflections on the Public Sphere. In: Craig Calhoun (Hg.): *Habermas and the Public Sphere*. Cambridge/Mass: The MIT Press, S. 421-461.
- Harvey, David. 1995. *The Condition of Postmodernity*. Cambridge: Blackwell Publishers.
- Hickel, Jason, and Kallis, Giorgos (2019): Is Green Growth Possible? In: *New Political Economy* 25.4, S. 1-18.
- Jasanoff, Sheila, and Hilton R. Simmet (2017): No funeral bells: Public reason in a 'post-truth' age. In: *Social studies of science* 47.5, S. 751-770.
- Laclau, Ernesto (2005): *On populist reason*. London & New York: Verso.
- Mignolo, Walter D (2012): De-colonial cosmopolitanism and dialogues among civilizations. In: *Routledge handbook of cosmopolitanism studies*. Routledge, S. 103-118.
- Mouffe, Chantal (2007): *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Paxton, Robert O. (1998): The five stages of fascism. In: *The Journal of Modern History* 70.1, S. 1-23.
- Peller, Gary (1992): Notes Toward a Postmodern Nationalism. In: *U. Ill. L. Rev.*, 1095.
- Rancière, Jacques (2009): A few remarks on the method of Jacques Rancière. In: *parallax* 15.3, S. 114-123.
- Ritzi, Claudia (2014): Neoliberal Hegemony and the Post-Democratization of the Public Sphere. In: *IC – Revista Científica de Información y Comunicación* 11, S. 167-87.
- Schmitt, Carl (1933): *Der Begriff des Politischen*. Vol 10. Hamburg: Hanseatische Verlagsanstalt.
- Söding, Tatarjana (2023): Der Rechtslibertarismus des Elon Musk - Internеткиегer in erster Reihe. *taz.de*, [https://taz.de/Der-Rechtslibertarismus-des-Elon-Musk/!5962309/](https://taz.de/Der-Rechtslibertarismus-des-Elon-Musk/), (Zugriff: 15.11.2023)
- Sokal, Alan. and Bricmont, Jean (1998): *Fashionable Nonsense: Postmodern Intellectuals' Abuse of Science*. New York: Picador.
- Sternhell, Zeev (2002): Von der Aufklärung zum Faschismus und Nazismus. Reflexionen über das Schicksal der Ideen im 20. Jahrhundert. In: *Geschichte nach Auschwitz*. Münster: Unrast. S. 61-94.
- Szepanski, Achim (2018): Zur Frage der Staatsfaschisierung. Das sicherheitsstaatliche Regime der Prävention stellt den Ausnahmezustand auf Dauer - die Gefahr geht vom Staat selbst aus.“ *Analyse & Kritik: Zeitung für linke Debatte und Praxis* 640, S. 8.
- Taz.de (2023): Erderhitzung durch Treibhausgase: Exxon wusste alles – und zwar genau. *taz.de*, [https://taz.de/Erderhitzung-durch-Treibhausgase/!5908674/](https://taz.de/Erderhitzung-durch-Treibhausgase/), (Zugriff: 15.11.2023).
- Van Raaij, W. Fred (1993): Postmodern consumption. In: *Journal of economic psychology* 14.3, S. 541-563.
- Venn, Couze (2002): Altered states: post-enlightenment cosmopolitanism and transmodern socialities. In: *Theory, Culture & Society* 19.1-2 S. 65-80.
- Wagenknecht, S. (2022): *Die Selbstgerechten: Mein Gegenprogramm für Gemeinsinn und Zusammenhalt*. Campus Verlag.
- Welsch, Wolfgang (2008): *Unsere postmoderne Moderne*. Akademie Verlag.
- Wolin, Sheldon S. (2016): *Politics and Vision: Continuity and Innovation in Western Political Thought-Expanded Edition*. Princeton University Press.
- Žižek, Slavoj. (1997): Multiculturalism, or, the cultural logic of multinational capitalism. Ljubljana: New Left Review.
- Žižek, Slavoj (2019): Slavoj Žižek — Was Hitler a Postmodernist? Youtube, <https://www.youtube.com/watch?v=ohzdyMCteCY>, (Zugriff: 15.11.2023).

Wissenschaftsfeindlichkeit und Populismus – ein klares Verhältnis?¹

Rainer Stummer

Wenn heute von Wissenschaftsfeindlichkeit gesprochen wird, dann zumeist im Zusammenhang mit Rechtspopulismus. Das ist in Österreich auch nicht weiter verwunderlich, müssen wir uns doch bloß in Erinnerung rufen, wie sich die FPÖ unter Herbert Kickl zu den COVID-Maßnahmen der ÖVP-Grünen-Regierungscoalition einerseits und den Corona-Demonstrationen – die irgendwo zwischen rechtsoffen und offen rechtsextrem changierten – andererseits, positioniert hatte. Doch ebenso wenig wie zwischen „Rechts“ und „Populismus“ ein überzeitlicher, essenzieller Zusammenhang bestünde, ist Wissenschaftsfeindlichkeit ausschließlich im rechten Parteienspektrum zu finden. Um dies zu belegen, betrachten wir im Folgenden eine Diskursformation, in welcher Wissenschaftsfeindlichkeit durch eine Mitte-(Links)-Partei aus dem traditionellen Parteienspektrum – namentlich die SPÖ Wien unter Michael Ludwig – vertreten wurde. Dabei soll kein plumper „Populismus-als-Volksverführung“-Vorwurf vertreten, sondern präzise Kritik durch eine Analyse der angewandten Mobilisierungslogik (vgl. Marchart 2017) formuliert werden.

Ausgangslage: Wissenschaftsskepsis, Populismus, Klima

Obwohl der Problemdiagnose, wonach Populismus mit Wissenschaftsfeindlichkeit und rechtem Gedankengut verbunden wäre, mit dem gewählten Fallbeispiel entgegengearbeitet werden soll, ist doch vorerst anzumerken, dass es durchaus empirisch

feststellbare Zusammenhänge gibt: So werden aktuell „wissenschaftspopulistische Einstellungen“ eher von FPÖ-Wähler*innen vertreten (vgl. Eberl u. a. 2021). Diese Zusammenhänge als überzeitlich vorliegend zu betrachten, würde jedoch den kontingenten, politischen Aufwand übersehen, dessen es bedarf, um diesen Zusammenhang erst zu artikulieren und zu festigen. Betrachtet man beispielsweise den Diskurs rund um Klima- und Verkehrspolitik, so verschieben sich die Zusammenhänge zwischen Wissenschaftsfeindlichkeit und (partei-)politischer Positionierung.

Um sich dem Themenfeld des „wissenschaftsbezogenen“ oder „epistemischen Populismus“ anzunähern, ist es notwendig, eine begriffliche Grundlage davon zu schaffen, was wir in weiterer Folge als Populismus verstehen wollen. Hierfür möchte ich die einflussreiche Definition des politischen Theoretikers Ernesto Laclau heranziehen, der aus diskurstheoretischer Perspektive drei Merkmale des Populismus beschreibt: Es brauche zum einen „ein Äquivalenzverhältnis zwischen einer Pluralität von sozialen Ansprüchen“ (Laclau 2017, 234) als Voraussetzung zur Herausbildung eines kollektiven Akteurs. Äquivalenz ist hier jedoch nicht zu verstehen im Sinne eines kleinsten gemeinsamen Nenners, den alle Ansprüche auch einzeln enthalten, sondern eine „inessenzielle Gemeinsamkeit“ (Tønder 2005), die politisch artikuliert werden muss. Der entstehende Kollektivakteur besitzt deshalb ein klares Strukturierungsprinzip: Das Spiel zwischen dem einzelnen sozialen Anspruch als Teil und einer Gesamtidentität als ‚Volk‘. Als zweites Merkmal identifiziert Laclau daher die „Dichotomisierung des sozialen Feldes“ (Laclau 2017, 234), die sich auf Grundlage des ersten Merkmals, der Äquivalenzkettenbildung vollzieht. Hier erfolgt die diskursive Teilung der Gesellschaft in zwei Lager

¹ Dieser Text basiert auf einer Seminararbeit aus dem Modul M10 Kultur und Politik. Ich danke Verena Mischitz, Olena Newkryta, Lina Schmid, Petra Kolb und Sebastian Rosenauer für ihre Kommentare.

– unten und oben, ein ‚reines Volk‘ als legitimer *underdog* gegen ‚korrupte Eliten‘ (vgl. Marchart 2017) – und damit eine „Konstruktion des Politischen“ (Laclau 2017, 234), die wohlgernekt linken als auch rechten Strategien folgen kann (vgl. Laclau 2005; Mouffe 2018).² Als letztes Merkmal nennt Laclau nun ein konstitutives Repräsentationsverhältnis zwischen der im ersten Schritt hergestellten Äquivalenzkette und einem politischen Symbol, dessen Erreichung die gesellschaftliche Teilung (das zweite Merkmal) scheinbar überwinden lässt. Anders gesagt: Das Volk muss sich als Ganzes imaginieren und diesem Ganzen einen Namen geben. Die angestrebte Ganzheit enthält jedoch konstitutiv den Ausschluss dessen, was nicht ‚Volk‘ ist. Was dies- oder jenseits der gezogenen Grenze landet, ist die Frage eines nicht beilegbaren politischen Streits. Es wird also deutlich, dass keineswegs von vornherein klar ist, wer oder was in eine der beiden Kategorien fallen wird, wo die Grenze verläuft und wie lange sie aufrecht bleibt, bevor sie verschoben wird. Das dem Populismus eigene Repräsentationsverhältnis (ein Teil repräsentiert das Ganze) ist also ein hegemoniales Verhältnis (vgl. Laclau 2017).³

Wissenschaftsfeindlichkeit aus populistischer Perspektive

Dies führt uns geradewegs zum sogenannten wissenschaftsbezogenen Populismus, der das soziale Feld entlang einer epistemischen Grenze teilt und dem Machtblock den Namen ‚Wissenschaft‘ verleiht, während der Populus auf Seiten des ‚Hausverstandes‘ und der anekdotischen Alltagserfahrung

2 Für linkspopulistische Diskurse könnte man etwa jene der spanischen Podémos betrachten, die eine Teilung in ‚la casta‘ (die Kaste als Machtblock) und ‚la gente‘ (Volk) vollziehen. Bei rechtspopulistischen Diskursen definiert sich das Volk üblicherweise nationalistisch bzw. ethnisch, d.h. durch den Ausschluss von Ausländer*innen.

3 Schließlich müssen alle demokratischen Parteien von sich behaupten das Volk zu vertreten, während dabei sehr unterschiedliche Auffassungen dessen, wer oder was das Volk ist, kursieren können. Umgekehrt identifizieren unterschiedliche Akteur*innen durchaus unterschiedliche Machtblöcke, die oftmals weder mit einer Regierungsfunktion bzw. Gesetzgebungskapazität noch mit tatsächlich vorhandener Macht korrespondieren, wie es antisemitische Verschwörungsdiskurse verdeutlichen.

verortet wird.⁴ Eine prägnante Definition von wissenschaftsbezogenem Populismus findet sich bei Mede und Schäfer, wonach *science-related populism* gilt als

[...] a set of ideas suggesting an antagonism between an (allegedly) virtuous ordinary people and an (allegedly) unvirtuous academic elite - an antagonism that is due to the elite illegitimately claiming and the people legitimately demanding science-related decision-making sovereignty and truth-speaking sovereignty. [...] [It] may target different epistemic authorities (e.g. individual climate researchers or science in general) [...]. (Mede und Schäfer 2020, 484)

Der hier hergestellte Zusammenhang aus wissenschaftlicher Autorität und einer Entscheidungssouveränität ist für das folgende Argument von Bedeutung, da individuelle, anekdotische Erfahrungen in epistemisch-populistischen Diskursen als einzig legitimes Fundament von Wissens- und Wahrheitsproduktion politisch in Stellung gebracht werden (vgl. Saurette und Gunster 2011). Laclaus Strukturierungsprinzip folgend werden die akademische Wissensproduktion und ihre Vertreter*innen ausgeschlossen. Dieser Ausschluss dient der Imagination eines in sich geschlossenen Volkes – ein Teil repräsentiert das Ganze – und seiner epistemischen Entsprechung eines ‚Hausverstandes‘ als „counterknowledge“ (Ylä-Anttila 2018). Der genuin populistische Charakter dieser Form des Wahrheitsanspruchs liegt also in seiner diskursiven Verfasstheit, die sich als Anstrengung erweist, durch die Ausgrenzung wissenschaftlicher Positionen zunächst eine epistemisch artikulierte populäre Homogenität zu erlangen, welche in weiterer Folge politische Legitimität und Handlungssouveränität gewährleisten soll.

4 An dieser Stelle ist anzumerken, dass unter dem Namen ‚Wissenschaft‘ zwar eine Methode und ein damit korrespondierender Anspruch auf Wahrheit zu verstehen ist, dass dieser Anspruch jedoch politisch gegen alltägliche oder verkörperte Formen des Wissens durchgesetzt werden musste (vgl. Federici 2020). Ebenso ist die Faktizität wissenschaftlicher Erkenntnis Gegenstand intensiver Auseinandersetzung (vgl. Flatscher und Seitz 2018).

Durch die Identifikation eines wissenschaftsbezogenen populistischen Diskurses und der für ihn spezifischen Art und Weise, die Gesellschaft zu teilen, muss uns an dieser Stelle klar werden, dass ein Konflikt zwischen diesem und anderen Diskursen, mithin anderen Populismen eintreten kann. Einzelne soziale Elemente, Institutionen, Forderungen, Werte etc. sind nie essenziell verortet, da stets von mehreren Akteur*innen umkämpft. Im Ringen um Hegemonie „ist die Belagerung wechselseitig“ (Gramsci 1991, 816) und eine Diskursverschiebung damit stets im Bereich des Möglichen. Daher sind Populismen durchaus wandelbar und können sowohl (etwa im Rahmen von Protestbewegungen) von unten als auch von einem Teil des regierenden Machtblocks heraus artikuliert werden und vorgeben, sich gegen ihn zu wenden. Der Soziologe Stuart Hall hat dies am Diskurs des „Thatcherismus“ herausgearbeitet und als Gegensatz zwischen „popular-demokratischem“ und „autoritärem“ Populismus benannt (vgl. Hall 1988). Die ‚Wissenschaft‘ kann dabei – und damit wenden wir uns unserem Fallbeispiel zu – je nach Position im Terrain des Diskurses als Freund oder Feind erscheinen, oder auch, wie wir sehen werden, gleichzeitig Freund *und* Feind sein, je nach Politikfeld und der darin vorherrschenden Diskurskonstellation.

Wissenschaft unter den Rädern

2005 wurde von der damals in Wien alleinregierenden SPÖ und dem damaligen Infrastrukturminister Hubert Gorbach (FPÖ) der Bau einer Außenringautobahn um Wien beschlossen, der durch das Naturschutzgebiet Lobau führen sollte. Seit fast 20 Jahren wurde geplant, ebenso lange gab es Widerstand – von Seiten der Wissenschaft und der Zivilbevölkerung. Mit Fridays for Future entstand ab 2018 eine populäre globale Klimabewegung, welche sich auch in Österreich bzw. Wien mit einem Ableger manifestierte und so aus Bewegungsperspektive klimaschädliche Projekte und Verhaltensweisen zunehmend in Frage stellte – darunter: den Lobautunnel und die Stadtstraße. Durch die affirmative Bezugnahme der Bewegung auf Klimawissenschaft sowie durch die aktive Teilnahme von Wissenschaftler*innen aus zahlreichen Disziplinen an Klimaprotesten gelang

die Artikulation eines stabilen Zusammenhanges zwischen Wissenschaft und Protest, der sich gegen einen ‚Machtblock‘ namens ‚Politik, die handelt wie bisher‘ positionierte. Innerhalb dieser politischen Situation erwuchs der Wiener SPÖ, die – im Sinne der getätigten Planung – weiter handeln wollte wie bisher, die Notwendigkeit ihre Position zu verteidigen. Aufgrund der diskursiven Verortung der Wissenschaft im gegnerischen Lager kam es dabei zu einer Grenzziehung im Diskurs der regierenden SPÖ, die entlang der beschriebenen Logik funktionierte: Während die Protestbewegung und die ihr angehörenden Wissenschaftler*innen als in einem rechtsfreien Raum agierend⁵, als illegitime Lobbyist*innen⁶, als unfähige „Heisl“⁷ markiert wurden, versuchte die regierende SPÖ sich – gegen Wissenschaft und Zivilgesellschaft – als Trägerin des Rechts, ausgestattet mit der Autorität des Hausverstandes und identisch mit dem Volk zu positionieren.

Die Inszenierung des Volkes

Als Kristallisationspunkt dieses Diskurses möchte ich ein durch die Stadt Wien veröffentlichtes Video herausgreifen, in welchem Bewohner*innen der Donaustadt, also jenem Bezirk, in dem die Autobahnen gebaut werden sollten, zu Wort kommen⁸. Die Protagonist*innen des Videos sprechen sich dabei allesamt positiv und für das Straßenbauprojekt aus und lassen als zentrales Motiv eine verkehrsberuhigende Wirkung erkennen, welche auch von der SPÖ geführten Stadt Wien behauptet wird. Während die dargebotenen Meinungen durchwegs verkehrswissenschaftlichen Erkenntnissen

5 Bürgermeister Ludwig formulierte den Vorwurf sowohl in den Medien als auch in der 17. Gemeinderatssitzung am 20.12.2021. Ein Protokoll findet sich hier: <https://www.wien.gv.at/mdb/gr/2021/index.htm>

6 In derselben GR-Sitzung folgte SPÖ Mobilitätssprecher Erich Valentin mit ad hominem Attacken auf zwei namentlich genannte Verkehrswissenschaftler*innen.

7 Wienerisch für Idioten, Nichtsnutze. Eine Videoaufzeichnung des Parteitages, bei dem diese Aussage durch den SPÖ-Bezirksvorsteher Ernst Nevriy getätigt wurde, findet sich hier: <https://twitter.com/onatcer/status/1530590294114242567>

8 Siehe [@Stadt_Wien](https://twitter.com/Stadt_Wien) am 10.7.2021 unter https://twitter.com/Stadt_Wien/status/1413773358991294464

widersprechen (vgl. Goodwin 1996), wird bereits im Eröffnungsstatement zum Einbringen einer populären Gegenexpertise angesetzt:

Und da muss man so weit realistisch sein, dass man sagt, dass wir mit dem Straßenkonzept, das wir jetzt haben, nicht mehr auskommen.

Über den Begriff des „Straßenkonzepts“ wird auf die existierende verkehrswissenschaftliche Expertise verwiesen, jedoch wird ihr abgesprochen, eine realistische Einschätzung treffen zu können, da ihr – so der Subtext des gesamten Videos – die Nähe zur gelebten Erfahrung der betroffenen Bürger*innen fehlt. Bereits der erste Satz des Videos vollzieht somit eine Überhöhung des

knowledge of “the common people”, which they possess by virtue of their proximity to everyday life, as distinguished from the rarefied knowledge of elites which reflects their alienation from everyday life (and the common sense it produces).”
(Saurette und Gunster 2011, 199)

Das „realistisch Sein“ zieht sich durch alle abgegebenen Statements hindurch. Es werden darin Alltagssituationen beschrieben, um anzutreffende Mängel zu definieren (ausschließlich aus der Autofahrer*innen-Perspektive):

Ich bin aus Essling und muss jeden Tag stadteinwärts fahren. Jeden Tag, [...] ist die Groß-Enzersdorferstraße, Esslinger Hauptstraße vollgestopft. Man hat es schwer, aus den Seitengassen hinauszukommen auf die Hauptstraße [...].

Es ist die Erzherzog-Karl-Straße zu. Es ist hier die Hirschstettner Straße zu. Es ist die Donaustadtstraße zu, Wagramer Straße zu, Stadtlauer Straße zu. Also es wird Zeit, wenn die Straße kommt.

Das letzte Statement macht deutlich, wie über die Beschreibung des Mangels die Lösung in Position gebracht wird — der Bau einer weiteren Straße. Dieser wird auch im Schlusssatz des Videos nochmal klar befürwortet:

Ich persönlich bin sehr wohl für die Stadtstraße, sowohl auch für den Lobau-Tunnel, weil dann ist endlich der ganze Verkehr auf der Autobahn, auf der Stadtstraße und nicht im Ortsgebiet.

Insgesamt zeichnet das Video ein Bild, in dem die Ablehnung des Baus von Stadtstraße und Lobautunnel hauptsächlich dem fehlenden Verständnis der Bedürfnisse vor Ort geschuldet wären, welches nicht durch von außen eingebrachte, „unrealistische“ Expertise gelöst werden kann – das im Video erscheinende Volk „hat genug von Experten“.⁹ Die Kritik am Bauvorhaben wird zur Kritik an den Donaustädter*innen selbst, und damit illegitim und exklusionär.

Populismus ohne Volk

Die im Video zur Schau gestellte Wissenschaftsopposition gewann aus politischer Sicht noch am Tag der Veröffentlichung zusätzlich an Bedeutung, nachdem mit Barbara Laa – einer Verkehrsexpertin der TU Wien und ausgesprochenen Projektgegnerin – ausgerechnet eine der antagonisierten Wissenschaftlerinnen aufdeckte, dass es sich bei den im Video erscheinenden Passant*innen ausschließlich um SPÖ-Funktionär*innen handelte.¹⁰ Der Ansatz der SPÖ Wien, sich eines epistemischen Populismus zu bedienen, gewinnt damit eine autoritäre Schlagseite: Da die Regierenden auf die tatsächliche Einbindung der „einfachen Leute“ verzichteten, jedoch die „discussion-ending trump card“ (Saurette und Gunster 2011, 199) des Hausverstandes nicht aus der Hand geben wollten, inszenierten sie kurzerhand die Erscheinung des Volkes mit Parteimitgliedern. Die per se nicht als problematisch zu betrachtete Bestrebung, Betroffene in Entscheidungsprozesse einzubinden, „Demokratie ernst zu nehmen“ (Hall 1988), und damit neoliberale, technokratische und juridisierende Tendenzen herauszufordern (vgl. Crouch 2008; Hall 2017; Mouffe 2005), wird damit in ihr Gegenteil verkehrt. Durch diese autoritär-populistische Inversion demokratischer Verhältnisse wird sowohl

⁹ Dieser Ausspruch stammt von dem Tory-Politiker und ehemaligen Justizminister Michael Gove. Augenfällig ist hier die fehlende Differenzierung zwischen „Politikexperten“ wie Spin-Doktor*innen, Parteistrateg*innen und Managerpolitiker*innen und damit einer Subkategorie von Expert*innen (welcher Gove selbst angehört), gegen die sich ein populistisches Aufbegehren richtet, und Wissenschaftler*innen, auf welche diese Ablehnung in Goves Statement übertragen wird.

¹⁰ Siehe twitter.at, @_barbara_laa am 10.7.2021 unter https://twitter.com/_barbara_laa/status/1413816196470804486 (Zugriff: 12.8.2022)

versucht, wissenschaftliche Expert*innen als legitime Kommentator*innen und Bürger*innen von demokratischen Prozessen auszuschließen, als auch das dem Populismus namensgebende Volk gänzlich durch hörige Parteigänger*innen zu ersetzen.

Ein diskursives Verhältnis zur Wissenschaft

Während eingangs Populismus als eine Mobilisierungslogik beschrieben wurde, zeigt das beschriebene Fallbeispiel, dass die autoritäre Spielart des Populismus durchaus *demobilisierend* eingesetzt werden kann. Die vermeintliche Einbeziehung des Populus durch die politische Einsetzung seiner Alltagserfahrung als epistemische Richtschnur erfolgte in diesem Fall gegen eine breite demokratische Protestbewegung, welche sich in Äquivalenz mit wissenschaftlicher Evidenz artikulierte. Populismus – verstanden als politische Logik der diskursiven Grenzziehung zwischen einem unterdrückten „Wir“ und „den mächtigen anderen“ – erscheint hier nicht in Form der Volksverführung, sondern vielmehr in Form seiner Stummschaltung. Aus diesem Grund erweist sich auch ein grundsätzlicher Verweis auf die Gefährlichkeit eines populistischen Diskurses als verfehlt: Während dieser zumeist vor dem Hintergrund des neoliberalen TINA-Prinzips¹¹ vor der unvorsichtigen oder übermäßigen Einbeziehung eines als irrational verstandenen Volkes warnt (vgl. Marchart 2017), führte die SPÖ einen mit diesem Prinzip komplizitären und doch populistischen Diskurs, indem sie gemeinsam mit Konservativen und Rechtsextremen in den von Neoliberalen dirigierten Chor der Alternativlosigkeit einstimmte.¹²

Dabei gilt es festzuhalten, dass im Zeitraum des hier beschriebenen Diskurses im Policybereich der Gesundheitspolitik, namentlich in der COVID-Bekämpfung, ein betont wissenschaftsnaher, evidenzbasiert-vorsichtiger Kurs durch die Wiener SPÖ gefahren wurde. Nachdem die (Bundes-)FPÖ sich hier bereits explizit positioniert hatte und so die

wissenschaftsfeindliche Position im Zusammenhang mit rechter, verschwörungsideologischer Politik artikuliert worden war, fielen in diesem Politikfeld die Wissenschaft und die Sozialdemokratie auf die gleiche Seite des geteilten sozialen Feldes. So wurde zur gleichen Zeit und von derselben Akteurin eine wissenschaftsaffirmative und eine wissenschaftsfeindliche Position vertreten, abhängig von der diskursiven Formation im jeweiligen Politikfeld. Anstatt eines essenziellen Zusammenhangs von (Rechts-)Populismus und Wissenschaftsfeindlichkeit begegnen wir hier der Laclau'schen Dichotomisierung des sozialen Feldes in Relation zur vorherrschenden hegemonialen Konstellation, die sich in der Verkehrs- und Klimapolitik anders darstellt als in der Pandemie- und Gesundheitspolitik. Das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft ist seinerseits ein *politisches*, welches je nach eigener oder gegnerischer Zielsetzung und Stellung im Diskurs anders ausfallen kann.

Populismus mit demokratischen Leitplanken

Ob sich ein wissenschaftsbezogener Populismus auch als wissenschaftsfeindlich artikuliert, erweist sich damit als eine – hinsichtlich der Wissenschaft – inkongruente Dichotomisierung der Gesellschaft zwischen zwei konkurrierenden Diskursen. Aufgrund der gegenhegemonialen Artikulation der „Lobau bleibt“-Protestbewegung, welche in Allianz mit wissenschaftlichen Akteur*innen und deren Forschung Position gegen die Regierung bezieht, erwächst dem Regierungslager die Notwendigkeit an seiner hegemonialen Stellung zu arbeiten – insbesondere hinsichtlich der Rationalität seiner Vorhaben. Dabei stehen mehrere Optionen offen: Der vernebelnde Einsatz von „Gegenexpertise“¹³, die politische Delegitimierung der gegnerischen Expertise oder die Ablehnung jeglicher Expertise. Während insbesondere letzteres als wissenschaftsbezogener Populismus firmiert, zeigt unser Beispiel, dass dies

11 Als Abkürzung für „There Is No Alternative“

12 So befanden unter anderem der Klubvorsitzende der SPÖ Wien, Josef Taucher, und die SPÖ Verkehrsstadträtin Ulrike Sima den Autobahnbau für alternativlos.

13 Die in der Leugnung des Klimawandels oft zum Einsatz kam (vgl. Oreskes und Conway 2012)

eine einseitig voreingenommene Definition darstellt. Wir konnten erkennen, dass kein essenzieller Zusammenhang zwischen Wissenschaftsfeindlichkeit und populistischen Artikulationen gegeben ist: Auch die Protestbewegung hatte einen wissenschaftsbezogenen, jedoch zur regierenden SPÖ entgegengesetzt gepolten, *demokratischen* Populismus konstruiert.

Die Analyse der diskursiven Ein- oder Ausschlüsse eines populistischen Diskurses ist – und auch das sollte unser Fallbeispiel verdeutlicht haben – unerlässlicher Teil der Untersuchung eines jeden Populismus. Allerdings ist die Frage, ob sich Wissenschaftler*innen nun als Teil eines populistischen ‚Wir‘ oder in einem diesem Wir äußerlichen Bereich wiederfinden, in der Beurteilung eines Populismus nachrangig. Gerade angesichts von technokratischen Politikverständnissen, nach welchen die Partei, der Politikmanager oder die größte Unternehmerin die Entscheidungen darüber zu treffen vermag, was gut für die Allgemeinheit ist, und der Einsatz von solchem Expert*innenwissen der Politikvermeidung dient, ist ein Populismus in erster Linie hinsichtlich seiner Fähigkeit zu beurteilen, dieser Vermeidungsstrategie durch eine handlungsmotivierende Politisierung zu kontern, sowie hinsichtlich des Verhältnisses dieser Politisierung zu demokratischen Grundsätzen. Ein simpler Anti-Populismus mag in diesem Zusammenhang dazu taugen, die Wissenschaft und ihre Vertreter*innen abzuschirmen und die Ausweitung der Kampfzone auf deren epistemologischen Grundlagen zu verhindern. Allerdings folgt auf die unhinterfragte Objektivsetzung von Wissenschaft nicht selten ein Aktivismuskritik aus den Rängen eben jener Anti-Populist*innen, sollte eine Wissenschaftlerin ihre vermeintlich objektive – einem gesellschaftlichen Schweigegelübde gleichkommende – Rolle verlassen und ihre Forschungsergebnisse in politische Forderungen übersetzen (vgl. Dobusch 2022).

Womöglich zeigt sich nach der Schlummerphase der Postpolitik (vgl. Crouch 2008) weniger eine Wissenschaftsmüdigkeit, als beides: ein demokratisches Erwachen eines schlafenden Souveräns (vgl. Tuck 2016) und einer „objektiven“

Wissenschaft¹⁴. Diesen durch Populismus erweckten, nunmehr mobilen Souverän mit demokratischen Leitplanken auszustatten, ist wohl nicht von der Aufgabe der offenen, konfliktiven Auseinandersetzung um wissenschaftliche Erkenntnisprozesse und Themensetzungen zu trennen.

Rainer Stummer studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien. Seine Schwerpunkte liegen auf postfundamentalistischer und neomaterialistischer Politischer Theorie, poststrukturalistischer Bewegungsforschung und Diskursanalyse sowie Demokratie- und Populismustheorie. Außerdem ist er Research Administrator im ERC Projekt PREDEF – Prefiguring Democratic Futures.

Literatur

Crouch, Colin. 2008. Postdemokratie. Frankfurt/M.: Suhrkamp.

Dobusch, Leonhard. 2022. „Objektivität in Führungszeichen“. bpb.de. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/wissenschaft-oeffentlichkeit-demokratie-2022/509591/objektivitaet-in-anfuhrungszeichen/> (18. November 2023).

Eberl, Jakob-Moritz, Esther Greussing, Robert A. Huber, und Niels G. Mede. 2021. „Wissenschaftsbezogener Populismus: Eine österreichische Bestandsaufnahme“. <https://viecer.univie.ac.at/corona-blog/corona-blog-beitraege/blog124/> (2. November 2023).

Federici, Silvia. 2020. Caliban und die Hexe: Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Wien/Berlin: mandelbaum.

Flatscher, Matthias, und Sergej Seitz. 2018. „Latour, Foucault und das Postfaktische: Zur Rolle und Funktion von Kritik im Zeitalter der ‚Wahrheitskrise‘“. *Le foucauldien* 4(1): 1–30.

Goodwin, Phil B. 1996. „Empirical Evidence on Induced Traffic“. *Transportation* 23(1): 35–54.

Gramsci, Antonio. 1991. Gefängnishefte: Kritische Gesamtausgabe. Hamburg: Argument.

Hall, Stuart. 1988. „Popular-Democratic vs Authoritarian Populism: Two ways of ‚Taking Democracy Seriously‘“. In *The Hard Road to Renewal: Thatcherism and the Crisis on the Left*, London: Verso, 123–49.

———. 2017. „The Great Moving Right Show“. In *Selected Political Writings: The Great Moving Right Show and Other Essays*, Durham: Duke UP, 172–86.

Laclau, Ernesto. 2005. *On Populist Reason*. London: Verso.

———. 2017. „Warum Populismus?“ In *Ordnungen des Politischen: Einsätze und Wirkungen der Hegemonietheorie* Ernesto Laclaus, Staat – Souveränität – Nation, Beiträge zur aktuellen Staatsdiskussion, hrsg. Oliver Marchart. Wiesbaden: Springer, 233–40.

¹⁴ Dobusch weist darauf hin, dass bereits Max Weber in seinem 1904 erschienenen Aufsatz „Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis“ die Objektivität in Führungszeichen setzte.

Marchart, Oliver. 2017. „Liberaler Antipopulismus“. bpb.de. <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/258497/liberaler-antipopulismus/> (15. Oktober 2022).

Mede, Niels G., und Mike S. Schäfer. 2020. „Science-Related Populism: Conceptualizing Populist Demands toward Science“. *Public Understanding of Science* 29(5): 473–91.

Mouffe, Chantal. 2005. „For an Agonistic Public Sphere“. In *Radical Democracy: Politics Between Abundance and Lack*, hrsg. Lars Tønder und Thomassen, Lasse. Manchester: Manchester UP, 123–32.

———. 2018. *For a Left Populism*. London/New York: Verso.

Oreskes, Naomi, und Erik Conway. 2012. *Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*. London: Bloomsbury.

Saurette, Paul, und Shane Gunster. 2011. „Ears Wide Shut: Epistemological Populism, Argutainment and Canadian Conservative Talk Radio“. *Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique* 44(1): 195–218.

Tuck, Richard. 2016. *The Sleeping Sovereign: The Invention of Modern Democracy*. Cambridge: Cambridge UP.

Ylä-Anttila, Tuukka. 2018. „Populist Knowledge: ‘Post-Truth’ Repertoires of Contesting Epistemic Authorities“. *European Journal of Cultural and Political Sociology* 5(4): 356–88.

Wissenschaftsleugner:innen in der Klimaforschung? Die Suche nach der leugnenden Wissenschaft

Stefan Bodinger

Einleitung

Es gibt bereits eine Vielzahl an Literatur über rechtspopulistische Politiker:innen und ihre Methoden, die den Diskurs um besonders umkämpfte Themen wie um den Klimawandel prägen. Auch gibt es unzählige Berichte über Öl-Konzerne, die Fakten unterschlagen, um den Klimawandel in Zweifel zu ziehen (vgl. Mandalka & rbb, 2023; Plehwe, 2012). Doch mich interessieren hier weniger die eben erwähnten großen Akteur:innen als jene, die seltener Erwähnung finden. Beim Thema Klima verweisen Politiker:innen und Klimawandelleugner:innen gerne auf angebliche Wissenschaftler:innen, welche die gängige „Mainstream“-Wissenschaft kritisieren, um Gegenteiliges belegen zu können. Ich will also hier nicht herausfinden, ob es den Klimawandel tatsächlich gibt, da ich diesen als bewiesen anerkenne. Stattdessen drängen sich mir andere Fragen auf: Wer sind die Personen, auf die von genannten Akteur:innen Bezug genommen wird, um den Klimawandel als Lüge darzustellen? Gibt es denn überhaupt seriöse Wissenschaftler:innen, die versuchen, den menschengemachten Klimawandel zu widerlegen, und wenn ja: Was treibt solche Forscher:innen an, Positionen, die in der Wissenschaft als unumstritten gelten, zu leugnen und völlig konträre Aussagen zu treffen?

Die Liste der 500

Begonnen hat meine Recherche damit, dass ich mich auf die Suche nach den von rechtspopulistischen Politiker:innen zitierten Wissenschaftler:innen gemacht habe. Erste Hinweise auf diese angeblichen Wissenschaftler:innen habe ich dabei auf der Seite „klimafakten.de“ gefunden. Diese beschreibt sich als „gemeinsame Initiative der European Climate Foundation und der Stiftung Mercator unter dem

Dach der gemeinnützigen 2050 Media Projekt gGmbH“ und möchte „die häufig sehr komplexen Ergebnisse der Klimaforschung verständlich“ machen (klimafakten.de, 2023). So werden klassische Argumente der Klimawandelskeptiker:innen aufgelistet und argumentativ bekämpft, wie zum Beispiel mit einer besonders interessanten und wichtigen Aussage: „Mehr als 90 Prozent der Klimawissenschaftler stimmen darin überein, dass der Mensch die Hauptursache der gegenwärtigen Klimaveränderungen ist“ (ebd.). Als zentrales Element meiner Suche stellt sich nun die Frage nach den restlichen 10 Prozent.

Es brauchte nicht viele Recherchen, um an eine Liste von 500 angeblichen Forscher:innen zu gelangen, welche in Form eines offenen Briefs, betitelt mit „There is no climate emergency“, ihre Sorge vor einer zu politisierten Debatte öffentlich an UN-Generalsekretär Guterres richteten. Neben so manchen Medien berichtete auch das rechte US-Nachrichtennetzwerk „Breitbart“ von dieser Liste, um eigene Standpunkte zu untermauern (vgl. Echtermann & Eckert, 2019; Johnson, 2019; Rohrmeier & Wolf, 2019; Williams, 2019). Für mich ergab sich dadurch eine erste konkrete Spur, um an die angeblichen Wissenschaftler:innen zu gelangen, die für mich von Interesse waren.

Das investigative Portal „Correctiv“ oder etwa der „Bayerische Rundfunk“ veröffentlichten dazu Artikel, welche auf diverse Unstimmigkeiten hinwiesen. So wurde beispielsweise erklärt, dass einige der genannten Wissenschaftler:innen, welche diesen Brief unterzeichneten, entweder gar keine Wissenschaftler:innen sind oder gar nicht aus dem Bereich der Klimaforschung kommen (vgl. Echtermann & Eckert, 2019; Rohrmeier & Wolf,

2019). Dementsprechend sahen sich auch diverse Klimatolog:innen des Wissenschaftsnetzwerks „Climate Feedback“ diesen Brief genauer an und übten starke Kritik sowohl an den Methoden als auch an den Inhalten des Briefs (vgl. Johnson, 2019). Eine weitere interessante Erkenntnis war, dass jener Brief von der sogenannten „Climate Intelligence Foundation – CLINTEL“ veröffentlicht wurde. Diese ist allerdings dafür bekannt, aus Klimawissenschaftsleugner:innen zu bestehen. Verantwortlich für diese Liste war Guus Berkhout, der auch Mitgründer von CLINTEL ist (vgl. Echtermann & Eckert, 2019; Reveland, 2022).

Doch wer sind nun Berkhout und seine Unterzeichner:innen? Berkhout selbst ist Professor für Geophysik und hat Elektrotechnik studiert. Unter anderem arbeitete er während seiner beruflichen Laufbahn für den Ölkonzern Shell. Recherchen niederländischer Medien wiesen darauf hin, dass Arbeiten von Berkhout zumindest teilweise von Shell, ExxonMobil und anderen namhaften Ölkonzernen finanziert wurden, was jedoch von CLINTEL bestritten wurde (vgl. Echtermann & Eckert, 2019; Lloyd Parry et al., 2022). Neben Berkhout stachen aber auch noch einige andere Unterzeichner:innen des Papiers hervor, wie Fritz Vahrenholt, ehemaliger SPD-Umweltsenator in Hamburg und ehemaliger Honorarprofessor für Chemie an der Universität Hamburg. Wie Berkhout arbeitete auch er bei Shell, jedoch als Manager und, später bei RWE Innogy als Geschäftsführer. Dabei sei allerdings erwähnt, dass Vahrenholt den Klimawandel nicht per se leugnet, allerdings den Beitrag des Menschen zum Klimawandel verharmlost. Gleichzeitig steht er in Verbindung zur AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung, an der er unter anderem Vorträge hielt. Ebenfalls ist noch zu erwähnen, dass er früher als Gegner von Atomkraft und Umweltzerstörung beschrieben wurde und sich erst später einen Namen als Kritiker des menschengemachten Klimawandels machte (vgl. Niesmann, 2023; Speit, 2022).

Aus diesen zwei Beispielen könnte man jetzt folgenden Schluss ziehen: Beide weisen ein direktes Verhältnis zu global agierenden Ölkonzernen auf, womit ein rein finanzielles Interesse naheliegen würde. Allerdings

könnte man dies vor allem Berkhout vorwerfen, doch bei Vahrenholt wäre diese Erklärung definitiv zu einfach. Vahrenholt war nämlich sowohl ein Gegner von Umweltzerstörung als auch für Abteilungen bei Shell und RWE verantwortlich, welche sich mit erneuerbaren Energien auseinandersetzten (vgl. Niesmann, 2023). Dadurch stellte sich mir die Frage nach anderen, nicht-finanziellen Motiven.

Netzwerke

Ein weiterer Unterzeichner ist Horst-Joachim Lüdecke vom „Europäischen Institut für Klima & Energie – EIKE“. Er ist Professor für Strömungsmechanik und wird von der „Süddeutschen Zeitung“ mit den Worten zitiert: „Wir brauchen keine Klimaforscher“. Was er damit begründet ist, dass es seiner Meinung nach keinen wissenschaftlichen Beweis für einen Zusammenhang zwischen Mensch und Klimawandel gibt (vgl. Rubner Jeanne, 2010). Im Gegensatz zu den beiden vorher erwähnten Personen gab es allerdings bei Lüdecke, zumindest offiziell, kein entsprechendes Naheverhältnis zur Öl-Industrie, dafür allerdings zur AfD (vgl. Sternberg, 2018). Geht es bei Lüdecke also mehr um ein persönliches oder ideologisches Interesse, für welches er nur bei der AfD Anklang findet? Um die Frage besser zu verstehen, sehe ich mir EIKE etwas genauer an. EIKE selbst ist weniger ein Forschungsinstitut, sondern ein eingetragener Verein (vgl. Lloyd Parry et al., 2022). Doch nicht nur Lüdecke hat enge Verbindungen zur AfD, sondern auch etwa der Vizepräsident von EIKE, Michael Limburg. Dieser unterstützte dabei sogar die AfD bei ihrem Programm und saß für die Partei auch im Bundesfachausschuss Energie (vgl. Fiedler, 2018). Geht man auf die Seite von EIKE, so findet man unter anderem Artikel, welche den menschengemachten Klimawandel widerlegen sollen. Untermauert wird dies, indem man beispielsweise auf Richard Lindzen oder auf die „Global Warming Policy Foundation“ verweist, wobei es sich um eine britische Organisation handelt, die ebenfalls den Klimawandel leugnet (vgl. Frey, 2023; Horton, 2023).

Das Investigativ-Portal „DeSmog“, welches unter anderem vom „Guardian“ oder „Greenpeace“ zitiert wird, schreibt, dass Richard Lindzen, der bis zu seiner Pension durchaus ein renommierter Professor am

Massachusetts Institute of Technology (MIT) war, kein unbeschriebenes Blatt ist (vgl. DeSmog, 2023; Goldenberg, 2012; Greenpeace Netherlands, 2021). DeSmog veröffentlichte dazu einen detaillierten Bericht mit über 170 Quellen und unzähligen Verlinkungen zu Richard Lindzens Karriere. Detailliert wird beschrieben, wie er beispielsweise für das konservative Cato-Institut arbeitete, welches unter anderem mit Geldern von ExxonMobil finanziert wurde. Auch wird er als Experte des Heartland Instituts angeführt und verglich „Klimawandel-Alarmisten“ in ihren Taktiken mit Joseph Goebbels. Weiters richtete er eine Petition an den damaligen Präsidenten Donald Trump, welche von über 300 angeblichen Wissenschaftler:innen unterschrieben wurde. Doch wie schon beim oben genannten Brief von CLINTEL weist laut DeSmog auch diese Liste ähnliche Mängel auf, da man nur einer Hand voll Unterzeichner:innen überhaupt Qualifikationen nachweisen konnte, nicht jedoch im Bereich Klimawissenschaft (vgl. DeSmog, 2023).

Einer der prominenten Unterzeichner ist beispielsweise der britische Adelige und „UK Independence Party (UKIP)“-Aktivist Christopher Monckton, ehemaliger Berater von Margaret Thatcher, welcher sich gegen den Euro sowie Homosexualität aussprach und den menschengemachten Klimawandel in Frage stellt. Selbst wenn er unter anderem vom Heartland Institute als Experte beschrieben wird und ein Diplom in Journalismus hat, kann man ihn kaum als Klimawissenschaftler bezeichnen (vgl. McSmith, 2012; Schrader, 2015; The Heartland Institute, 2021). Übrigens finden sich sowohl Lindzen als auch Monckton auf der Liste von CLINTEL (vgl. European Climate Declaration, 2019).

Doch auch das Heartland Institute ist nicht unbekannt. So hat auch EIKE Verbindungen zum Heartland Institute, einer der führenden konservativen US-Denkfabriken, welches von ExxonMobil oder den Koch-Brüdern mit mehreren Hunderttausend Dollar finanziert wurde. Dazu sei gesagt, dass Koch Industries entscheidende Anteile im Öl- und Energiesektor hält (vgl. Eilperin, 2012; Rubner Jeanne, 2010).

Die Recherchen haben gezeigt, dass diese Netzwerke so verflochten sind, so groß sind, dass es schlicht unmöglich ist, sie hier in ihrer Gesamtheit zu beschreiben. Daher hier noch ein paar weitere Beispiele, die in diesem Zusammenhang spannend sind, wie etwa den emeritierte Präsident und Wirtschaftsprofessor Hans-Werner Sinn vom Münchner Ifo-Institut. Er setzt sich vehement gegen das Aus des Verbrennungsmotors ein, übte Kritik an der gesamten Verkehrswende und kritisierte auch die Energiewende in Form von Wind- und Sonnenenergie (vgl. Sinn, 2023; Spiegel, 2023). Als letztes Beispiel möchte ich auch noch John Christy anführen, welcher sogar als Professor für Atmosphärenwissenschaften am Geoforschungszentrum der Universität von Alabama tätig war. Doch trotz seiner ausgewiesenen Expertise als Klimatologe arbeitet er mit Lindzen zusammen und versuchte dabei unterschiedliche Thesen zu finden, um den menschengemachten Klimawandel in Abrede zu stellen (vgl. Mrasek, 2007).

Conclusio

Die Frage nach dem Motiv, oder besser gesagt nach den Motiven, kann hier nicht vollständig geklärt werden. Trotzdem lassen sich im Anschluss an diese Recherchen ein paar Dinge festhalten: Zunächst haben viele der genannten Akademiker:innen starke finanzielle Verbindungen zu Ölkonzernen. Ihnen allerdings rein finanzielle Motive zu unterstellen, um gegen den menschengemachten Klimawandel mobil zu machen, wäre definitiv zu simpel gedacht. Es gibt nämlich auch einige andere Auffälligkeiten, die bei den Recherchen offenkundig wurden. Eine der wohl wichtigsten Erkenntnisse ist jedoch, dass unter den prominenten Klimawandelleugner:innen zwar Wissenschaftler:innen sein mögen, jedoch die wenigsten von ihnen etwas mit Klimaforschung am Hut haben.

Stattdessen handelt es sich um Professoren im Bereich Elektromechanik, Chemie oder Wirtschaft, die ich hier bewusst mit Bezug auf die oben genannten Personen nicht gendere. Es erscheint mir also nicht ganz unerheblich, dass es sich (fast) ausschließlich um weiße Männer höheren Alters handelt. Dies meine ich nicht als *Bashing* gegen diese Personengruppe,

sondern es zeigt, dass eine gewisse Diversität innerhalb Klimawandel-skeptischer Gruppierungen schlicht fehlt bzw. unterrepräsentiert ist. Auffallend ist also, dass ich weder weibliche, jüngere noch nicht-westliche Wissenschaftler:innen gefunden habe, die Klimawandel-leugnend arbeiten. Weiters sind alle Personen, die im Kontext der Klimawandelleugnung stehen, in fragwürdigen Netzwerken und Organisationen tätig, haben einen konservativen Hintergrund und oftmals ein Naheverhältnis zu konservativen bzw. rechten Parteien.

Ob sich aus dieser Recherche ein pauschales Motiv für wissenschaftsleugnende Wissenschaftler:innen ableiten lässt, ist fraglich, aber zumindest lassen sich Muster erkennen. Wie gesagt, weisen die genannten Personen allesamt einen konservativen Hintergrund auf, was nahelegt, dass es ihnen nicht ausschließlich um finanzielle Anreize durch die Erdöl-Industrie geht. Stattdessen könnten auch persönliche Einstellungen, konservative Wertvorstellungen bzw. Weltbilder eine erhebliche Rolle dabei spielen, um zu erklären, warum einige Wissenschaftler:innen einen derartigen Aufwand betreiben, um den Klimawandel zu widerlegen. Fest steht jedoch, dass sie sich durch ihre Thesen, gepaart mit ihrer Position als Akademiker*innen bewusst Gehör verschaffen und Parteien wie der AfD oder Politikern wie Trump argumentativ und ideologisch in die Karten spielen. Davon geht also eine nicht zu unterschätzende Gefahr aus, die größerer Aufmerksamkeit bedarf. Abschließend sei also noch gesagt, dass aufgrund mangelnder Forschung zu dieser Frage durchaus ein genauerer Blick auf diese Gruppe empfehlenswert und vorteilhaft wäre, um die Motive, Argumente und Hintergründe besser verstehen zu können.

Stephan Bodinger studiert derzeit Politikwissenschaft im Master an der Universität Wien. Seine Schwerpunkte liegen im Bereich Internationale Politik bzw. Internationale Beziehungen und EU.

Literatur

DeSmog. (2023). Richard Lindzen - DeSmog. DeSmog. Com. <https://www.desmog.com/richard-lindzen/>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Echtermann, A., & Eckert, T. (2019). Offener Brief zum Klimawandel: Weder haben „500 Wissenschaftler“ unterzeichnet, noch stimmen alle Behauptungen. Correctiv.

Org. <https://correctiv.org/faktencheck/2019/10/11/offener-brief-zum-klimawandel-weder-haben-500-wissenschaftler-unterzeichnet-noch-stimmen-alle-behauptungen/>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Eilperin, J. (2012). Climate skeptic group works to reverse renewable energy mandates - The Washington Post. Washington Post. https://www.washingtonpost.com/national/health-science/climate-skeptic-group-works-to-reverse-renewable-energy-mandates/2012/11/24/124faaa0-3517-11e2-9cfa-e41bac906cc9_story.html, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

European Climate Declaration. (2019). There is no climate emergency.

Fiedler, M. (2018). Rechtspopulisten: Das Netzwerk der Klimaleugner. Tagesspiegel. <https://www.tagesspiegel.de/politik/das-netzwerk-der-klimaleugner-5318350.html>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Frey, C. (2023). Spitzen-Klimawissenschaftler verurteilt den Klima-Alarm: Kohlendioxid als Verschmutzer zu bezeichnen ist „besonders lächerlich“ | EIKE - Europäisches Institut für Klima & Energie. EIKE. <https://eike-klima-energie.eu/2023/11/13/spitzen-klimawissenschaftler-verurteilt-den-klima-alarm-kohlendioxid-als-verschmutzer-zu-bezeichnen-ist-besonders-laecherlich/>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Goldenberg, S. (2012). Leak exposes how Heartland Institute works to undermine climate science | Climate science scepticism and denial | The Guardian. The Guardian. <https://www.theguardian.com/environment/2012/feb/15/leak-exposes-heartland-institute-climate>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Greenpeace Netherlands. (2021). WORDS VS ACTIONS: The truth behind fossil fuel advertising. <https://www.greenpeace.org/static/planet4-netherlands-stateless/2021/10/3b500e9b-words-vs-actions-the-truth-behind-fossil-fuel-advertising.pdf>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Horton, H. (2023). UK urged to sack Tony Abbott as trade adviser for joining climate sceptic group | Climate science scepticism and denial | The Guardian. The Guardian. <https://www.theguardian.com/environment/2023/feb/08/calls-for-uk-to-sack-tony-abbott-trade-adviser-climate-sceptic-thinktank-global-warming-policy-foundation>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Johnson, S. (2019). Letter signed by “500 scientists” relies on inaccurate claims about climate science. Climatefeedback. Org. <https://climatefeedback.org/evaluation/letter-signed-by-500-scientists-relies-on-inaccurate-claims-about-climate-science/>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

klimafakten.de. (2023). Warum es uns gibt, und was wir leisten | klimafakten.de. <https://www.klimafakten.de/ueber-uns/ueber-klimafaktende>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Lloyd Parry, R., Todtmann, F., AFP Frankreich, & AFP Deutschland. (2022). Diese Erklärung verbreitet Falschinformationen über den Klimawandel | Faktencheck. AFP Faktencheck. <https://faktencheck.afp.com/doc.afp.com.32JF7QJ>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Mandalka, T., & rbb. (2023). Ölkonzern und Klimaforschung: Schwere Vorwürfe gegen Exxon. Tagesschau.De. <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/exxon-klima-folgen-studie-101.html>

McSmith, A. (2012). Lord Monckton kicked out of international climate change conference after posing as a delegate | The Independent | The Independent. Independent. <https://www.independent.co.uk/news/uk/politics/>

lord-monckton-kicked-out-of-international-climate-change-conference-after-posing-as-a-delegate-8393492.html, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Mrasek, V. (2007). Aufstand der Unbelehrbaren. Deutschlandfunk. <https://www.deutschlandfunk.de/aufstand-der-unbelehrbaren-100.html>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Niesmann, A. (2023). Ex-Innenminister Otto Schily: „Windräder im Wald sind ein Skandal“. RedaktionsNetzwerkDeutschland. <https://www.rnd.de/wirtschaft/ex-innenminister-otto-schily-windraeder-im-wald-sind-ein-skandal-Q16Q4NGGJBFVTGLVHEZRRCYFN4U.html>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Plehwe, D. (2012). Europäisches Kräfteressen - europäische Kräfte messen eine Auswertung von verfügbaren statistischen Daten zur Entwicklung und zum ungleichen Stand der Interessenvertretung in Brüssel (Organisationen, Personal, Finanzen) (D. Plehwe, Ed.). Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien.

Reveland, C. (2022). Desinformationen zum Klima: Pseudo-Experten schaffen Glaubwürdigkeit. Tagesschau. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/desinformationsstrategien-zum-klima-101.html>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Rohrmeier, S., & Wolf, G. (2019). #Faktenfuchs: Was ist dran an dem Klimawandel-Brief an Guterres? | BR24.de. <https://www.br.de/nachrichten/wissen/faktenfuchs-was-ist-dran-an-dem-klimawandel-brief-an-guterres,RdkBwd4>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Rubner Jeanne. (2010). Klimaskeptiker - "Wir brauchen keine Klimaforscher" - Wissen - SZ.de. Süddeutsche Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/wissen/klimaskeptiker-wir-brauchen-keine-klimaforscher-1.6518>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Schrader, C. (2015). Posse um Klimastudie - Klimaleugner mit blauem Blut - Wissen - SZ.de. Süddeutsche Zeitung. <https://www.sueddeutsche.de/wissen/posse-um-klimastudie-klimaleugner-mit-blauem-blut-1.2315620>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Sinn, H.-W. (2023). Energiewende. Hanswernersinn.de. <https://www.hanswernersinn.de/de/themen/Energiewende>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Speit, A. (2022). Ex-SPD-Senator Fritz Vahrenholt: „Ein Klima-Sarrazin“. Taz.De. <https://taz.de/Ex-SPD-Senator-Fritz-Vahrenholt/!5887199/>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Spiegel (2023). Hans-Werner Sinn: »Der Klimawandel beschleunigt sich wegen des Verbrennerverbots« - DER SPIEGEL. Spiegel.de. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/hans-werner-sinn-der-klimawandel-beschleunigt-sich-wegen-des-verbrennerverbots-a-6beef07f-8c34-41c3-ab52-13c2e5e5fa28>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Sternberg, J. (2018). AfD gehört in Europa zu den härtesten Klimawandel-Leugnern. RedaktionsNetzwerkDeutschland. <https://www.rnd.de/politik/afd-gehört-in-europa-zu-den-härtesten-klimawandel-leugnern-F2D3WR5QK235UEJ7JGLUOIQU2A.html>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

The Heartland Institute. (2021). Christopher Monckton of Brenchley. The Heartland Institute. <https://heartland.org/about-us/who-we-are/lord-christopher-monckton/>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Williams, T. D. (2019). 500 Scientists Write U.N.: 'There Is No Climate Emergency.' Breitbart. <https://archive.is/a2dKm>, zuletzt aufgerufen am: 17.12.2023

Mehr als ein Reptil! „GECKO“: Die „Gesamtstaatliche COVID- Krisenkoordination“ aus sozialwissenschaftlicher Perspektive

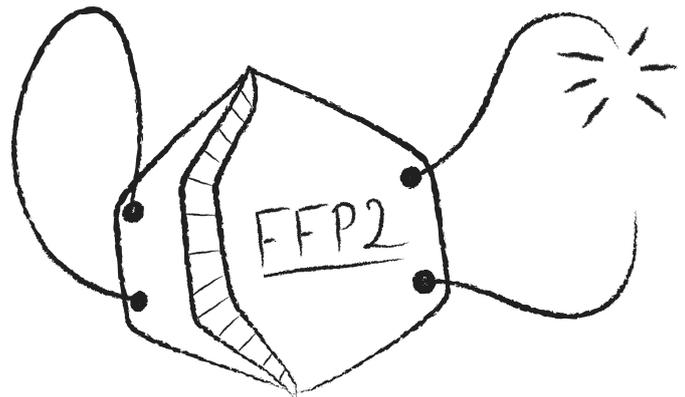
Michael Maier

Untersuchungsvorhaben, Relevanz und Aufbau des Essays

„Corona-Gremium Gecko schließt Einschränkungen und massive Beeinträchtigung nicht aus“ (Der Standard, 2022), „Müssen Zeit gewinnen: Gecko warnt vor großen Partys“ (Die Presse, 2021) und „GECKO wird vorzeitig aufgelöst“ (ORF.at, 2023).

Dieses Essay widmet sich der Rolle der „Gesamtstaatlichen COVID-Krisenkoordination (GECKO)“ in der österreichischen SARS-CoV-2 Pandemiebekämpfung. Der Untersuchungsgegenstand bezieht sich auf das Verhältnis zwischen dem Expert*innengremium und der Politik und welche Rolle dabei Macht, Objektivität und Wissen spielen könnten. Folglich besteht mein Erkenntnisinteresse darin, nachvollziehen zu können, wie zwischen Expert*innengremien und Politik Macht und ihre Ausübung ausverhandelt wird.

Eine solche Untersuchung ist aus drei Gründen sinnvoll und relevant. Erstens aus Sicht der Wissenschaftsforschung, da eine Nachforschung anhand dieses Fallbeispiels Aufschluss über Machtverhältnisse zwischen Expert*innengremien und der Politik geben könnte. Zweitens aus politikwissenschaftlicher Sicht, weil Machtanalysen und das Erforschen von Hierarchien wichtiger Bestandteil dieser sind. Nicht zu vergessen die gesellschaftliche Relevanz, da „GECKO“ von 2021 bis 2023 einflussreiche Beratungsarbeit für das Bundeskanzleramt Österreich geleistet hat, der Politik zur Seite stand und ebenso medial stark präsent war.

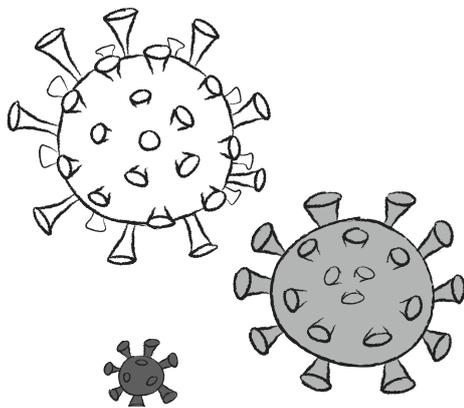


Das erste Kapitel beschreibt die Aufgabenbereiche und Mitgliederzusammensetzung der „GECKO“, es soll also ein Verständnis für die Tätigkeitsbereiche des Expert*innengremiums erzeugt werden und letztlich eine Einführung ins Thema erfolgen. Das zweite Kapitel untersucht zwei wichtige Elemente für die Beratung von Politik und wie sich diese Begriffe zueinander verhalten: Objektivität und Macht. Im dritten Kapitel soll beispielhaft dargelegt werden, wie sich diese Machtverhältnisse in den „Executive Reports“ von „GECKO“ widerspiegeln.

GECKO: Aufgaben, Mitglieder, Wissensbestände und „communities of practice“

Die österreichische „Gesamtstaatliche COVID-Krisenkoordination (GECKO)“ wurde am 20. Dezember 2021 gegründet und blieb bis zum 31. März 2023 bestehen. Dabei handelte es sich um ein im Bundeskanzleramt angesiedeltes Expert*innengremium, welches unterschiedliche Tätigkeits- und Wissensbereiche umfasste (Bundeskanzleramt Österreich, 2023a). Im Kern bestand der Aufgabenbereich von „GECKO“ aus

folgenden Tätigkeiten: Erstens sollte es die SARS-CoV-2-Pandemieentwicklung beobachten, zweitens übermittelte sie konkrete Vorschläge an die politischen Verantwortlichen und drittens wurden Informationsvideos für die Öffentlichkeit produziert. Der Verlauf der SARS-CoV-2 Pandemie wurde im Wochentakt besprochen und die Ergebnisse der internen Abstimmung in sogenannten „Executive Reports“ veröffentlicht (Bundeskanzleramt Österreich, 2021, S. 3). Für die Informationsarbeit richtete man „GECKO Lab – Erklärvideos mit Martin Moder“ ein, um so der Bevölkerung biologisch-virologisches Wissen, gesundheitliche Auswirkungen einer SARS-CoV-2 Erkrankung und die Gefahren von Long Covid zu vermitteln (Bundeskanzleramt Österreich, 2023b).



Die Mitgliederzusammensetzung spiegelte auch das Ziel der Kommission wider: Nämlich die Verbindung von wissenschaftlichem Wissen und angewandter Umsetzung. Die Vertretung der wissenschaftlichen Mitglieder wird durch eine oder einen „Chief Medical Officer“ geleitet und weiteren Mitgliedern aus Medizin und Medizinrecht, Sozialwissenschaften und Psychologie betreut. Die Vertretung der praktisch-logistischen Mitglieder setzte sich aus einem Mitglied des Generalstabs des Bundesministeriums für Landesverteidigung und weiteren Mitgliedern aus Gesundheits- und Landesverwaltung zusammen. Sie beschäftigten sich vornehmlich mit der Umsetzung der Maßnahmen in den Bundesländern oder mit dem Transport von SARS-CoV-2 Impfungen (Bundeskanzleramt Österreich, 2023c). Wir sehen also, dass hier der Versuch unternommen wird, Wissensbestände aus Forschung und Praxis synergetisch zu verbinden.

Wie ließe sich „GECKO“ theoretisch fassen? Man kann „GECKO“ als ‚epistemic community of practice‘ beschreiben, welche das Ziel hat, durch ihre multidisziplinäre Zusammensetzung neue Ansätze und Lösungsvorschläge zu erarbeiten. Eine gemeinschaftliche Problembearbeitung, eine Vielfalt an Wissensbeständen und kreative Vorschläge kennzeichnen eine solche ‚epistemic community of practice‘. Eine gegenseitige Anerkennung des Wissens des Gegenübers ist dabei essenziell für die Zusammenarbeit (Amin/Roberts, 2008, S. 361-362).

Geschichte der Objektivität und Objektivität/ Legitimität der „GECKO“

Der Begriff der Objektivität hat eine lange, abwechslungsreiche Geschichte. Lorraine Daston und Peter Galison zeigen in einer geschichtlichen Rekonstruktion, wie sich das Verständnis von Objektivität gewandelt hat. Während im 18. Jahrhundert Objektivität an idealtypische Darstellungen, religiöse Narrative und romantisierende Porträts geknüpft war (Daston/Galison, 2007, S. 55-63), so wandelte sich das Verständnis im 19. Jahrhundert zu einer mechanischen Objektivität, wobei die Hoffnung bestand, dass Maschinen jedwede menschliche Subjektivität aus der Wissenschaft filtern würden. Hier ist auf die Fortschritte in Technik und Industrie durch die Industrielle Revolution zu verweisen. Im 18. Jahrhundert galten beispielsweise Zeichnungen von Blumen oder Blüten, die viel schöner und idealisierter dargestellt wurden, als sie in der Natur vorkamen, als objektiv. Im 19. Jahrhundert folgte eine Gegenbewegung: Mikroskope, Teleskope und technische Verfahren sollten menschliche, normative oder wertende Einflüsse verhindern (ebd., S. 138-142). Die dritte Phase der Objektivität kennzeichnet sich durch die Verbindung von Objektivität und Wissen: Die Expert*innen, ihr Wissen und ihre Interpretationsfähigkeit stehen für die Objektivität im Vordergrund. Die Expertise, Erfahrung und Kompetenz der Expert*innen gewinnen also an Relevanz und nicht mehr nur die Maschinen oder technischen Hilfsmittel allein (ebd., S. 311-315). Im 21.

Jahrhundert wird dieses Verständnis um den Einfluss von Künstlicher Intelligenz erweitert, da sie basierend auf Algorithmen große Mengen an Daten ordnen und verarbeiten können (Baumgartner, 2021, S. 160-161).

Betrachtet man nun die Geschichte der Objektivität, so erkennt man, dass insbesondere die Verbindung zwischen Expert*innen und Wissen, also das „trained judgement“, auf Expert*innengremien wie „GECKO“ zutrifft. Über Wissen soll Legitimität für Entscheidungen geschaffen werden. Peter Weingart betont ebenso, dass hier Legitimität über die persönliche Expertise, Anerkennung in Fachkreisen und hohe Qualität der Forschungsarbeit erzielt wird (Weingart, 2019, S. 69-70). Meine Annahme ist folglich, dass man in der Einrichtung der „GECKO“ eine Objektivität des „trained judgement“, wie von Dalton und Galison ausgeführt, verwirklicht sehen könnte. Zu diesem Schluss komme ich, da es hier um die Verbindung von praktischer Erfahrung, wissenschaftlichem Wissen und dem Anwenden dessen in spezifischen Situationen geht.

Verständnis von Expertise und das Aufeinandertreffen von Wissens- und Logiksystemen

Wir haben also gesehen, wie sich Objektivität über die Jahrhunderte gewandelt und ausdifferenziert hat und wie sich diese Vorstellungen auf „GECKO“ applizieren lassen. Objektivität ist aber auch eng mit Expertise verwoben. Letzterer Begriff ist facettenreich: Helga Nowotny versucht das Verständnis von Expertise zu weiten. Weg von „reliable“ hin zu „socially robust knowledge“. Sie will damit aus rein disziplinär-wissenschaftlichen Kontexten ausbrechen und prüfen, ob das Wissen auch außerhalb der, wenn man so will, Laborbedingungen gültig ist (Nowotny, 2003, S. 155-156). In der Betrachtung der „GECKO“ spiegelt sich aber ein engerer Expertise- oder Expert*innenbegriff wider: Mitglieder haben einen wissenschaftlichen oder verwaltungsbezogenen Hintergrund und sind langjährig im jeweiligen Bereich tätig (Grundmann, 2016, S. 26-28). Expert*in wird man zum einen durch die Anerkennung in der Scientific Community,

zum anderen durch die politische Entscheidung, ein Mitglied in die Expert*innenkommission aufzunehmen. Die Politik entscheidet also mit, wer expert*innenwürdig ist (Wagschal, 2019, S. 55-57).

Peter Weingart argumentiert darüber hinaus, dass in Expert*innengremien nicht nur verschiedene Wissens- und Expertise-Formen aufeinandertreffen, sondern Politik und Wissenschaft auch divergierende Logiksysteme innehaben. Politik strebt danach, offeriertes Wissen anzuhören, aber letztlich zu prüfen, was rechtlich, verwaltungstechnisch und parteipolitisch möglich ist. Wissenschaft ist folglich ein Einfluss von vielen (Weingart, 2019, S. 69-70).

Wissenschaft hat die Rolle einer Beraterin. Sie bietet belastbare Wissensbestände, ist fest in Institutionen verankert und kann damit Entscheidungen legitimieren. Expert*innengremien haben dabei eine beratend-einflussnehmende, aber keine entscheidungsermächtigte Rolle. Politiker*innen können, müssen aber nicht auf wissenschaftliche Ratschläge achten. Transparenz könnte in Entscheidungssituationen für Klarheit sorgen, meint Alexander Bogner. Einerseits sollen Unstimmigkeiten zwischen Politik und Expert*innen – er bezog seine Aussage explizit auf „GECKO“ – öffentlich gemacht und andererseits eine Erklärung für die spezifische Auswahl von Mitgliedern präsentiert werden. Damit soll auch eine klare Trennung zwischen Politik und Expert*innen garantiert werden. Er bilanziert nämlich: „In the pandemic, policy advice itself became a political issue.“ (Bogner, 2022, S. 4-5).

Über das Konzept der Macht in der Politikwissenschaft

Bechmann und Stehr führen in Anlehnung an Francis Bacon aus, dass Wissen Möglichkeiten schafft, die Gesellschaft zu verändern, denn Wissen kann als Macht in die Gesellschaft eingreifen (Bechmann/Stehr, 2000, S. 114). Diesen Gedanken wollen wir mit den sozialwissenschaftlichen Begriffen des ‚decision-making‘ und ‚preference-shaping‘ verbinden. Der Begriff des ‚decision-making‘ kann als das erste Gesicht der Macht verstanden werden, also das Herbeiführen

einer Entscheidung, wobei eine Machtasymmetrie besteht und über Interessensgruppen hinweg ein Wille durchgesetzt werden kann (Hay, 2002, S. 172-174). ‚Preference-shaping‘ verweist auf das dritte Gesicht der Macht, welches sich auf die Ausbildung von Präferenzen und Interessen bezieht, auf Strategien der Einflussnahme und in bestimmten Fällen auch Manipulation: Wie kommen Präferenzen zustande? (ebd., S. 178-179). Betrachtet man also „GECKO“ und die politischen Amtstragenden durch diese theoretische Perspektive, so erkennt man, dass Wissenschaft von ‚preference-shaping‘, die Politik von ‚decision-making‘ Gebrauch machen können.

Sven T. Siefken argumentiert außerdem, dass Expert*innengremien über das ‚agenda setting‘ Einfluss auf den politischen Diskurs nehmen. Es ist also eine Macht, die thematische Schwerpunktsetzungen vornimmt und bestimmte Aspekte im Diskurs betont und somit sichtbar macht. Dass das Interesse an den Einschätzungen von Expert*innengremien zunimmt, zeichnet sich an einer gesteigerten medialen Berichterstattung ab (Siefken, 2003, S. 490-491).

Michael Böcher und Alexander Krott verweisen außerdem auf eine anders gelagerte Form der Macht, welche von Expert*innen ausgeht: die Kommunikation. Wenn wir uns Wissens- und Wissenschaftskommunikation anschauen, so sollten wir Sendende und Empfangende in den Blick nehmen. Die Wissenschaft, meist Virologie und Epidemiologie, geben bestimmte Empfehlungen ab, wie eine Reduktion der Ansteckungszahlen (‚flatten the curve‘) oder eine Impfquote von 80% der Bevölkerung. Die Empfangenden, in unserem Fall politische Entscheidungstragende, sollten das Ziel verfolgen, wissenschaftlich fundierte Maßnahmen zu treffen, Widersprüchlichkeiten zu vermeiden und somit eine klare und deutliche SARS-CoV-2 Strategie zu verfolgen (Böcher/Krott, 2022, S. 312-315).

Die Verbindung von Objektivität und Macht

Im oberen Abschnitt wurden die zwei wesentlichen konzeptuellen Begriffe Objektivität und Macht erläutert, aber es ist essenziell, sie in Wechselwirkung

zueinander zu verstehen. Über den Begriff der Objektivität können Expert*innengremien wie „GECKO“ Macht ausüben und Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen und Themen in den Diskurs einbringen. Dabei sollte die Wissenschaftlichkeit der Beratung, die Fachkenntnis und die Bezugnahme auf den aktuellen Forschungsstand im Vordergrund stehen. Die Expertise und die Fachkenntnisse verleiht den Expert*innen gegenüber der Politik Objektivität und Legitimität (Weingart, 2019, S. 73-74). Ratschläge in Bezug auf SARS-CoV-2-Pandemiebekämpfungsmaßnahmen eines Laien werden weniger Gehör von politischen Entscheidungstragenden erhalten als von Mitgliedern von „GECKO“. Folglich schließt dieser Expert*innenstatus bestimmte Personengruppen ein und bestimmte Personengruppen aus.

Nachdem die wissenschaftlichen Vertreter*innen eines Gremiums als objektiv und legitim anerkannt werden, können sie über diesen Status auch versuchen, auf den Entscheidungsfindungsprozess einzuwirken. Dies lässt sich in einem theoretischen Verständnis auch mit dem Begriff der Macht nachvollziehen. Macht ist hier nicht normativ oder wertend zu verstehen, sondern als die Möglichkeit, auf Entscheidungen einzuwirken (Benton, 1981, S. 162-164). Das Expert*innengremium „GECKO“ verfügt über jene Macht, auf Basis des Standes der Forschung zu beraten und Themen in den Diskurs einzubringen, die Politik verfügt über die Macht des Entscheidungstreffens. Politisch Verantwortliche können sich dazu entschließen, abweichende Entscheidungen und Maßnahmen zu treffen, müssen sich als Konsequenz öffentlich für das Nichtbefolgen der Expert*innenmeinung erklären.

Der „Executive Report“, seine Struktur und seine Verwendung als Ausdruck von Macht

Die Erkenntnisse des Beratungsprozesses von „GECKO“ werden in „Executive Reports“ dargestellt. Diese sollen eine Handreichung wissenschaftlicher

Expertise für die politische Umsetzung sein. Dadurch wird versucht, aus der Wissenschaft in die Politik zu intervenieren.

„GECKO“ hat vom 14. Jänner 2022 bis zum 21. März 2023 37 „Executive Reports“ an das Bundeskanzleramt übermittelt (Bundeskanzleramt Österreich, 2023d). Eben diese haben allesamt den gleichen Aufbau: Einleitend wird die pandemische Ausgangslage in Österreich dargestellt, also die Infektionszahlen präsentiert und weiters eine Prognose der Infektionsentwicklung abgegeben. Dann werden aktuelle Thematiken, meist in Form konkreter Fragen und Empfehlungen, diskutiert und ein Überblick über die international-pandemischen Entwicklungen gegeben. In diesem Segment werden beispielsweise Fragen zu ‚Long Covid‘ oder Symptomen, postexpositionellen Impfungen oder rechtliche Fragen geklärt. Drei weitere thematische Schwerpunkte sind die Vorgehensweise in Bezug auf Impfungen und Medikamente, Testungen und Krankentageauslastung (Bundeskanzleramt Österreich, 2022a). Wenn Expert*innen im Gremium abweichende Meinungen haben, aber in der Minderheit sind, wird dies in den jeweiligen Themenblöcken angeführt (Bundeskanzleramt Österreich, 2022b).

Diese wissenschaftlichen Stellungnahmen werden als legitim, werden als fundiert und als objektiv wahrgenommen. Vor der Umsetzung werden diese Einschätzungen jedoch noch politisch bewertet (Böcher/Krott, 2022, S. 306-307). Wie bereits im vorigen Kapitel dargelegt, müssen politische Zielsetzungen nicht auch im Sinne der Expert*innen sein. Am Beispiel der „Executive Reports“ äußert sich genau das, worauf zuvor hingewiesen wurde: Es handelt sich um eine Beratungsgrundlage des Expert*innengremiums für die Entscheidungstreffenden. Da die Zielsetzungen, die Logiken und Wissensbestände differieren, müssen die Interessen beider Seiten ebenso wenig konvergent sein. Der Einfluss „GECKOs“ beschränkt sich auf die Beratung und die Abwägung von Maßnahmen, Entscheidungen trifft letztlich die Politik. Wir sehen also, dass auch die Rollen- und Kompetenzverteilung klar geregelt ist.

Conclusio

In diesem Essay wurde der Versuch unternommen, am Beispiel von „GECKO“ das Verhältnis von Politik und Wissenschaft durch eine Analyse des Objektivitäts- und Machtverständnisses zu untersuchen. Dafür wurde zum einen der Aufgabenbereich und die Zusammensetzung des Expert*innengremiums dargestellt, zum anderen sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über diese präsentiert. Haupteckennis des Essays ist, dass ein Objektivitätsverständnis vorherrscht, das die Legitimität der Expert*innen, deren Wissen und Interpretationsvermögen in den Vordergrund stellt. Kurz und prägnant: Objektivität durch Expertise. Besonders klar manifestiert sich ebendiese Objektivität „GECKOs“ im „Executive Report“, welcher auf die Politik Einfluss nehmen soll.

In diesem Essay hat die rege mediale Berichterstattung keinen Platz gefunden, weil keine medienanalytische Ausrichtung gewählt wurde. Auch eine genauere Verortung von Expert*innengremien innerhalb der ‚communities of practice‘ war aufgrund des begrenzten, Platzes nicht möglich. Des Weiteren war es nicht möglich, interne Dynamiken, informelle Auseinandersetzungen oder politische Interventionen zu beachten, da ein Zugang zu diesen unbewältigbar erscheint. Eine Ergänzung zu dieser Arbeit wäre eine Untersuchung mit Fokus auf die informellen Dimensionen, welche das Verhältnis von Politik und Wissenschaft in Expert*innengremien behandeln. Schließlich ist noch anzumerken, dass eine ausführliche Darstellung der „Executive Reports“ im Detail ebenfalls aus mangelnden Ressourcen weggelassen wurde.

Wir leben in einer Zeit, welche stets nach mehr Wissen, Innovation und Technologie strebt. Eine solche Entwicklung verändert folglich auch das Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft. Auch die Anforderungen an beide Seiten werden stets größer und komplexer. In diesem Kontext ist es wichtig zu fragen, wie sich Machtverhältnisse gestalten. Dieses Essay soll einen Beitrag dazu leisten, zu zeigen, welche Ausprägungen die Machtverhältnisse am Beispiel von „GECKO“ und der SARS-CoV-2 Pandemie angenommen haben.

Michael Maier studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Literatur

Amin, Ash/Roberts, Joanne (2008): Knowing in action: Beyond communities of practice. In: Research Policy, Vol. 37, No. 2, S. 353-369, Online: <https://www.sciencedirect.com/uaccess.univie.ac.at/science/article/pii/S0048733307002375?via%3Dihub> [Zugriff: 20.06.2023].

Baumgartner, Renate (2021): Künstliche Intelligenz in der Medizin: Diskriminierung oder Fairness? In: Bauer, Gero/Kechaja, Maria/Engelmann, Sebastian/Haug, Lean: Diskriminierung und Antidiskriminierung. Beiträge aus Wissenschaft und Praxis. Bielefeld, Transcript Verlag, S. 149-164, Online: <https://www-degruyter-com.uaccess.univie.ac.at/document/doi/10.1515/9783839450819-009/html> [Zugriff: 20.06.2023].

Bechmann, Gotthard/Stehr, Nico (2000): Risikokommunikation und die Risiken der Kommunikation wissenschaftlichen Wissens: Zum gesellschaftlichen Umgang mit Nichtwissen. In: GAIA, Vol. 9, No. 2, S. 113-121, Online: https://www.academia.edu/2082151/Bechmann_Gotthard_und_Nico_Stehr_Risikokommunikation_und_die_Risiken_der_Kommunikation_wissenschaftlichen_Wissens_Zum_gesellschaftlichen_Umgang_mit_Nichtwissen_Gaia_2000 [Zugriff: 10.04.2023].

Benton, Ted. (1981): ‚Objective‘ interests and the sociology of power. In: Sociology, Vol. 15, No. 2, S. 161-184, Online: <https://www-jstor-org.uaccess.univie.ac.at/stable/42852291> [Zugriff: 1.12.2023].

Böcher, Michael/Krott, Max (2022): Wissenschaftliche Politikberatung in der Corona-Krise. In: Lange, Hans-Jürgen: Politik zwischen Macht und Ohnmacht. Zum politischen Umgang mit der Corona-Pandemie in Deutschland. Münster, Springer Verlag, S. 305-338, Online: https://link-springer-com.uaccess.univie.ac.at/chapter/10.1007/978-3-658-35393-3_11 [Zugriff: 20.06.2023].

Bogner, Alexander (2022): What Expertise Does Politics Need in Times of Crisis? Notes on the Current Situation in Austria. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, Vol. 51, No. 1, S. 1-6, Online: <https://webapp.uibk.ac.at/ojs/index.php/OEZP/article/view/4015/2970> [Zugriff: 20.06.2023].

Bundeskanzleramt Österreich (2021): Geschäftsordnung – Kommission zur gesamtstaatlichen COVID-Krisenkoordination (GECKO) gemäß § 8 Bundesministeriengesetz. Online: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:6e6a8121-d5cd-4d0b-bce97f7abf22b952/geschaeftsordnung_gecko.pdf [Zugriff: 31.03.2023].

Bundeskanzleramt Österreich (2022a): Executive Report der GECKO-Sitzung vom 14. Jänner 2022. Online: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:9646a68f-711f-48f5-9e4d-f055f59f8655/GECKO%20EXECUTIVE%20REPORT%2014012022.pdf> [Zugriff: 11.04.2023].

Bundeskanzleramt Österreich (2022b): Executive Report der GECKO-Sitzung vom 4. März 2022. Online: https://www.bundeskanzleramt.gv.at/dam/jcr:1b1b103a-b5a6-4112-827b-87d989d04db7/ger_2022_03_04_final.pdf [Zugriff: 11.04.2023].

Bundeskanzleramt Österreich (2023a): GECKO – Gesamtstaatliche COVID-Krisenkoordination. Online: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/gecko.html> [Zugriff: 31.03.2023].

Bundeskanzleramt Österreich (2023b): GECKO Lab – Erklärvideos mit Martin Moder. Online: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/gecko/lab.html> [Zugriff: 31.03.2023].

Bundeskanzleramt Österreich (2023c): Mitglieder der GECKO-Kommission. Online: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/gecko/mitglieder-der-gecko-kommission.html> [Zugriff: 31.03.2023].

Bundeskanzleramt Österreich (2023d): Publikationen der GECKO-Kommission. Online: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/gecko/publikationen-gecko.html> [Zugriff: 11.04.2023].

Daston, Lorraine/Galison, Peter (2007): Objectivity. New York, Zone Books.

Der Standard (2022): Corona-Gremium Gecko schließt Einschränkungen und „massive Beeinträchtigungen“ nicht aus. In: Der Standard Online, 22. Dezember 2022, Online: <https://www.derstandard.at/story/2000142038127/corona-gremium-gecko-schliesst-einschraenkungen-und-massive-beeintraechtungen-nicht-aus> [Zugriff: 31.03.2023].

Die Presse (2021): „Müssen Zeit gewinnen“: Gecko warnt vor großen Partys. In: Die Presse Online, 21. Dezember 2021, Online: <https://www.diepresse.com/6079650/muessen-zeit-gewinnen-gecko-warnt-vor-grossen-party> [Zugriff: 31.03.2023].

Grundmann, Reiner (2016): The Problem of Knowledge in Knowledge Societies. In: Minerva, Vol. 55, No. 1, S. 25-48, Online: <https://link.springer.com/article/10.1007/s11024-016-9308-7> [Zugriff: 20.06.2023].

Hay, Colin (2002): Political Analysis. London, Red Globe Press.

Nowotny, Helga (2003): Dilemma of expertise – Democratising expertise and socially robust knowledge. In: Science and Public Policy, Vol. 30, No. 3, S. 161-165, Online: <https://academic-oup-com.uaccess.univie.ac.at/spp/article/30/3/151/1628314?login=true> [Zugriff: 20.06.2023].

ORF.at (2023): GECKO wird vorzeitig aufgelöst. In: ORF.at, 20. März 2023, Online: <https://orf.at/stories/3309601/> [Zugriff: 31.03.2023].

Siefken, Sven T. (2003): Expertengremien der Bundesregierung – Fakten, Fiktionen, Forschungsbedarf. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Vol. 34, No. 3, S. 483-504, Online: <https://www-jstor-org.uaccess.univie.ac.at/stable/24235009?seq=7> [Zugriff: 1.12.2023].

Wagschal, Uwe (2019): Politikberatung und demokratische Legitimität. In: Falk, Svenja et. al.: Handbuch Politikberatung. Heidelberg, Springer Verlag, S. 51-66, Online: <https://link-springer-com.uaccess.univie.ac.at/referencework/10.1007/978-3-658-07461-6> [Zugriff: 20.06.2023].

Weingart, Peter (2019): Wissensgesellschaft und wissenschaftliche Politikberatung. In: Falk, Svenja et. al.: Handbuch Politikberatung. Heidelberg, Springer Verlag, S. 67-78, Online: <https://link-springer-com.uaccess.univie.ac.at/referencework/10.1007/978-3-658-07461-6> [Zugriff: 20.06.2023].

Abbildung 1: Bundeskanzleramt Österreich (2021): GECKO – Gesamtstaatliche COVID-Krisenkoordination. Online: <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/gecko.html> [Zugriff: 01.04.2023].

Die tiefe Verankerung von Homöopathie und Anthroposophie in den Alpen

Alexander Bauer

Anthroposophie

Zum Frühstück gibt es ein Müsli von Alnatura oder Demeter, Zähne geputzt wird mit einer Zahnpasta von Weleda, tagsüber kauft man Lebensmittel im Biomarkt Denn's und Pflegeprodukte bei DM. Am Abend benutzt man für die Skincare-Routine Produkte von Dr. Hauschka. So oder so ähnlich kann ein typischer Tag im Leben von Österreicher*innen aussehen. Doch was ist an diesen Marken so besonders? Alle diese Marken haben eines gemeinsam: Sie stammen von Anthroposoph*innen oder berufen sich auf die Anthroposophie, wie auch Oliver Rautenberg festhält (Kuhrt, 2023). Rautenberg hat es sich zur Aufgabe gemacht, über die Anthroposophie aufzuklären. Man kennt ihn beispielsweise von seinem „Anthroposophie.blog“ oder seinem Podcast „Waldorfsalat“, die ich an dieser Stelle empfehle.

Viele wissen nicht, dass in diesen und noch etlichen weiteren Marken Anthroposophie steckt. Oftmals ist den Konsument*innen nicht einmal bekannt, was Anthroposophie überhaupt ist (GESIS, 2013), obwohl sie diese Produkte selbst schon benutzt haben.

Was ist die Anthroposophie?

Anthroposophie bedeutet wörtlich übersetzt die Weisheit des Menschen und wurde von Rudolf Steiner (1861–1925) begründet. Nach der Lehre von Steiner versteht sie sich als eine Geisteswissenschaft, welche eine übersinnliche Erweiterung zur Naturwissenschaft darstellt. Diese verbindet menschliche und geistige Entwicklung mit weltlichen Prozessen. Dabei versucht man, durch reines Denken, unabhängig von sinnlichen oder weltlichen Erfahrungen, zu Erkenntnissen zu gelangen. Das

Menschenbild in der Anthroposophie umfasst ein komplexes Leib-Seele-Geist-Verhältnis. Ein Mensch durchlebt einen Rhythmus, bei dem alle sieben Jahre verschiedene Entwicklungsstufen erreicht werden. An diesen Siebenjahresstufen orientiert sich auch das Curriculum der Waldorfpädagogik (Ziegler & Adam 2016, 11ff.). Auch die biodynamische Landwirtschaft, die bei Demeter zum Einsatz kommt, beruft sich auf die Anthroposophie (Demeter 2023)¹.

Besonders im Alpenraum ist die Anthroposophie stark vertreten, wobei Achermann et al. aufzeigen, dass in Österreich die Waldorfpädagogik und biodynamische Landwirtschaft eher eine untergeordnete Rolle spielen im Vergleich zu den deutschen und schweizerischen Alpen. In Österreich dominieren andere esoterische Strömungen (Achermann et al., 2021). Über die Anzahl an Anhängern der Anthroposophie gibt es kaum seriöse Quellen. Hier bedarf es mehr öffentlicher Information.

Beliebtheit von Homöopathie in Österreich

Weit verbreitet und bekannter als die Anthroposophie ist hingegen die Homöopathie. Es gibt wenige seriöse Umfragen zur tatsächlichen Nutzung von Homöopathie. Eine der wenigen Umfragen in Österreich wurde von der Dr. Peithner KG (Unternehmensgruppe Schwabe), einer Firma, die homöopathische Präparate herstellt, in Auftrag gegeben. Diese kam zum Ergebnis, dass 2017 fast zwei

¹ Wer sich für die biodynamische Landwirtschaft interessiert, dem empfehle ich die ZDF-Neo Sendung „MAITHINK X – Die Show“ vom 21.11.2021.

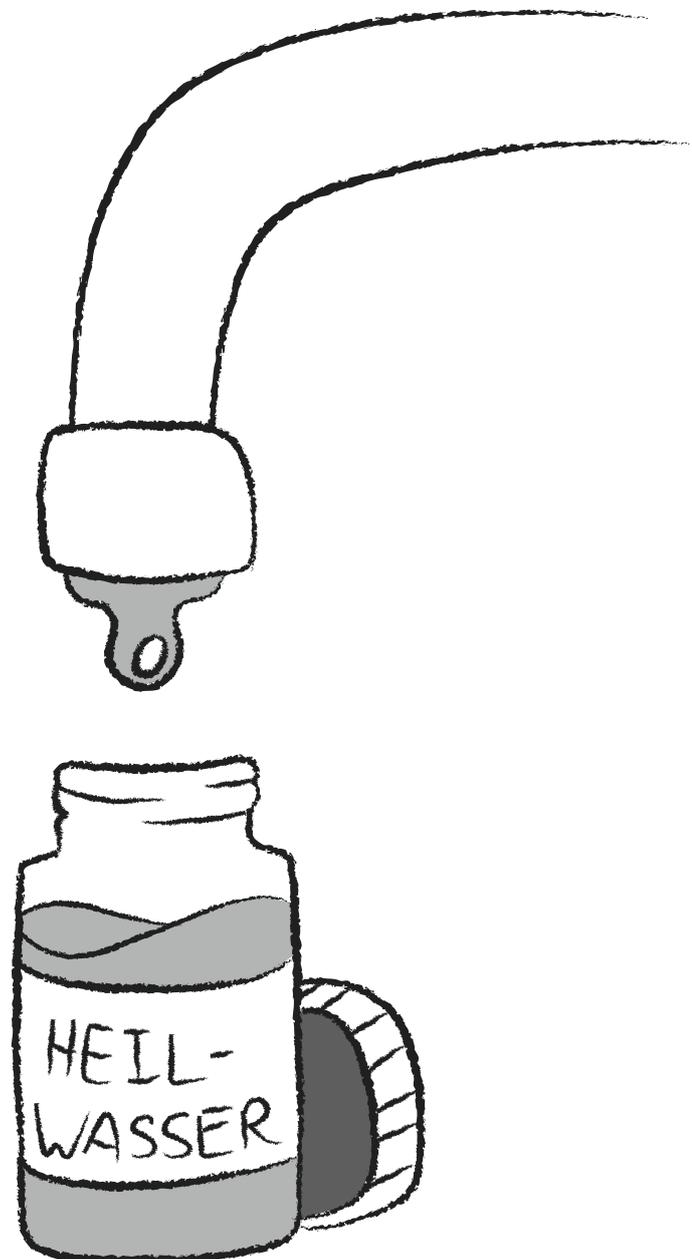
Drittel aller Österreicher*innen zumindest einmal ein homöopathisches Mittel benutzt haben (GfK, 2018). Laut Ärztesgesellschaft für klassische Homöopathie haben ca. 1.000 Ärzt*innen eine homöopathische Zusatzausbildung (ÄKH, 2020), die man sich bei der Ärztekammer bescheinigen lassen kann (Redaktion Gesundheitsportal, 2020). Auch diese Daten stammen aus wenig seriösen homöopathischen Quellen. Im internationalen Bereich gibt es Studien zur Verwendung von Homöopathie, aber nur sehr wenige. In einer Übersichtsarbeit zur Nutzung von Homöopathie wurden die Länder USA, Vereinigtes Königreich, Australien, Israel, Kanada, Schweiz, Norwegen, Deutschland, Südkorea, Japan und Singapur verglichen. In all diesen Ländern nimmt ein kleiner, aber signifikanter Prozentteil der Bevölkerung jährlich Homöopathika. Den höchsten Wert gab es in der Schweiz, in der homöopathische Mittel sogar von der Krankenkasse gezahlt werden. Deutschland war im Mittelfeld vertreten (Relton et al. 2017, S.iff.). Dazu muss gesagt werden, dass in dieser Studie nur Industriestaaten verglichen wurden, was den globalen Vergleich einschränkt.

Wir wissen also, dass bei Kopfschmerzen, Halsschmerzen und dergleichen viele Menschen zu Globuli greifen. Diese heilen angeblich sanfter als Produkte der „Pharmaindustrie“. Für jede Krankheit gibt es die kleinen Zuckerkügelchen. Produkte wie „Schüssler-Salze“, „Similasan“ und „Meditonsin“ findet man in der Apotheke. Auch wenn hier viele nicht wissen, wie diese angebliche „Medizin“ wirken soll, für viele zählt nur, dass sie wirkt. Nach dem Motto: „Wer heilt, hat Recht“.

Warum dieser Satz ein logischer Irrtum ist, erklärt Natalie Grams. Sie argumentiert, dass eine Linderung der Symptome nicht an der angewandten Therapie liegen muss. Der Satz müsste lauten: „Wer nachweisen kann, dass er ursächlich geheilt hat, hat recht“ (Grams, 2020).

Homöopathie als scheinbare Alternative zur Pharmaindustrie

In der Homöopathie gibt es zudem Misstrauen gegenüber der Pharmaindustrie. Deswegen solle man zu Alternativen greifen, die nicht von einer großen Industrie erzeugt werden. Der Umsatz von homöopathischen Mitteln ist im Vergleich zum gesamten Pharmamarkt tatsächlich sehr klein. In Deutschland wurden 2022 ca. 56 Milliarden Euro im gesamten Pharmamarkt umgesetzt (IQVIA, 2023). Homöopathika machten mit einer halben Milliarde Euro davon nur einen Bruchteil aus (BAH, 2023).



Trotzdem ist das ein riesiger Markt für ein Produkt, das bislang keiner wissenschaftlichen Prüfung standgehalten hat (Lübbers 2021: 679ff.). Es wurde noch nie eine Wirkung über den Placebo-Effekt hinaus entdeckt. Seit der Erfindung der Homöopathie durch Samuel Hahnemann um das Jahr 1790 wurde also nie ein Beweis für deren Wirkung gefunden (Langer, 2020). Eine Meta-Studie, die in der medizinischen Fachzeitschrift Lancet erschienen ist, konnte zeigen, dass Homöopathie nicht besser wirkt als ein reines Placebo (Shang et al. 2005: 728ff.). Eine andere Meta-Studie kam ebenfalls zum Ergebnis, dass es keine Evidenz für die Wirkung von Homöopathie gibt (Matie et al. 2017: 1ff.). Immer wieder versuchen aber Menschen die Wirkung von Homöopathie zu belegen. Doch bei den meisten Studien dazu gibt es große Probleme, die keinen evidenzbasierten Nachweis zulassen. Die Validität der Literatur zu Homöopathie ist in Frage zu stellen und der wahre Effekt von Homöopathie wird meist überschätzt (Gartlehner et al. 2022: 1f.).

Angebliche Wirkweise von Homöopathie

Doch wie sollen homöopathische Mittel wirken? Nach dem Gründer Samuel Hahnemann (1755-1843) gilt in der Homöopathie das sogenannte „Ähnlichkeitsprinzip“. Das heißt, der Stoff, welcher bei einem gesunden Menschen eine bestimmte Krankheit auslöst, soll einen kranken Menschen gesund machen. Wenn beispielsweise ein Stoff bei einer gesunden Person Übelkeit auslöst, soll dieser bei einem Menschen, der unter Übelkeit leidet, heilen (Matie et al 2017: 2; Tenberg & Holderer, 2021).

Bei jedem homöopathischen Produkt gibt es eine Zahl, die angibt, wie potent das Mittel ist. Je öfter ein Stoff verdünnt wird, desto potenter sei er. Die Potenz gibt also an, wie stark das Produkt verdünnt wurde und damit auch wie stark es ist. Bezeichnungen wie D6, D10 und C30 beschreiben die Potenz und sind auf den Verpackungen von homöopathischen Mitteln zu finden. Das D steht hier für Dezimale (Mischverhältnis von 1:10), das C für Centisimale (Mischverhältnis 1:100). Die Zahl dahinter gibt an, wie oft das homöopathische Mittel im vorangestellten Verhältnis gemischt wurde. Das heißt eine C30 Potenz wurde 30 mal im Verhältnis

1:100 gemischt. Auch wichtig für die Homöopath*innen ist, dass zwischen jedem Verdünnungsschritt das Produkt „verschüttelt“ wird. Das bedeutet, je größer das Mischverhältnis, desto besser die Wirkung. Also eine D10 wirkt besser als D6, C30 besser als C10 und D10 (Europäischer Naturheilbund e.V., 2018).

Wie viel Wirkstoff ist in einem homöopathischen Mittel? Ein Gedankenexperiment

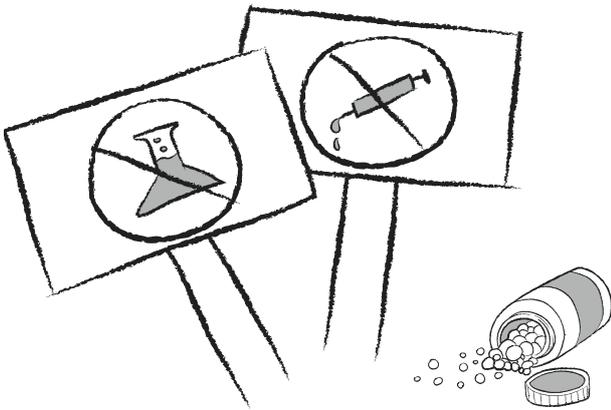
Es reicht ein kleines Gedankenexperiment, um besser zu verstehen, warum es noch nie zu einem Nachweis der Wirkung von Homöopathika kam. Wie oben erwähnt sollen höhere Potenzen auch besser wirken. In dem Video von Mai-Thi auf dem Kanal Terra X Lesch und Co. mischt sie eine Arsenpotenz. Bei einer D25 Potenz wäre auf einen Liter nur mehr ein einziges Atom nachzuweisen. Bei einer D30 Potenz wäre die Wahrscheinlichkeit, ein einziges Arsenatom zu finden, um Längen geringer als im Lotto zu gewinnen. Nehmen wir also mal an, wir nehmen eine C30 Potenz, wie sie in der Homöopathie zur Selbstbehandlung oft zum Einsatz kommt: Hier liegt die Wahrscheinlichkeit, ein einziges Atom zu finden, bei null, da das Mischverhältnis hier 1:100³⁰, also 1:10⁶⁰ ist.

Aber es gibt auch Potenzen, die C50 übersteigen. Bei einer C50 Potenz wäre der Wirkstoff im Verhältnis 1:10⁵⁰ gemischt. Wenn man sich anschaut, dass es nur bis zu 10⁸⁹ Atome im Universum gibt, ist rein rechnerisch gar kein Atom enthalten.

In der Homöopathie gilt C200 als eine Standardpotenz (Europäischer Naturheilbund e.V., 2018). Diese Potenz ist um ein Vielfaches höher als C50, das heißt auch hier ist kein Wirkstoff enthalten. Homöopath*innen argumentieren, dass das Wasser die Information speichern kann, aber auch hierfür gibt es keinerlei Beleg (Tenberg & Holderer, 2021).

Wissenschaftsfeindlichkeit in Österreich

Der Begründer der Homöopathie, Samuel Hahnemann, lebte in Deutschland (Tenberg & Holderer, 2021) und der Gründer der Anthroposophie, Rudolf Steiner, lebte sowohl in Österreich, Deutschland als auch in der Schweiz (Daum et al., 2021). Auch im Bildungsbereich ist die Homöopathie und Anthroposophie in Österreich zu finden. An der Fachhochschule Campus Wien sollte ein Lehrgang in „Ganzheitlicher Therapie“ gestartet werden, der von der Ärztekammer gefördert wird. Im ersten Semester sollte Anthroposophie gelehrt werden, im zweiten Semester Homöopathie (Anders, 2021). Die Initiative für wissenschaftliche Medizin kritisiert, dass Anthroposophie keine wissenschaftliche Grundlage hat (Much & Weißhäupl, 2015). Für Homöopathie gibt es ebenso keine wissenschaftliche Evidenz, wie oben erwähnt (Lübbers, 2021; Shang et al. 2005: 728ff.; Matie et al. 2017: 1ff.; Gartlehner et al. 2022: 1f.).



Neben der Homöopathie und Anthroposophie gibt es unzählige andere Beispiele für Pseudowissenschaften und Esoterik im deutschsprachigen Raum, wie beispielsweise den Tiroler Johann Grander, der durch die Wasserbelebung bekannt wurde („Grander-Wasser“), (Grander GmbH, 2018). Auch sehr bekannt ist die österreichische Astrologin Gerda Rogers, welche jeden Sonntag im öffentlich-rechtlichen Rundfunk Ö3 Fragen von Zuhörer*innen beantwortet, indem sie in die Sterne schaut (Kapeller, 2021). Diese Liste lässt sich noch endlos fortführen und zeigt, dass der Alpenraum ein Sammelbecken für unwissenschaftliche und esoterische Strömungen ist.

Österreich bei Wissenschaftsskepsis weit oben

Das Eurobarometer aus dem Jahr 2021 zeigt, dass Wissenschaftsskepsis besonders in Österreich grassiert. In der Befragung wird deutlich, dass die Bereitschaft, sich mit wissenschaftlichen Errungenschaften auseinanderzusetzen, in Österreich sehr niedrig ist. Österreich ist EU-weit an vorletzter Stelle (European Commission, 2021:33ff.). 20 Prozent der Befragten gaben an, dass sie einen vermeintlichen positiven Einfluss der Wissenschaft kritisch sehen. Damit ist man Drittlletzter in der gesamten EU (ebd.: 91). Drittplatzierter im Vergleich zu anderen EU-Staaten sind wir bei der Zustimmung zur Aussage, dass es nicht wichtig ist, im alltäglichen Leben über Wissenschaft Bescheid zu wissen (ebd.: 35). Das und viele weitere Beispiele bestätigen, dass Österreich im EU-Schnitt sehr wissenschaftsskeptisch bzw. sogar wissenschaftsfeindlich ist (ebd.:1ff).

Grund für die starke esoterische Ausprägung in den Alpen

Aber warum ist genau der Alpenraum so stark esoterisch geprägt? Wie oben beschrieben wissen wir nur, dass der Alpenraum sehr anfällig für Anthroposophie, Homöopathie und dergleichen ist. Über die Gründe dafür gibt es leider kaum Studien. In der Wochenzeitung ZEIT hat man sich aber 2021 mit dieser Frage beschäftigt.

Michael Blume ist Religionswissenschaftler, der eine Studie über Tendenzen zu Verschwörungstheorien während der Covid-Krise durchgeführt hat. Im Interview mit der ZEIT erklärt er, dass Österreich, die deutschsprachige Schweiz und der Süden von Deutschland ein „esoterischer Hotspot“ sind. Der Grund dafür ist, dass Esoterik ein Phänomen des Wohlstands ist. In diesem Raum gibt es eine wohlhabende Bevölkerung. Heidi Eisenhut, eine Historikerin und Bibliotheksleiterin, argumentiert, dass es zwei Gründe für die hohe esoterische Dichte im Alpenraum gibt: die Topografie und die Mentalität.

Mit Topografie meint sie, dass die Zersiedelung dazu führte, dass sich jede*r selbst versorgen musste und daraus entstand ein Selbstbestimmungswille. Die spezielle Topografie führte also zu einer „ich lasse mir von oben nix sagen“-Mentalität, sagt Eisenhut (Achermann et al., 2021). Diese Erklärung ist meines Erachtens nach schlüssig, v.a. für den Schweizer Alpenraum, aber ich wage es zu bezweifeln, dass das für Österreich gilt. Im Podcast *Servus. Grüezi. Hallo.* der ZEIT argumentiert ZEIT-Redakteur Florian Gasser, dass in Österreich eine starke Autoritätshörigkeit herrscht bzw. geherrscht hat, vor allem durch den katholischen Einfluss. Diese hat historisch betrachtet eine stärkere Verbreitung der Anthroposophie verhindert (Daum et al., 2021).

Zusammenfassung und persönliche Meinung

Zusammenfassend lässt sich argumentieren, dass der Alpenraum vergleichsweise wohlhabend ist. Das dient meiner Meinung nach als stärkste Erklärung dafür, warum sich in den Alpen eine große Anhänger*innenschaft für Anthroposophie, Homöopathie und andere esoterische Strömungen finden lässt. Aber hier bräuchte es mehr Informationen und Transparenz. In Österreich ist nicht bekannt, wie viele Menschen an Anthroposophie oder Homöopathie glauben. Auch gibt es wenige Informationen von der Ärztekammer, wie viele Ärzt*innen ein Homöopathie-Diplom haben. Auch die Erklärung von Historikerin Eisenhut finde ich sehr schlüssig, auch wenn ihre Annahmen für Österreich vielleicht nur eingeschränkt gilt.

Dass Homöopathie, Anthroposophie und andere Formen der Esoterik so weit verbreitet sind, finde ich auf zwei Ebenen sehr bedenklich: Auf der individuellen und gesellschaftlichen Ebene.

Gesellschaftlich deswegen, weil durch die Verbreitung von Unwissenschaftlichkeit die Demokratie gefährdet ist. Denn wenn man offensichtlich unwissenschaftliche Dinge für Fakten hält, zählt die Wahrheit immer weniger. Natürlich steht es in einer Demokratie jeder Person zu, das zu nutzen und zu glauben, was man möchte. Aber es ist sehr wohl eine

gesellschaftliche Aufgabe, für Aufklärung zu sorgen, damit jede*r Bürger*in faktenbasierte Entscheidungen treffen kann.

Auf der individuellen Ebene finde ich die Verbreitung bedenklich, weil vielen Menschen geschadet wird. Wenn jemand schwer krank ist, ist diese Person in einer vulnerablen Situation. Diese Person ist empfänglich für jede Art von potentieller Hilfe und das wird meines Erachtens von Homöopath*innen, Anthroposoph*innen und anderen Esoteriker*innen ausgenutzt. Jedem Menschen soll mit wissenschaftlich fundierten Methoden geholfen werden. Es ist eine gesellschaftlich große Aufgabe, Menschen, die mit dem Leid von Menschen Profit machen, einzuschränken. Unwissenschaftlichkeit gefährdet Menschen und das Zusammenleben.

Alexander Bauer hat den BA Politikwissenschaft absolviert und studiert Publizistik im Master an der Universität Wien.

Literatur

Achermann, Barbara; Modersohn, August und Pausackl, Christina (19.03.2021): Erleuchtete Hügel. Esoterik. Zeit.de, <https://www.zeit.de/2021/12/esoterik-corona-impfung-anthroposophie-rudolf-steiner-aberglaube/komplettansicht>, (Zugriff: 14.11.2023).

Anders, Theo (29.12.2021). Mit Homöopathie und Klostermedizin zum Master of Science. Fachhochschule. derStandard.at. <https://www.derstandard.at/story/2000132169912/mit-homoeopathie-und-klostermedizin-zum-master-of-science>, (Zugriff: 15.11.2023)

Ärztegesellschaft für klassische Homöopathie (2020): Faktencheck Homöopathie. Aekh.at. <https://www.aekh.at/medien/faktencheck-homoeopathie/#:~:text=Homöopathie%20ist%20europaweit%20die%20am,gfk%2Fwww.peithner.at>, (Zugriff: 15.11.2023).

BAH (25.06.2023). Apothekenumsatz* mit rezeptfreien homöopathischen und pflanzlichen Arzneimitteln in Deutschland in den Jahren 2020 bis 2022 (in Millionen Euro). Statista GmbH. <https://de-statista-com.uaccess.univie.ac.at/statistik/daten/studie/238427/umfrage/apothekenumsatz-mit-rezeptfreien-homoeopathischen-und-pflanzlichen-arzneimitteln/>, (Zugriff: 13.11.2023).

Daum, Matthias; Gasser, Florian; Jacobsen, Lenz (17.03.2021): Der Irrsinn in den Alpen. Podcast „Servus. Grüezi. Hallo.“ der Zeit. <https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-03/esoterik-corona-krise-netzwerk-buergerraete-politikpodcast>, (Zugriff: 15.11.2023).

Demeter (2023): „Demeter – Pioniere der Bio-Branche“. Über Uns. Demeter.de. <https://www.demeter.de/organisation> (Zugriff: 13.12.2023). Europäischer Naturheilbund e.V. (o.J.a): Globuli «C30». Globuli.de. <https://www.globuli.de/wissen/weitere-informationen/potenzen/c30-potenzen/>, (Zugriff: 13.11.2023).

Europäischer Naturheilmittelverband e.V. (2018): Globuli «C200». Globuli.de. <https://www.globuli.de/wissen/weitere-informationen/potenzen/c200-potenzen/>, (Zugriff: 13.11.2023).

European Commission, Directorate-General for Communication (2021): Special Eurobarometer 516: European citizens' knowledge and attitudes towards science and technology, http://data.europa.eu/88u/dataset/S2237_95_2_516_ENG, (Zugriff: 14.11.2023).

Gartlehner, Gerald; Emprechtinger, Robert; Hackl, Marlene; Jutz, Franziska L; Gartlehner, Jacob E; Nonninger, Julian N; Klerings, Irma und Dobrescu, Andreea Iulia (2022): "Assessing the Magnitude of Reporting Bias in Trials of Homeopathy: a Cross-Sectional Study and Meta-Analysis." *BMJ Evidence-Based Medicine* 27, no. 6, S.345–51, <https://doi.org/10.1136/bmjebm-2021-111846>.

GESIS (13.03.2013): Haben Sie schon Erfahrungen mit Anthroposophie oder Theosophie gemacht oder davon gehört? Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften ALLBUS 2012. Statista. <https://de-statista-com.uaccess.univie.ac.at/statistik/daten/studie/274813/umfrage/erfahrungen-mit-anthroposophie-theosophie/>, (Zugriff: 23.11.2023).

GfK (03.2018): Homöopathie und pflanzliche Arzneimittel, Umfrage im Auftrag der Dr. Peithner KG. In: Hennrich.PR (27.09.2018): Homöopathie beliebt wie nie! OTS-Aussendung. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20180927_OTS0070/homoeopathie-beliebt-wie-nie, (Zugriff: 15.11.2023).

Grams, Natalie (08.09.2020): Wer heilt, hat nicht zwingend recht. Grams' Sprechstunde. Spektrum. <https://www.spektrum.de/kolumne/wer-heilt-hat-nicht-zwingend-recht/1766359>, (Zugriff: 13.11.2023).

Grander GmbH (2018): Über Johann Grander. Grander.de, <https://www.grander.com/international/grander-wasser/ueber-grander/johann-grander>, (Zugriff: 14.11.2023).

IQVIA (30.08.2023): Umsatz auf dem deutschen Pharma-Gesamtmarkt* von 2006 bis Q2 2023 (in Milliarden Euro). Statista. Statista GmbH. <https://de-statista-com.uaccess.univie.ac.at/statistik/daten/studie/158096/umfrage/pharmagesamtmarkt-umsatzentwicklung-seit-2006/>, (Zugriff: 13.11.2023)

Kapeller, Lukas (23.03.2021): Sie behauptet, unsere Zukunft stehe in den Sternen. Gerda Rogers. Zeit.de. <https://www.zeit.de/2021/12/gerda-rogers-astrologin-zukunft-sterne-glaube>, (Zugriff: 14.11.2023).

Kuhr, Nicola (28.08.2023): „Die Anthroposophie ist ein Verschwörungsmythos“. Interview mit Oliver Rautenberg. MedWatch, <https://medwatch.de/alternativmedizin/interview-anthroposophie-ist-mythos/#:~:text=Marken%20wie%20Alnatura%20kommen%20aus,Helixor%2C%20das%20ist%20alles%20anthroposophisch>, (Zugriff: 13.11.2023).

Langer, Fred (2020): Samuel Hahnemann: Ein Rebell entwirft die Homöopathie. *Alternativmedizin*. Geo.de, <https://www.geo.de/wissen/gesundheits/22945-rtkl-alternative-medizin-samuel-hahnemann-ein-rebell-entwirft-die>, (Zugriff: 13.11.2023).

Lübbens, Christian W., Endruscheit, Udo (2021): Homöopathie – eine Therapieoption für die Praxis?. *HNO* 69, 679–690. <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/s00106-021-01061-w>.

Mathie, Robert T.; Ramparsad, Nitish; Legg, Lynn A.; Clausen, Jürgen; Moss, Sian; Davidson, Jonathan R. T.; Messow, Claudia-Martina; McConnachie, Alex (2017): Randomised, double-blind, placebo-controlled trials of

non-individualised homeopathic treatment: systematic review and meta-analysis. *Syst Rev* 6, 63, <https://doi.org/10.1186/s13643-017-0445-3>.

Much, Theodor; Weisshäupl, Viktor (2015): Initiative für Wissenschaftliche Medizin. Initiative für Wissenschaftliche Medizin. https://www.initiative-wissenschaftliche-medicin.at/index.php?id=4&no_cache=1, (Zugriff: 15.11.2023).

Nguyen-Kim, Mai Thi (01.11.2017): Homöopathie im Eigenbau – was kommt raus? | Mai Thi Nguyen-Kim. Terra X Lesch & Co. Youtube. <https://www.youtube.com/watch?v=vGLNQenxAIU>, (Zugriff: 13.11.2023).

Redaktion Gesundheitsportal (09.06.2020): Homöopathie. *Gesundheit.gv.at*. <https://www.gesundheit.gv.at/gesundheitsleistungen/komplementaer-medicin/homoeopathie.html>, (Zugriff: 15.11.2023).

Relton, Clare; Cooper, Katy; Viksveen, Petter; Fibert, Philippa; Thomas, Kate (2017): Prevalence of homeopathy use by the general population worldwide: a systematic review. In: *Homeopathy: the journal of the Faculty of Homeopathy*, 106(2), S.69–78. <https://doi.org/10.1016/j.homp.2017.03.002>

Shang, Aijing; Huwiler-Müntener, Karin; Nartey, Linda; Jüni, Peter; Dörig, Stephan; Sterne, Jonathan A C; Pewsner, Daniel; Egger, Matthias (2005): Are the clinical effects of homeopathy placebo effects? Comparative study of placebo-controlled trials of homeopathy and allopathy. *The Lancet*. 366, 9487, S.726–732, [https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1016/S0140-6736\(05\)67177-2](https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1016/S0140-6736(05)67177-2).

Tenberg, Lucas; Holderer, Ildiko (30.12.2021): Darum ist Homöopathie wissenschaftlich nicht nachvollziehbar. *Alternative Medizin*. Quarks.de. <https://www.quarks.de/gesundheitsmedizin/homoeopathie-wissenschaftlich-nicht-nachvollziehbar/>, (Zugriff: 15.11.2023).

Ziegler, Rhenatus; Adam, Reinhardt (2016): *Anthroposophie*. In: B. Reiter (Hg.): *Übersinnliches*. Dr. B. Reiters Lexikon des philosophischen Alltags. Stuttgart: J. B. Metzler Verlag GmbH, S.11–15. <https://doi-org.uaccess.univie.ac.at/10.1007/978-3-476-05621-4>

Wissen zu verkaufen, streng limitiert

Konstantin Philipp

Nam et ipsa scientia potestas est

-Francis Bacon, Meditationes sacrae

„Du willst ganz nach oben? Du willst im Studium was reißen? Du weißt, dass du besser bist, brauchst aber die richtige Strategie? Dann bist du hier genau richtig!“. Diese Statements und Ähnliche sind die neueste Dimension der Kommodifizierung – jene der akademischen Bildung. Seit Kurzem ist der Prozess, Wissen käuflich zu machen, ganz besonders präsent auf Social Media. Eine Marktlücke hat sich aufgetan, in der orientierungslose Studierende nach einer Richtung, einem Vorbild suchen: alles im Namen der Selbstoptimierung. Was für Studierende der Universität Wien nach einem einfachen Mentor/Buddy-Programm klingt, hat einen modernen Namen bekommen: Student Consulting. Wenig überraschend sind Studierende der Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften die Zielgruppe. Accounts wie *david.doebele* oder *arrowup.de* vermarkten ihre Online-Kurse oder „1 on 1 Coachings“ über ihre Social-Media Plattformen wie Instagram oder TikTok. Deren Ziel ist es, Bildung und gute Jobs exklusiv für ihre Kundschaft erreichbar zu machen und den Hochschulbetrieb weiter zu kommodifizieren. Die Auswirkungen auf die Studierenden zeichnen sich langsam ab. Die junge Generation wird an der Wirtschaftsfakultät vorselektiert – das Studium wird wieder zur Klassenfrage.

Erfolgreich sein um jeden Preis – bessere Chancen als Frage der Klasse

Dass Algorithmen besser wissen, wer wir sind als wir selbst, ist spätestens seit Shoshana Zuboff's *„The Age of Surveillance Capitalism“* (vgl. Zuboff 2019) bekannt. Besonders sind hierbei die Vorschlag-Algorithmen von Instagram und TikTok hervorzuheben. Diese Plattformen machen sich

die riesige Menge an Daten, die wir ihnen mehr oder weniger freiwillig geben, zunutze, um uns länger an den Screen zu fesseln, Werbung zu zeigen und uns zum Konsum zu verleiten. Das funktioniert so gut, weil die Algorithmen „wissen“, was wir sehen wollen. Diese unterliegende Infrastruktur machen sich *ArrowUp*, *David Doebele* und andere Consultants zunutze. Durch kluges Einsetzen von Hashtags und dem Verlass darauf, dass sie als relevant für (Wirtschafts-)Studierende kategorisiert werden, kommen sie immer wieder auf die *Explore Page* und die Instagram-Timeline sowie auf die TikTok-For You-Page ihrer Zielgruppen. Die Zielgruppe innerhalb der größeren Gruppe der Wirtschaftsstudierenden ist jedoch eigentlich kleiner – es sollen jene angesprochen werden, die Existenzängste haben und sich nicht gut genug fühlen (vgl. Henke 2022). Existenzängste und das Gefühl, nicht gut genug zu sein, nicht dazuzugehören, ist besonders an der Universität ein Ausdruck des Klassenhintergrunds (vgl. Blaha 2023).



Von dort aus folgt der ganze Prozess einem *Sales Funnel*. Den prospektiven oder aktiv Studierenden wird gezeigt, wie viel Geld und Prestige sie nach dem Studium verdienen können, dass sie im Moment etwas falsch machen und dass der einzige Weg, all das zu erreichen, über die Consultants läuft. Diese Coachings kosten allerdings sehr viel Geld. Da das Studium seit jeher eine Klassenfrage ist (vgl. z.B. Lynch & O’riordan 2006: 446), wird das Leistungsprinzip untergraben und mit dem Versprechen, dass Bildung frei und jedem*r zugänglich ist, gebrochen.

In kaum einem Studium ist der Wettbewerb so erdrückend wie in wirtschaftsbezogenen Studiengängen. Der Stoff mag sich im Mittelfeld der Schwierigkeit befinden, das reine Volumen an Studierenden übt jedoch schon Druck aus, bevor man den ersten Tag an der Uni hinter sich gebracht hat. Im DACH-Raum studieren aktuell mehrere hunderttausend Studierende in der Fachrichtung Wirtschaft (vgl. Statistik Austria 2022; Statistisches Bundesamt 2023; Bundesamt für Statistik 2023). Man bekommt zwar mit einem Abschluss in diesem Feld so gut wie garantiert einen Job, aber die „Top-Jobs“ sind begrenzt. Um diese disproportional hochbezahlten Jobs kämpfen viele Studierende. Das sind Jobs bei den „Big 3“ Consultancies (McKinsey, BCG, Bain&Co), den „Big 4“ Wirtschaftsprüfern (E&Y, Deloitte, KPMG, PwC) oder größeren (Investment-)Banken.

Dieser extreme Wettbewerb äußert sich sogar schon, bevor das Studium beginnt. Es geht nämlich nicht nur darum, wie gut man in seinem Studium ist, sondern es ist ebenso von Bedeutung, wo man studiert. Student Consultants, besonders jene, die sich auf BWL spezialisieren, sprechen oft von „Target Universitäten“ (vgl. Henke 2022). Das sind Hochschulen wie die Goethe-Universität in Frankfurt, die Universität St. Gallen in der Schweiz und die WU Wien. Diese Unis sind „Targets“ für große Konzerne. Ihr Ruf eilt ihnen voraus, denn die Personalabteilungen wissen, dass Personen, die an diesen Unis mit Top-Noten studiert haben, zumindest halbwegs kompetent sind – die Target Universität agiert aus der Perspektive der Arbeitgebenden als Signal für hohe Produktivität (vgl. Ehrmann & Prinz 2023: 5). Target Universitäten sind nur eine Strategie, Menschen systematisch von

(guter) Bildung und Jobaussichten auszuschließen, die sich Student Consultants zunutze machen – und bei Weitem nicht die einzige.

Ausschluss und Kapital im Bildungssystem – sozioökonomische Selektion

Target Universitäten schließen potenzielle Studierende aus. Aufnahmeverfahren gehören in vielen Studiengängen zur Tagesordnung – auch an der Uni Wien. Besonders der Aufnahmetest für Medizin steht immer wieder in der Kritik, nicht zuletzt wegen dem akuten Ärzt*innenmangel. Ein BWLer*innen-Mangel oder ein Defizit an Wirtschaftsingenieur*innen ist medial kaum zu beobachten – trotz dem akuten Mangel. Laut einer Statistik der Deutschen Bundesagentur für Arbeit für die am meisten nachgefragten Berufe 2022 belegen Wirtschafts- und Ingenieurabsolvent*innen 2 von 3 Podiumsplätzen (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2022). Im gesamten DACH-Raum sieht die Situation ähnlich aus. Anstatt jedoch dieser immensen Nachfrage entgegenzutreten und als Universität einen Dienst für die Gesellschaft zu leisten, werden besonders Target Universitäten restriktiver in ihren Aufnahmepolitiken. Ebenjene restriktiven Aufnahmepolitiken und die (Selbst-) Darstellung der Student Consultants als einzige Lösung sorgen dafür, dass mehr und mehr junge Menschen die Coaching-Angebote annehmen wollen (vgl. Henke 2022).

Als Beispiel dient die Wirtschaftsuniversität Wien. Im 2018 etablierten *Business and Economics* Studium liegt die Aufnahmequote mittlerweile unter zehn Prozent (vgl. Moll 2022). Auch mit Blick auf diese Statistiken bekommen Student Consultants Geld aus ihren Kund*innen. Vorbereitungskurse für Prüfungen wie den MedAT sind mittlerweile weit verbreitet. Solche Kurse für Wirtschaftsstudien sind quasi nicht existent – mit Ausnahme der Coachings, die Student Consultants anbieten, für eine hohe Summe an Geld. Wer das Kapital hat, sich auf die Prüfung vorbereiten zu können, beziehungsweise wessen Eltern die Mittel dazu haben, hat bereits vor dem tatsächlichen Studium einen großen Vorsprung.

Doch Aufnahmetests sind nicht das einzige Ausschlusskriterium. Laut der Website der größten Student Consulting Firma PumpkinCareers gibt es im DACH-Raum nur elf Target Unis. Der gesamte deutschsprachige Raum hat 456 anerkannte Universitäten. Target Universitäten sind neben ihren exklusiven Aufnahmekriterien somit auch noch selten. Wenn man in der falschen Stadt geboren ist und die Möglichkeit auszuziehen finanziell nicht gegeben ist, dann bleibt der Traum vom sozialen Aufstieg unerfüllt. Doch auch wenn man in der richtigen Stadt geboren ist, so ist oftmals Geld das Problem. Die Uni St. Gallen verlangt für einen Bachelor in Mindeststudienzeit (6 Semester) knapp 20.000 Euro. Die Klasse, in die man hineingeboren wurde, ist auch hier definierend für den zukünftigen Erfolg.

Diese Nummer lässt Studierende an Universitäten, die weit weniger verlangen oder sogar gratis sind, fragend zurück. Doch die 20.000 Euro sind gut angelegt. Die Target Unis werden nicht nur von den Student Consultants als solche betitelt, sie sind auch oft ganz oben in den Uni-Rankings. Doch im Wirtschaftsbereich hält man sich nicht an die allseits bekannten Rankings, die eine Universität als ganze Institution untersuchen. Stattdessen schmückt man sich mit Top-Plätzen in Rangordnungen der Financial Times und Subkategorien von QS, THE und ähnlichen Ranglisten. So kann die HSG von sich behaupten, Platz 2 in der Kategorie „Management“ oder Platz 5 in der Kategorie „European Business School“ zu belegen (vgl. Financial Times 2023). Diese Top Rankings machen sich gut im Lebenslauf der Absolvent*innen und sagen eine finanziell abgesicherte Zukunft vorher. Universitäts-Rankings stehen jedoch schon länger in der Kritik, wegen ihren intransparenten Methoden oder auch ihrer Pfadabhängigkeit. Diese Kritik ging so weit, dass die Universität Utrecht, eine der besten in Europa, verweigert hat, ihre Daten mit den Ranking-Institutionen zu teilen (vgl. Universität Utrecht 2023).

Student Consultants werben damit, all das verkaufen zu können. Von der Vorbereitung für das Aufnahmeverfahren an einer Target Uni, über Lern-Coaching während des Studiums, bis hin zum Einstieg in den Highperformer-Job. Alles, was man dafür braucht, ist das notwendige (Start-)Kapital. Die Kosten für Coachings betragen zwischen 3.000 und

7.000 Euro (vgl. Henke 2022). Damit wird ein Großteil der Studierenden bereits vorab herausgefiltert. Die übrigen Studierenden sind relativ jung, ambitioniert und haben in den meisten Fällen Eltern, die das notwendige Geld vorstrecken können. Im Gegenzug gibt es Praktika durch soziales Kapital der Consultants, bessere Noten und den Abschluss an einer der Target-Universitäten – alles beste Voraussetzungen für ein hohes zukünftiges Einkommen (vgl. Financial Times 2023)¹. Monetäres Kapital der Eltern bedingt das soziale und monetäre Kapital² der Zukunft ihrer Kinder. Ungleichheiten werden dadurch verfestigt oder sogar verschlimmert (vgl. Kuhlmann 2008: 302).

Bildungsungleichheiten, Wissensungleichheiten

Bildung ist, besonders in Österreich, vererbt. Einkommen und Ausbildung der Eltern sind die Faktoren, die bestimmen, welchen Abschluss das Kind machen wird (vgl. Statistik Austria 2018: iff). Marktnischen wie das Student Consulting sind von diesen Ungleichheiten nicht zu separieren. Die Differenzen sind eine notwendige Grundfeste dieses Geschäftssystems. Wo vorher der große Unterschied zwischen Studierten und Nichtstudierten war, wird eine neue Kluft innerhalb der Studierenden geschaffen.

Durch die Öffnung der Universitäten für die breitere Bevölkerung hat sich vieles geändert. Aus wirtschaftlicher Sicht hat sich die Produktivität verbessert, die Signale für hohe Leistungsfähigkeit wurden klarer, das Humankapital der Nationalökonomie ist gestiegen (vgl. Maceira 2017: 180f). Neben ökonomischen Aspekten hat die breitere Bildung in vielen Schichten für Besserung gesorgt. Frauen, die studiert und damit Aussicht auf einen besser bezahlten Job haben, sind unabhängiger

¹ Target Universitäten wie etwa die WHU oder die Uni St. Gallen sind in der Gehaltskategorie weit oben (>150000€/Jahr), Universitäten, die keine Targets sind, sind sehr viel weiter unten zu finden oder scheinen gar nicht erst auf.

² Soziales Kapital wird hier auf eine von Putnam inspirierte Weise verwendet und steht für ein Netzwerk, das einem zukünftige Vorteile verschaffen kann. Für eine extensive Diskussion des Begriffs vgl. Putnam, Robert (1995). Bowling Alone: America's Declining Social Capital. Journal of Democracy 6 (1)

von patriarchalen Strukturen (vgl. Spark 2011: 176). Mehr Bildung sorgt für mündigere Bürger*innen und sicherere demokratische Strukturen (vgl. Edler 2013). Bei öffentlich finanzierten Institutionen hat die Öffnung für die breite Masse jedoch einen entscheidenden Nachteil. Die steigende Anzahl an Studierenden und der fehlende politische Wille, die Universitäten angemessen zu finanzieren, führt notgedrungen zu schlechteren Lehr- und Lernbedingungen und extremem Leistungsdruck für Studierende. Diese Bedingungen finden unter anderem Ausdruck in den jüngsten Protesten des Mittel- und Unterbaus der Universitäten sowie der Studierenden, deren Kernforderung mehr Geld ist.

Das Universitätssystem in Österreich stand 2023 in der Kritik. Proteste für bessere Arbeitsbedingungen und Finanzierung wurden vom Personal aus dem Unter- und Mittelbau der Universitäten organisiert. Das aktuelle System zielt nämlich nicht nur auf Lehrqualität ab, sondern auf eine Reihe an KPIs – *Key Performance Indicators*. Von der Anzahl der Zitationen, die von einer Universität im Jahr gemacht werden, bis zur Anzahl an Absolvent*innen – alles wird zu Daten verarbeitet und verglichen. Wer die hohen Ziele erfüllt, bekommt Geld und rückt in den internationalen Rankings weiter vor. Das sorgt dafür, dass Studierende möglichst schnell zum Abschluss gedrängt werden und Lehrende sowie Forschende sich mehr Sorgen um Geld machen müssen, woran die Qualität des Wissenstransfers an die nächste Generation leidet (vgl. Kairuz et al. 2016: 887ff). Studierende gleichen sich diesem System an, der Leistungsdruck steigt, besonders in Fächern mit vielen Studierenden – zum Beispiel Wirtschaftsfächern. Im aktuellen Universitätssystem wird alles quantifiziert. Und was quantifiziert werden kann, kann kommodifiziert werden.

Kommodifikation in der Universität und darüber hinaus

In der Universität gehört der Umgang mit und die Dominanz der Kommodifizierung zum Alltag. Dieses System weitet sich aber auf Bereiche außerhalb der Universität aus. Wie Rosa Luxemburg schon darlegte,

muss ein expansives System wie der Kapitalismus immer neue Märkte erschließen, um sich selbst zu erhalten (vgl. Luxemburg 1923: 310ff). Nancy Fraser erweitert diese Idee; die zentrale These ihres Buches „Der Allesfresser“ ist, dass der Kapitalismus die reproduktiven Kräfte einerseits ausbeutet und andererseits kommodifiziert, um sich selbst zu erhalten (vgl. Fraser 2023: 88). Das Student Consulting passt perfekt in diesen theoretischen Grundriss.

Dass die Kommodifizierung von Wissen in- und besonders außerhalb der Universitäten um sich greift, liegt an einer Kombination verschiedener sozialer Entwicklungen. Seit den 1980ern sind in der westlichen Welt neoliberale Interventionen, besonders in Krisenzeiten, zur Standardantwort der Politik geworden (vgl. Connell 2010: 23, Hermann 2014: III). Geld wird im Namen der Effizienz eingespart, wo es nur möglich ist. Dadurch müssen sich Universitäten oft mit nicht-staatlichen Mitteln finanzieren, was negative Effekte auf die Qualität und Objektivität der Forschung und Lehre haben kann. In der Literatur ist auch offensichtlich, dass die neoliberale Gesellschaft eine individualisierte ist (vgl. Lynch & Kalaitzake 2018: 243). Diese Individualisierung bekommen an den Universitäten vor allem Studierende zu spüren. Durch die Einsparungen, der höheren Rate an Studierenden zu Lehrenden und dem Prozess der Individualisierung geht es, wie man in den letzten Jahren gesehen hat, vielen Studierenden schlecht. Wie oben erwähnt, herrscht mittlerweile ein extremer Leistungsdruck, dem Student Consultants angeblich etwas entgegensetzen können. Doch auch das entpuppt sich oft als Problem. Auch Studierende, die diese Coachings in Anspruch nehmen, leiden oft unter psychischen Problemen, hervorgerufen durch Leistungsdruck (vgl. Henke 2022).

Das ist jedoch eher ein Symptom als ein Problem. Das eigentliche Problem ist, Wissen als Ware zu sehen, zu verkaufen. So wird die Universität, die in der Moderne eigentlich als Bastion der Offenheit, Freiheit und der Besserung durch Leistung gelten sollte, wieder zu einer Hürde für Menschen ohne die notwendigen Mittel.

Die die Universität durchdringende Kommodifizierung greift auch außerhalb um sich. Anstatt Wissen als ein öffentliches Gut im strengen Sinn zu behandeln,

liefert der Prozess der expansiven Kommodifizierung den Nährboden für mehr Exklusivität im Bildungssystem. Student Consulting ist ein Symptom der Marktlogik. Studierende werden vorab und während des Studiums in Gruppen eingeteilt. Wer die Möglichkeiten hat, kann Student Consulting in Anspruch nehmen und enorm davon profitieren. Wer ebenjene Möglichkeit nicht hat, der*dem ist trotz eines Studiums kein hohes Einkommen garantiert. Im Kontext der Absolvent*innen von wirtschaftlichen Studiengängen sind die Differenzen der zukünftigen Einkommen extrem hoch. Die um sich greifende Kommodifizierung, um in Frasers Framework zu bleiben, steht einer offenen und freien Lehre im Weg. Francis Bacon, der Mann, der die Phrase *Wissen ist Macht* prägte, sollte so interpretiert werden, dass jene Macht allen zugänglich ist. Wer die Universitäten für alle öffnet, sollte auch allen die Möglichkeit geben, ihr Potenzial auszuschöpfen – ganz ohne Consulting.

Konstantin Philipp studiert Politikwissenschaft an der Uni Wien und Economic Policy an der Utrecht University. Er schreibt unter anderem auch für das progress Magazin der ÖH.

Literatur

- Blaaha, Barbara (2023): Eine von Wenigen: Mein Aufstieg ist kein Beleg dafür, dass unser Bildungswesen funktioniert. MOMENTUM Magazin, <https://www.moment.at/schulsystem-bildung-aufstieg> (Zugriff 27.11.2023)
- Bundesagentur für Arbeit (2022): Blickpunkt Arbeitsmarkt: Akademikerinnen und Akademiker|Juli 2023 Kapitel 1.8. Blickpunkt Arbeitsmarkt. https://statistik.arbeitsagentur.de/DE/Statischer-Content/Statistiken/Themen-im-Fokus/Berufe/AkademikerInnen/Allgemeiner-Teil/Generische-Publikationen/1-8-Arbeitskraeftenachfrage.pdf?sessionid=ED734B1BBE745F6BFDF85389EDC33478?__blob=publicationFile&v=6 (Zugriff: 08.11.2023)
- Bundesamt für Statistik (2023): Studierende an den universitären Hochschulen nach Jahr, Fachbereich, Studienstufe, Geschlecht und Hochschule. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/bildung-wissenschaft/personen-ausbildung/tertiarstufe-hochschulen.assetdetail.24367624.html> (Zugriff: 08.11.2023)
- Connell, Raewyn (2010): Understanding Neoliberalism. In: Susan Bradeley & Meg Luxton (Hg.) Neoliberalism and Everyday Life. Quebec: McGill-Queen's University Press. S 22-36.
- Elder, Kurt (2013): Demokraten fallen nicht vom Himmel! Wie Schule zu einem demokratischen Zusammenleben beitragen kann. Bundeszentrale für politische Bildung, <https://www.bpb.de/themen/bildung/dossier-bildung/174626/demokraten-fallen-nicht-vom-himmel-wie-schule-zu-einem-demokratischen-zusammenleben-beitragen-kann/> (Zugriff: 07.12.2023)
- Ehrmann, Thomas und Prinz, Aloys (2023): Soziale Herkunft: Durch Bildung zu beruflichem (Top-) Erfolg? In: WiSt, Heft 5/2023. https://rsw.beck.de/docs/librariesprovider75/default-document-library/beitrag-ehrmann-prinz-wist-05-2023.pdf?sfvrsn=ace399ef_o (Zugriff 07.12.2023)
- Financial Times (2022): European Business School Rankings 2022. Financial Times. <https://rankings.ft.com/home/regional-rankings> (Zugriff: 08.11.2023)
- Financial Times (2023): Masters in Management 2023. Financial Times. <https://rankings.ft.com/rankings/2948/masters-in-management-2023> (Zugriff: 07.12.2023)
- Fraser, Nancy (2023): Der Allesfresser. Wie der Kapitalismus seine eigenen Grundlagen verschlingt. Deutsche Erstausgabe, Berlin: Suhrkamp, 2019.
- Henke, Julia (2022): Wie ein Influencer mit den Existenzängsten von Studenten Geld verdient. WELT, <https://www.welt.de/wirtschaft/article240065597/David-Doebele-Wie-ein-Influencer-mit-Existenzaengsten-von-Studenten-Geld-verdient.html> (Zugriff: 26. 11. 2023)
- Hermann, Cristoph (2014): Structural Adjustment and Neoliberal Convergence in Labour Markets and Welfare: The Impact of the Crisis and Austerity Measures on European Economic and Social Models. In: Competition and Change, 18 (2), 111-130. <https://doi.org/10.1179/1024529414Z.00000000051>
- Kairuz, Thérèse; Andriés, Lynn; Nickloes, Tracy; Truter, Ilse (2016): Consequences of KPIs and performance management in higher education. In: International Journal of Educational Management, Vol. 30 No. 6, pp. 881-893. <https://doi.org/10.1108/IJEM-05-2015-0067>
- Kuhlmann, Carola (2008): Bildungsarmut und die soziale „Vererbung“ von Ungleichheiten. In: Ernst-Ulrich Huster, Jürgen Boeckh und Hildegard Mogge-Grotjahn (Hg.) Handbuch Armut und Soziale Ausgrenzung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S 301-319. https://doi.org/10.1007/978-3-658-37808-0_20-1
- Luxemburg, Rosa (1923): Die Akkumulation des Kapitals. Berlin: Vereinigung internationaler Verlags-Anstalten
- Lynch, Kathleen and O'riordan, Claire (2006): Inequality in Higher Education: a study of class barriers. In: British Journal of Sociology of Education, 19:4, 445-478, DOI: 10.1080/0142569980190401
- Lynch, Kathleen and Kalaitzake, Manolis (2018): Affective and calculative solidarity: The impact of individualism and neoliberal capitalism. In: European Journal of Social Theory, 23(2), 238-257. <https://doi.org/10.1177/1368431018786379>
- Maceira, Helena (2017): Economic Benefits of Gender Equality in the EU. In: Intereconomics 52, 178-183. <https://doi.org/10.1007/s10272-017-0669-4>
- Spark, Ceridwen (2011): Gender Trouble in Town: Educated Women Eluding Male Domination, Gender Violence and Marriage in PNG. In: The Asia Pacific Journal of Anthropology, 12:2, 164-179, DOI: 10.1080/14442213.2010.546425
- Statistik Austria (2018): VERERBUNG VON TEILHABECHANCEN. Statistics Brief https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Statistics_Brief_Teilhabechancen.pdf (Zugriff: 08.11.2023)
- Statistik Austria (2022): Bildung in Zahlen. https://www.statistik.at/fileadmin/pages/324/Bildung_in_Zahlen_21_22_Tabellenband.pdf (Zugriff: 08.11.2023)
- Statistisches Bundesamt (2023): Studienanfänger/-innen im 1. Hochschulsemester nach Fächergruppen. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/>

Bildung-Forschung-Kultur/Hochschulen/Tabellen/
studierende-erstes-hs-faechergruppen.html (Zugriff:
08.11.2023)

Universiteit Utrecht (Press Office) (2023): Why UU is missing
in the THE ranking. https://www.uu.nl/en/news/why-uu-is-missing-in-the-the-ranking?utm_source=linkedin&utm_medium=social&utm_campaign=theranking (Zugriff:
08.11.2023)

Moll, Cornelia (2022): Amid strong demand, WU launches
selection procedures for all bachelor's programs. WU Press
Release. <https://www.wu.ac.at/en/press/press-releases/press-releases-details/detail/interesse-an-wu-bachelorstudium-erneut-sehr-hoch/> (Zugriff 27.11.2023)

Zuboff, Shoshana (2019): The Age of Surveillance Capitalism:
The Fight for a Human Future at the New Frontier of
Power. New York: PublicAffairs, 2019

Depression und postmoderne Gesellschaft

Niklas Uhl

Was zeichnet unsere (Post)Moderne eigentlich aus? Bedeutet sie tatsächlich mehr Freiheit, mehr Demokratie, mehr Gleichheit für die Einzelnen, wie sie in Fukuyamas „End of History“ beschrieben werden? Vielmehr scheint die Demokratie auf dem Rückzug (vgl. Freedomhouse 2023), das „Mehr“ an Wohlstand erfüllt sich nur für wenige (vgl. Piketty 2014). Gleichzeitig ist die Depression auf dem Vormarsch. Depression und Postmoderne stehen in einer Beziehung zueinander, die oft durch die Pathologisierung der Depressiven verdeckt wird. Vielmehr sind es die Verhältnisse, die krank sind, nicht die Personen. Diese polemische Formulierung soll dabei nicht das Leid derjenigen schmälern, die an Depressionen erkranken. Deren Leiden ist real und begleitet sie ein Leben lang. Das Ziel ist vielmehr aus einer Logik der subjektiven Verantwortung herauszutreten und die Verhältnisse zu analysieren.

Zur Untersuchung des Verhältnisses von Postmoderne und Depression soll Andreas Reckwitz' „Gesellschaft der Singularitäten“ (2017) als konzeptioneller Bezugspunkt dienen. Zuerst werden die postmodernen Verhältnisse nachgezeichnet, um dann in einem zweiten Schritt das Krankheitsbild der Depression zu beschreiben. Im letzten Schritt werden sowohl ersteres als auch zweiteres in Verbindung zueinander gesetzt, um aufzuzeigen, dass es sich eben nicht mehr nur um ein krankes Individuum handelt.

Die singulären Verhältnisse in der Postmoderne

Die gesellschaftlichen Umstände geben den Rahmen des Möglichen vor und es sind sie, die die Subjekte und die Subjektivierungsprozesse bestimmen. Dabei ist die Analyse immer bereits in den Verhältnissen und durch diese geformt. Dieses „In-den-Verhältnissen-leben“ gibt uns einen guten Startpunkt für die

Analyse. Nicht nur im individuellen, sondern auch im gesellschaftlichen Kontext ist die Frage nach dem Zustand der Welt eine, die uns fast schon täglich begegnet. Dieser Zustand wird meist als schlecht befunden. Die Frage nach dem Warum ist die Frage nach den Verhältnissen. Versucht man das konkrete Warum zu beantworten, so stößt man auf diffuse Gefühle der Überforderung, des Abgehängt-Seins, des Beklagens der neoliberalen Gesellschaftsentwicklung. Für manche verschlechtert sich ihre persönliche Situation nicht. Daran zeigt sich, dass die Wahrnehmung der Welt auch von der eigenen Position in dieser abhängig ist. Empirisch ist die Verschlechterung, im Sinne einer steigenden Ungleichheit hinreichend belegt (beispielhaft vgl. Piketty 2014). Eine der spannendsten Analysen über die (post)moderne Gesellschaft liefert Andreas Reckwitz mit „Gesellschaft der Singularitäten“ (2017). Diese Zeitdiagnose liegt den ausgeführten Überlegungen zugrunde, da sie konzeptionell fasst, was so viele diffus empfinden: die Welt wird herausfordernder.

Doch was ist Singularität? Mit dem Begriff der Singularität versucht Reckwitz, die Transformationsprozesse der letzten 50 Jahre zu fassen. Ein Grundzug dieser Transformation ist die Entwicklung vom Allgemeinen hin zum Besonderen (vgl. Reckwitz 2017: 11). Mit der eintretenden Postmoderne werden damit die Singularitäten zum Modus Operandi der Gesellschaftsorganisation. Singularität ist dabei jedoch mehr als nur Individualität, da diese weite Bereiche der Gesellschaft erfasst, inklusive deren Objekte und Institutionen (vgl. ebd. 12). In den 1970er-Jahren kommt es mit dem Entstehen der Neuen Sozialen Bewegungen zu einem grundlegenden Wertewandel. Die Idee der individuellen Freiheit ist dabei zentral. Immer mehr Gruppen fordern das Recht, Rechte zu haben. Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung werden zentral (vgl. ebd. 22). Dieser Prozess vollzieht

sich parallel in der Wirtschaft. Die standardisierte, industrielle Produktion wird abgelöst durch Arbeit als eine kulturelle Produktion und Kreativarbeit (vgl. 181.). Industrielle Produktion verschwindet dabei nicht komplett, jedoch verändert sich ihre Rolle grundlegend. Dieser Prozess kann nicht auf die reine Ausbreitung neoliberaler Politiken reduziert werden, da diese die radikale und durchgreifende Form der Vermarktlichung nicht erklären kann (vgl. ebd. 154). Vielmehr setzt sich eine spezifische Form der Marktlogik durch die Institutionalisierung von Aufmerksamkeits- und Valorisierungsmärkten um singuläre Güter durch (vgl. ebd.).

Besonders deutlich wird diese Entwicklung in der Singularisierung der Arbeitswelt. Durch den Übergang in die postmoderne Singularisierungsgesellschaft kommt es zur Loslösung von den Strukturen der standardisierten Arbeit hin zu einer Singularisierung, Kulturalisierung und Hinwendung zur Produktion immaterieller Güter (vgl. ebd. 182). Es kommt zum Übergang in die Wissensökonomien der Postmoderne. Denn die Loslösung von den Strukturen standardisierter Arbeit bewirkt nicht nur eine neue Freiheit für die Subjekte, sondern fordert nun das Subjekt auf eine neue Weise. Es ist nicht mehr nur die Arbeitskraft des Subjektes gefordert, sondern vielmehr fordern die postmodernen Verhältnisse das Subjekt mit seiner ganzen Persönlichkeit (vgl. ebd. 184). Selbstmotivation und Selbstkontrolle werden zentral (vgl. Ehrenberg 2021: 128). Es geht um die Formierung eines singulären (also einzigartigen) Profils (vgl. Reckwitz 2017: 182).

Dass das Innere des Arbeitssubjekts in Form der Persönlichkeit in den Vordergrund rückt, bleibt dabei nicht ohne Folgen. Es kommt zu einem Bedeutungsverlust der formalen Qualifikation zugunsten von persönlichen Kompetenzen (vgl. ebd. 203). Ein Bildungsabschluss allein ist nicht mehr ausreichend, sondern es muss vielmehr ein „passendes Profil“ (sprich Singuläres) gegeben sein (vgl. ebd. 204). Damit geht eine Inwertsetzung der Persönlichkeit einher. Diese Inwertsetzung bemisst sich dabei jedoch nicht an starren festgelegten Regeln, sondern sie findet dabei im Bezug zur Singularität statt. Die Bewertung der Singularität der Arbeitssubjekte ist dabei ein relativer Inwertsetzungsprozess. Relativ,

weil die Singularität immer nur in Relation zu anderen Arbeitssubjekten bewertet werden kann. Es stellt sich die Frage, wann das Arbeitssubjekt genug getan hat, um die Ansprüche und Erwartungen zu erfüllen? Die Frage ist jedoch nicht zu beantworten, da man sich nie sicher sein kann, wann genug wirklich genug ist.

Von dieser Frage aus zeigt sich jedoch eine weitere Folge der neuen Stellung des Arbeitssubjekts. Es entsteht ein Dauerwettbewerb, indem sich niemand mit seinen vorhandenen Qualifikationen zufriedengeben kann, weil immer wieder eine neue Singularität gefragt sein kann (vgl. ebd. 212). Die Performanz der Subjekte wird zentral und dadurch kommt es zu einem Wandel, von einer Kultur der Leistung zu einer Kultur des Erfolgs, einer „the winner takes it all“-Kultur (vgl. ebd. 211). Diese neue Performanzökonomie hat dabei zwei wichtige Merkmale.

Erstens, die Unberechenbarkeit der neuen Performanzökonomie sowie die mit ihr einhergehende asymmetrische Verteilung von Erfolg ist ein kontinuierlicher Enttäuschungsgenerator. Wo die Gewinner:innen alles bekommen, sind Neid auf den Erfolg anderer, Eitelkeit des eigenen Erfolgs, Minderwertigkeitsgefühle oder Versagensgefühle die Folge (vgl. ebd. 221). Diese Mobilisierung der Affekte und der geistigen Fähigkeiten (also der Persönlichkeit) führt zu einer neuen Bedeutung von psychosomatischen Störungen und Depression in der Arbeitsmedizin und Unternehmensforschung (vgl. Ehrenberg 2015: 247).

Zweitens gewinnt inkorporiertes Kulturkapital an Relevanz. Denn so materialisieren sich in den Fähigkeiten und Begabungen das familiär weitergegebene kulturelle Kapital (vgl. Bourdieu 2012: 323). Die Entwicklung eines singulären Profils hängt entscheidend vom Herkunftsmilieu ab (vgl. Reckwitz 2017: 213). Dieser Umstand wird jedoch durch den Prozess der Singularisierung verdeckt. Wo die Eigenverantwortung der (Arbeits-)Subjekte als zentrales Organisationsprinzip gilt, kann sich nicht auf das Herkunftsmilieu berufen werden (ebenso wenig auf den Staat). Für eine gewisse Klasse ist ein positiver Bezug durchaus möglich, denn die Singularisierung ist von einer gewissen Gruppe getragen: der neuen Mittelklasse (vgl. ebd. 274).

Dies ist nicht das Ende, sondern das Entstehen einer neuen Klassengesellschaft. Diese Entwicklung ist durch die Singularisierung und Kulturalisierung des Sozialen verursacht (vgl. ebd. 276). Diese hat ihren Ursprung in der Singularitätsökonomie. Das Aufkommen der neuen Arbeitssubjekte in der Singularitätsgesellschaft trifft dabei auf die „alten“ Arbeitssubjekte der Moderne. Dabei geht es nicht um zwei verschiedene Formen der Arbeitsorganisation, sondern um eine antagonistische Beziehung zwischen zwei Bewertungsformen von Arbeit (vgl. ebd. 184). Diese konträren Bewertungen vollziehen sich dabei auf gesellschaftlicher wie subjektiver Ebene, mit der singulären Arbeitsform als Idealbild (vgl. ebd.). Die alte Arbeitsform steht dabei für die standardisierte, routinierte Arbeitsform, mit schwacher intrinsischer Motivation (vgl. ebd.). Diese „alte“ Arbeit erfährt eine abwertende Betrachtung, welche sich auf die Arbeitssubjekte, die diese ausführen, ausdehnt. Das Idealmodell der neuen Mittelklasse steht der Gruppe der Absteiger:innen gegenüber (vgl. ebd. 350). Die Veränderungen führen zu einer steigenden Polarität der Gesellschaft, da die Mittelschicht erodiert (vgl. ebd. 277).

Die Bildungsexpansion führt zum Entstehen der neuen Serviceclass, einer Klasse in der sich die Singularitätsverlierer:innen sammeln (vgl. ebd. 279). Reckwitz verwendet hier das anschauliche Bild des „Paternostereffekts“ (ebd. 282), die einen steigen auf und die anderen steigen ab.

Die „neue Unterklasse“ (ebd. 279) ist dabei Gegenstand einer negativen Kulturalisierung, da sie die Verlierer:innen des Prozesses sind, indem die Höhe des kulturellen Kapitals über den sozialen Status entscheidet und der singularistische Lebensstil als Idealbild gilt (vgl. ebd. 284). Sie finden sich in schlechter bezahlten Jobs wieder, was ihnen Selbstverwirklichung oder Statusinvestition nahezu unmöglich machen (vgl. ebd. 353). Diese negative Kulturalisierung wirkt dabei auch auf die Subjekte und es kommt zu einer Selbstentwertung (vgl. ebd. 360).

Wie sich zeigt, sind die postmodernen Verhältnisse zwar für einige die Quelle eines neuen Wohlstands (die neue Mittelklasse), für andere bedeuten sie jedoch sozialen Abstieg. Gleichzeitig ruft der neue Fokus auf das Subjekt in beiden Klassen negative Emotionen

hervor: in der neuen Mittelklasse die Unsicherheit und den Druck, immer weiter sein Profil zu verbessern; in der neuen Unterklasse die kontinuierliche Konfrontation mit der eigenen Verfehlung des gesellschaftlichen Ideals, welche Frustration, Neid, Minderwertigkeitskomplexe und Abwertung zur Folge haben. Die postmodernen Verhältnisse sind dabei Enttäuschungsgeneratoren. Übrig bleibt zu fragen, wie sich diese Verhältnisse auf die Subjekte auswirken. Im Folgenden wird die Depression als Krankheitsbild thematisiert, um sie anschließend mit (post)modernen Verhältnissen in Verbindung setzen zu.

Depression als Krankheitsbild

Noch bis in die 1960er Jahre waren innere, inklusive aller psychischen Störungen (zu der zu dieser Zeit auch die Depression zählte) keine öffentlichen Probleme, solange sie nicht die öffentliche Ordnung gefährdeten (vgl. Ehrenberg 2015: 85). Jedoch wird die Depression ab 1965 für die Allgemeinmediziner:innen zu einer alltäglichen Erscheinung (vgl. ebd. 109). Mit dem steigenden Wohlstand der Nachkriegsjahre scheint es gleichzeitig zu einem Auftreten der Depression zu kommen. Für Ehrenberg vollzieht sich der Wandel im Begriff der Depression vor dem Hintergrund der Veränderung im Verhältnis von Öffentlichem und Privatem (vgl. ebd. 147 f.). Gesellschaftliche Normen und das, was als Krankheit definiert wird, stehen also in einer Beziehung zueinander. Dieser Umstand spiegelt sich auch in der aktuellen Definition von Depression wider.

Sucht man nach einer aktuellen Definition, stößt man schnell auf das DSM-5 (Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders) der Amerikanischen Psychiatrischen Gesellschaft oder das ICD-11 (International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems) der WHO. Beides sind Klassifikationssysteme, die in der Praxis bei der Diagnose helfen sollen.

Depressionen werden im DSM-5 in leichte, mittelgradige oder schwere Episoden eingeteilt, abhängig von der Anzahl und Intensität der Symptome. Hat ein:e Patient:in über zwei Wochen mehrere der angeführten Symptome, spricht man

von einer Depression (vgl. DSM-5). Die Schwere der Depression bemisst sich dann an der jeweiligen Anzahl der Symptome.

Über die Ursachen der Depression gibt es noch immer keine Klarheit. Aussagen über die Ursachen sind seit der DSM III von 1980 nicht mehr in dieser enthalten (vgl. Schleim 2021: 163). Ein Konsens über die Ursachen bleibt aus. Bisher konnte noch kein einziger verlässlicher Biomarker gefunden werden (trotz massiver Investition von Geld und Ressourcen) (vgl. ebd. 164). Gleichzeitig zeigt sich, dass der Einfluss von psychosozialen Faktoren vier- bis siebenmal so groß zu sein scheint wie biologische Faktoren (vgl. ebd. 178).

Wahrscheinlicher ist, dass die Depression durch eine komplexe Interaktion verschiedener Faktoren ausgelöst wird. Diese lassen sich durch ein Vulnerabilitäts-Stress-Modell erklären (vgl. Brakemeier et al. 2008: 384). In diesem Modell gibt es biologische, psychologische und umweltbezogene Vulnerabilitäten, welche unter dem Einfluss von akuten bzw. chronischen Stressoren zu einer Depression führen können (vgl. Brakemeier et al. 2008: 389). Dabei sind besonders die psychologischen und umweltbezogenen Vulnerabilitätsfaktoren interessant. So sind psychologische Vulnerabilitätsfaktoren beispielsweise eine früh erworbene Verletzlichkeit des Selbstwertgefühls, Bindungsstörungen etc. (vgl. ebd.). Zu den umweltbezogenen Vulnerabilitätsfaktoren zählen traumatische Erfahrungen, Vernachlässigung, Isolation in frühesten Kindheit, aversive soziale Bedingungen und Beziehungen (vgl. ebd.). Eine Depression entsteht diesem Modell nach erst durch eine Interaktion zwischen den biologischen und den psychosozialen Faktoren (vgl. ebd. 379).

Damit eine Depression entsteht, bedarf es Stressoren. Geringe soziale Unterstützung, Vereinsamung, kritische Lebensereignisse, wie z. B. Umzug, Pensionierung, Arbeitslosigkeit, chronische Krankheiten oder chronische Belastungen, gelten als gesicherte Risikofaktoren für eine Depression (vgl. ebd. 387 f.). Auch Stress zeigt sich in zahlreichen Untersuchungen als ein wichtiger Faktor im Entstehen einer Depression (vgl. Hammen 2005, zitiert nach Schleim 2021).

Die pathologische Klassengesellschaft

In welchem Verhältnis stehen die postmodernen Verhältnisse, Depression und Klasse?

Die postmoderne Singularitätsgesellschaft ist gekennzeichnet von einer Veränderung im Hinblick auf das Subjekt. Es geht heute darum, ein einzigartiges und gleichzeitig kohärentes Profil auszubilden und die Persönlichkeit der Subjekte wird einer Inwertsetzung unterzogen (vgl. Reckwitz 2017: 203). Der gesellschaftliche wie auch der subjektive Wert der Subjekte bemisst sich an der Performanz dieser (vgl. ebd. 211). Es entsteht ein Dauerwettbewerb um Performanz und Singularität. Dieser Wettbewerb ist dauerhaft, da es keinen festen Orientierungsrahmen mehr gibt, wie er noch in der industriellen Moderne herrschte. Die Bewertung der Performanz bemisst sich in Relation zu anderen Subjekten. Dadurch wird der eigene Wert der Subjekte dauerhaft bedroht. Die Anerkennungsmärkte der Singularitätsgesellschaft sind unberechenbar volatil (vgl. Reckwitz 2017: 221). Daher muss das Subjekt kontinuierlich an seinen Fähigkeiten arbeiten. Die Freiheit, man selbst zu sein, geht einher mit dem Zwang, immer und nur man selbst zu sein.

Alain Ehrenberg verortet die Depression an der Konfliktlinie der Subjekte und ihrem Bestehen in der singulären Gesellschaft (Ehrenberg 2015: 292). Ebenso sieht Reckwitz die Depression als charakteristisches Krankheitsbild der Spätmoderne (vgl. Reckwitz 2017: 348). Subjekte machen durch die Performanzökonomie ständig Enttäuschungserfahrungen und sind durch Medien unentwegt mit der Sichtbarkeit der Erfolgreichen konfrontiert. Gleichzeitig treffen sie durch ihre Singularisierung auf schwächere soziale Bindungen (vgl. ebd. 346). Singularität durchdringt die Gesellschaft völlig (vgl. ebd. 273 f.). Dadurch sind auch die nicht-Arbeitssubjekte, die Sozialhilfeempfänger:innen oder Pensionist:innen betroffen.

Im Vulnerabilitäts-Stress-Modell sind es besonders temporäre und chronische Stressoren, die in Verbindung mit dem Entstehen einer Depression stehen (vgl. Brakemeier et al. 2008: 389). Zu den

Risiko- oder Stressfaktoren zählen unter anderem: Benachteiligung in der Arbeitswelt, Armut oder Rollenüberlastung (vgl. Wittchen et al. 2010: 17) sowie geringe soziale Unterstützung, Vereinsamung oder kritische Lebensereignisse (vgl. Brakemeier et al. 2008: 387). Die meisten dieser Risikofaktoren stehen dabei in Verbindung mit der Singularisierung der Gesellschaft.

Dass die Subjekte in den postmodernen Verhältnissen mehr Stress erfahren, zeigt sich auch in der TK-Stressstudie aus dem Jahr 2021. Die Top Stressoren sind dabei (1) Arbeit/ Studium/ Schule und (2) hohe Ansprüche an sich selbst (vgl. Techniker Krankenkasse 2021: 15). Der Stress der Schüler:innen und Studierenden ist dabei auch ein Symptom der Singularisierung. Machte man früher die Schule für den Misserfolg der Schüler:innen verantwortlich, so sind es heute diese selbst. Dieser internalisierte Druck der Subjekte zeigt sich auch darin, dass die hohen Ansprüche an sich selbst der zweithäufigste Stressor sind. Arbeitssubjekte erleben dabei signifikant mehr Stress als Subjekte, die nicht arbeiten (vgl. Techniker Krankenkasse 2021: 20).

Diese Verhältnisse erhöhen das Stresslevel. Dabei wirken sich hohe Stresslevel negativ auf Depressionen aus und begünstigen diese (vgl. Dowds 2018: 146). Eine Studie des Kanton Zürich aus dem Jahr 2014 zeigte, dass der Druck im Berufsleben zunimmt und dass diese Zunahme zum Verfall der Schutzfaktoren, nicht nur auf institutioneller Ebene, sondern auch auf Ebene der persönlichen Werte (wie unter anderem das Vertrauen in Dritte, in die eigenen Kontrollmöglichkeiten und die Bewertung der eigenen Handlungsmächtigkeit) beigetragen hat (vgl. Troger 2014: 104). Die Ergebnisse decken sich dabei mit der beschriebenen neuen Welterfahrung der Subjekte in der Postmoderne. In einer Kultur des Erfolgs gibt es auch einen großen Anteil an Verlierer:innen, die mit ihrer eigenen „Minderwertigkeit“ täglich konfrontiert sind. Ein Schicksal, das gerade die neue *service class* täglich erfährt (jedoch nicht nur passiv; vgl. Willis 2012 in Bezug auf die englische *Lad*-Kultur).

Diese Probleme sind dabei tief im Wertefundament des postmodernen Kapitalismus verwurzelt. Diese Ideologie hat unsere ganze Gesellschaft durchdrungen, durch Institutionen verstärkt und ist sogar durch die

Subjekte internalisiert worden. Diese Internalisierung hat dabei einen Effekt auf die Wertvorstellung der Subjekte (vgl. Kasser et al. 2007: 6). Die kompetitiven Grundwerte des Kapitalismus stehen in Konflikt mit (1) der Sorge um die Gemeinschaft und die Welt im weiteren Sinne, (2) engen, intimen Beziehungen und (3) dem Gefühl, würdig und unabhängig zu sein (vgl. ebd.). Die zentralen Werte der Postmoderne stehen damit im Widerspruch zu den Werten, die zentral für gesunde, zwischenmenschliche Bindungen sind. Genau diese Bindungen sind eben zentrales Merkmal von psychischer Gesundheit (vgl. ebd.11).

Nicht die Person ist krank, sondern die Verhältnisse, in denen sie lebt. Damit soll nicht das reale Leid der Personen, die unter einer Depression leiden, negiert werden. Dieses Leiden ist real. Wichtig ist jedoch zu hinterfragen, wie Gesellschaft und Depression im Verhältnis zueinanderstehen. Unsere postmodernen Verhältnisse bieten einen idealen Nährboden für das Entstehen von psychischen Leiden, indem sie dem Subjekt die totale Eigenverantwortung überträgt. Die Frage ist, ob es ein gesundes Subjekt in kranken Verhältnissen geben kann. Auch diejenigen, die die postmodernen Werte der Singularitätsgesellschaft internalisiert haben, erreichen in dieser weder Zufriedenheit noch Sicherheit (vgl. Kasser et al. 2007: 13 f.). Ihr Erfolg ist ständig bedroht.

Wie erklärt sich dann, dass psychische Gesundheit zu einem zentralen Thema wird? Diese neue Zentralität hängt auch mit der Pathologisierung der Depression zusammen. Wie Ehrenberg argumentiert, ist die neue Zentralität der psychischen Gesundheit mehr als nur eine individuelle Angelegenheit, denn sie betrifft auch die Sozialisierung des modernen Individuums (vgl. Ehrenberg 2021: 131). In einer Gesellschaft, in der die Selbstmotivation zentral ist, steht die psychische Gesundheit stellvertretend dafür, dass das Subjekt diese gesellschaftliche Norm erfüllen kann. Psychische Gesundheit ist mehr als das Gegenteil von Krankheit (vgl. ebd. 136). Depression ist dabei nicht mehr nur Krankheit des Individuums, sondern auch eine Störung der sozialen Beziehung des Subjekts zur Gesellschaft. Es ist das Subjekt, das nicht mehr der gesellschaftlichen Norm entspricht. Die Pathologisierung des Subjekts ist dabei in der Postmoderne logisch und notwendig. Wo die Subjekte

alle eigenverantwortlich in Dauerkonkurrenz bestehen müssen, sind es auch sie, die ein „Scheitern“ unter diesen Normen zu verantworten haben. Die Depression zu pathologisieren ist der Weg, die gesellschaftliche Mitverantwortung zu verdecken und in die individuelle Verantwortung der Subjekte zu verschieben. Die Pathologisierung dieser ist eine soziale Konzeption, die in der Logik der Singularität steht. Anders formuliert: Depression könnte auch als eine „normale“ (wenn auch leidvolle) Reaktion auf die Verhältnisse gesehen werden.

Damit soll nicht behauptet werden, dass es keine biologischen Ursachen für Depressionen gibt oder es in einer post-kapitalistischen Gesellschaft keine Depression gäbe. Beides wäre wohl falsch. Vielmehr geht es darum aufzuzeigen, dass die Pathologisierung der Merkmale der Depression eine Funktion erfüllt. Die Pathologisierung ermöglicht es, die offensichtlichen Leiden der Subjekte und die negativen Folgen der Gesellschaftsorganisation in der Postmoderne zu bearbeiten, ohne die Gesellschaftsorganisation als solche infrage zu stellen.

Conclusio

Wie oben gezeigt, kommt es am Übergang zur Postmoderne zu einer neuen Stellung der Subjekte. Das Selbst und die Persönlichkeit werden in Wert gesetzt. In der Postmoderne bemisst sich der Wert der Subjekte an ihrer erfolgreichen Selbstverwirklichung. Diese Inwertsetzung und die mit ihr einhergehende Dauerkonkurrenz führt zu einer tiefen Verunsicherung der Subjekte in der Postmoderne. Gleichzeitig ist sie ein Enttäuschungsgenerator für viele, besonders für die „Abgehängten“ der neuen *service class*. In dieser gesellschaftlichen Gemengelage nimmt die Depression eine neue Stellung ein. Im vorliegenden Text wurde dafür plädiert, die Depression unter dem Eindruck dieser Form der Gesellschaftsorganisation zu verstehen. Sie ist untrennbar mit den Entwicklungen der Postmoderne und der neuen Klassengesellschaft verbunden. Die Pathologisierung der depressiven Leiden hat dabei eine spezifische Funktion. Sie dient (auch) dem Zweck einer Verantwortungsverlagerung von der Gesellschaft zu den Subjekten, womit es möglich

wird, die offensichtlichen Leiden der Menschen zu bearbeiten, ohne jedoch die Gesellschaftsorganisation als solche in Frage stellen zu müssen.

Das Ziel dieses Textes war es, nicht das Leid der Menschen, die an einer Depression leiden, oder biologische Ursachen der Depression zu negieren. Vielmehr ist es ein Plädoyer dafür, Depression im Verhältnis zur postmodernen Klassengesellschaft zu verstehen. Die Ursache der weiten Verbreitung der Depression liegt dabei nicht allein bei den Subjekten, sondern vielmehr im Kern der Werte, die das Fundament unserer Singularitätsgesellschaft bilden. Es sind die Verhältnisse, die geheilt werden müssen und nicht (nur) die Personen!

Niklas Uhl studiert im Master Politikwissenschaft sowie im Bachelor Philosophie und interessiert sich v.a. für politische Theorie und Existenzphilosophie

Literatur

Bourdieu, Pierre (2012): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital. In: Bauer, Ullrich/Bittlingmayer, Uwe H./Scherr, Albert (Hrsg.), *Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 229–242.

Brakemeier, Eva-Lotta/Normann, Claus/Berger, M. (2008): Ätiopathogenese der unipolaren Depression: Neurobiologische und psychosoziale Faktoren. In: *Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz*, 51 (4), 379–391.

Dowds, Barbara (2018): A Non-Facilitating Environment? The Role of Contemporary Society and Culture. In: *Depression and the Erosion of the Self in Late Modernity*. 1. Aufl. Routledge, 137–165.

Ehrenberg, Alain (2015): *Das erschöpfte Selbst: Depression und Gesellschaft in der Gegenwart*. 2. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Ehrenberg, Alain (2021): Die zwei Bedeutungen der Konzeption von sozialer Pathologie: Überlegungen zu einer Anthropologie des Unbehagens in der individualistischen Gesellschaft. In: King, Vera/Gerisch, Benigna/Rosa, Hartmut (Hrsg.), *Lost in Perfection: Zur Optimierung von Gesellschaft und Psyche*. 1. Berlin: Suhrkamp, 338.

Freedomhouse (2023): *Freedomhouse Marking 50 Years in the Struggle for Democracy*. Washington D.C.: Freedom House. Text abrufbar unter: https://freedomhouse.org/sites/default/files/2023-03/FIW_World_2023_DigitalPDF.pdf (Zugriff am 24.8.2023).

Hammen, Constance (2005): Stress and Depression. In: *Annual Review of Clinical Psychology*, 1 (1), 293–319.

Kasser, Tim/Cohn, Steve/Kanner, Allen D./Ryan, Richard M. (2007): Some Costs of American Corporate Capitalism: A Psychological Exploration of Value and Goal Conflicts. In: *Psychological Inquiry*, 18 (1), 1–22.

Piketty, Thomas (2014) *Das Kapital im 21. Jahrhundert*. München: Beck.

Reckwitz, Andreas (2017): Gesellschaft der Singularitäten: zum Strukturwandel der Moderne. i. Berlin: Suhrkamp.

Schleim, Stephan (2021): Gehirn, Psyche und Gesellschaft: Schlaglichter aus den Wissenschaften vom Menschen. Berlin, Heidelberg: Springer Berlin Heidelberg.

Stahmeyer, Jona Theodor/ Kuhlmann, Kristina/Eberhard, Sveja. (2019): Die Häufigkeit von Depressionsdiagnosen nach Versichertengruppen im Zeitverlauf – eine Routinedatenanalyse der Jahre 2006–2015. In: Psychotherapie Psychosomatik Medizinische Psychologie, 69(02): 72-80

Techniker Krankenkasse (2021): Entspann dich, Deutschland! - TK-Stressstudie 2021. Hamburg. Text abrufbar unter: <https://www.tk.de/presse/themen/praevention/gesundheitsstudien/tk-stressstudie-2021-2116458>.

Troger, Rochus (2014): Globalisierung und Depression: Fördert die moderne Wirtschaft psychische Erkrankungen? Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Willis, Paul (2012): Erziehung im Spannungsfeld zwischen Reproduktion und kultureller Produktion. In: Bauer, Ullrich/ Bittlingmayer, Uwe H./Scherr, Albert (Hrsg.), Handbuch Bildungs- und Erziehungssoziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 243–259.

Wittchen, Hans-Ulrich/Jacobi, Frank/Klose, Michael/Ryl, Livia/Koch-Institut, Robert (2010): Gesundheitsberichterstattung des Bundes Heft 51.

Eine Kritik am Subjekt der Aufklärung

Petra Kolb

Einleitung

Im vorliegenden Beitrag wird das Subjekt der Aufklärung einer kritischen Betrachtung unterzogen. Im Zentrum der Untersuchung steht der Autonomie- und Rationalitätsbegriff innerhalb des Subjektes. Im Zeitalter der Aufklärung begann der Vernunftbegriff erstmalig an Bedeutung zu gewinnen, mit diesem ausgestattet ist das Subjekt in der Lage, Erkenntnisse zu gewinnen.

Die Kritik erfolgt aus einer dekolonialen Perspektive, wobei die Subjektkonzeption von Descartes und Kant im Mittelpunkt steht. Spätestens seit der Aufklärung ist der Begriff der Autonomie zu einer Leitidee der Moderne geworden. Ziel der Kritik ist es, den Autonomiebegriff, welcher dem Subjekt innewohnt, zu dekonstruieren. In Verbindung mit der eurozentristischen Autonomiekonzeption steht der Bildungsbegriff, wobei Bildung als Fortschritt definiert wird. Die Vorstellung von Bildung als Fortschritt wurde durch den Subjektdiskurs der Aufklärung hervorgebracht und prägt den herrschenden Bildungsdiskurs der Gegenwart (Tenorth 2020).

Im Beitrag erfolgt zuerst eine Darstellung der Subjektkonzeption im Zeitalter der Aufklärung, welche im cartesianischen Denken mit dem Ausspruch „Cogito ergo sum“ zusammengefasst werden kann. Bei Kant stand der Vernunftbegriff des Subjekts im Zentrum, durch dessen Gebrauch der Mensch seiner Unmündigkeit entkommen kann. Die Vernunftfähigkeit stellt die notwendige Grundbedingung für eine selbstbestimmte Lebensweise dar. Aus einer dekolonialen Perspektive wird im Weiteren an der Autonomiekonzeption und der damit einhergehenden Vorrangstellung des Subjektes Kritik geübt, dies geschieht unter besonderer

Berücksichtigung nicht-menschlicher Lebensformen, da diese aus einer zentrierten Subjektperspektive bloß als zu-erschließende Umwelt wahrgenommen wird.

Das Subjektverständnis der Aufklärung

In diesem Abschnitt wird der Versuch unternommen, zu den Wurzeln des europäischen Subjektverständnisses zurückzukehren. Dem deutschen Soziologen Andreas Reckwitz folgend (2021: 9) kann die „Geburt moderner Subjekte“ auf das Zeitalter der Aufklärung zurückgeführt werden. Das Subjektverständnis in einem modernen Sinne wird als Nebenprodukt der klassischen Erkenntnistheorie des 17. und 18. Jahrhunderts bezeichnet (Musgrave 1995). Im Zentrum der damaligen Erkenntnistheorie stand zwar noch nicht das Subjekt, dafür vielmehr die Frage, wie durch Erkenntnis Wissen gewonnen werden kann und wie der Erkenntnisprozess in diesem Zusammenhang auszusehen hat.

Das 18. Jahrhundert ist von besonderer Bedeutung für das philosophische Denken, da neue Auffassungen über das menschliche Wesen und dessen Verhältnis zur Gesellschaft entstanden sind. Es erfolgt eine Ablösung der feudalen Gesellschaftsstruktur durch die bürgerliche Gesellschaftsordnung. „An die Stelle der göttlichen Vorherbestimmung tritt, zumindest programmatisch und narrativ, die Selbstbestimmung des Menschen“ (Etzkorn/ Mecheril 2023: 129). Nachdem der göttliche Souverän durch das selbstbestimmte Subjekt ersetzt worden ist, steht nunmehr die bereits erwähnte Frage im Mittelpunkt, welche auf den *Erkenntnisprozess des Subjekts* abzielt.

Der erste Versuch diese Frage zu beantworten, ging vom französischen Philosophen René Descartes (1596-1650) aus, welcher als Begründer des französischen

Rationalismus gilt. Bezugnehmend auf das Subjekt schließt dieser aufgrund des methodischen Skeptizismus auf ein logisch nicht hintergebares Cogito: erstmalig „betrat das moderne Subjekt als Erkenntnissubjekt die Bühne des Denkens“ (Beer 2016: 22). Descartes räumt dem Denken gegenüber der Erfahrung den Vorrang ein. Somit kann das Subjekt zur wahren Erkenntnis nur über das Studium seiner Umwelt auf deduktiven Wegen gelangen. Das entscheidende Charakteristikum des Subjekts in der Tradition des französischen Rationalismus war der bekannte Ausspruch „Cogito ergo sum“, was so viel bedeutet wie „Ich denke, also bin ich“ (Descartes 1994).

Die klassische aufklärerische Konzeption des Subjektes erreicht ihren Höhepunkt im idealistischen Denken des Philosophen Immanuel Kant (1724-1804). Die Tradition des deutschen Idealismus prägend führte Immanuel Kant alle Erkenntnisse auf subjektive Verstandesbegriffe *a priori*¹ zurück, mit denen das Subjekt an die äußere Welt herantritt. Auf praktische Angelegenheiten bezogen wird die subjektive Autonomie stark betont. Dies gelingt Kant nicht durch den Rückgriff auf die theoretische Philosophie, sondern durch Rückgriffe auf moralphilosophische Überlegungen.

Die Grundgedanken Kants zum Projekt der Aufklärung trugen maßgeblich zu Vorstellungen über Pädagogik bei, die bis heute wirksam sind. In der Vorlesung „Über Pädagogik“ (1776/1777) verweist Kant auf die Bedeutung von Erziehung für eine aufgeklärte Gesellschaft. Dies wird durch folgende Vorstellung begründet: Der Mensch sei von Natur aus erziehungsbedürftig und wird durch eben diese Erziehung erst zum Menschen. Die Erziehung selbst ist also eine Notwendigkeit, damit der Mensch erst zum Menschen wird. Im Zusammenhang damit fasst Kant das Projekt der Aufklärung folgendermaßen zusammen: „Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus einer selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit ist das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung

eines anderen zu bedienen. [...] Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ – so der Wahlspruch der Aufklärung (Kant 1991: 53).

Dem Projekt der Aufklärung wird von Kant nun das Subjekt zur Seite gestellt, welches durch den adäquaten Gebrauch seines eigenen Verstandes dazu in der Lage ist, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Der Gebrauch des (öffentlichen) Verstandes von Subjekten wird damit zur notwendigen Grundbedingung für eine selbstbestimmte Lebensweise in einer freien Gesellschaft.

Der Begriff der Autonomie und der Zusammenhang zur Bildung

Im folgenden Absatz wird auf den Subjektdiskurs der Aufklärung mit einem Fokus auf darin enthaltene Vorstellungen von Autonomie eingegangen, um in weiterer Folge dessen Einfluss auf Bildung herauszuarbeiten.

Der philosophische Subjektdiskurs der Aufklärung sowie die Vorstellung ein selbstbestimmtes und vernunftgeleitetes Leben zu führen, prägte nicht nur die herrschende Vorstellung von Pädagogik, sondern brachten diese zugleich hervor. Heinz-Elmar Tenorth vertritt die Auffassung, dass die Grundbegriffe der Praktischen Philosophie (zu denen Freiheit, Selbstbestimmung und Autonomie zählen) den herrschenden Bildungsdiskurs bis in die Gegenwart prägen. Dies zeigt sich anhand gewisser Leitlinien, die den Bildungsdiskurs beeinflussen und einer starken Verknüpfung von Bildung mit dem Fortschrittsgedanken. Der Begriff der Autonomie entstammt der altgriechischen Sprache². Als Referenzpunkt der neuzeitlichen Pädagogik (Tenorth 2020) zielt der Begriff der Autonomie auf eine Ausformulierung von Kritikkompetenzen sowie auf die Mündigkeit einzelner Individuen mit dem

¹ Aus der Erkenntnistheorie stammend bezieht sich *a priori* auf Aussagen, welche im Vorhinein – vor jeder Wahrnehmung – getroffen werden. Darin liegt auch die Unterscheidung zum Begriff *a posteriori*, welcher sich auf erfahrungsbezogene Urteile bezieht.

² αὐτονομία wobei der Begriff *autonomia* mit Unabhängigkeit, Selbstständigkeit oder Eigengesetzlichkeit übersetzt werden kann. Im Kontext der Aufklärung bezeichnet dies die Fähigkeit des Menschen (auf Basis der Vernunft) ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Auto = Selbst, Nomos = Gesetz

Anspruch, das individuelle Leben selbstständig zu gestalten (Böhm & Seichter 2017: 51). Die göttliche Vorherbestimmung im Zeitalter der Aufklärung wird durch das selbstbestimmte Subjekt ersetzt. Als Ausgangspunkt der gesellschaftlichen Transformation werden in der „Emanzipation des Subjekts, eine Entbindung der im Subjekt angelegten Potenziale der Autonomie“ ausgemacht (Reckwitz 2021: 16). Im Individuum selbst werden mentale Fähigkeiten verortet, diese sind der Ursprung der menschlichen Rationalität. Im klassischen Diskurs werden dem Subjekt *universale* Eigenschaften zugeschrieben (ebd.), wobei die auf Kant zurückgehende Erziehungspraxis der Aufklärung auch als Weg zur Vervollkommnung der Menschheit verstanden wird (Thompson 2019).

Der Subjektdiskurs der Aufklärung, in welchem das Subjekt als vernunftgeleitetes, rationales und mündiges Wesen dargestellt wird, prägt zeitgenössische Diskurse über Pädagogik bis in die Gegenwart. Die Kritik, welche am modernen Autonomieverständnis besteht, bleibt in der philosophischen Debatte jedoch weitgehend marginalisiert. Hervorzuheben ist hierbei einerseits Kritik aus einer poststrukturalistischen Perspektive³ und aus einer dekolonialen Perspektive, auf welche im Weiteren eingegangen wird.

Kritikpunkte

Richtungsweisend für eine autonomieskeptische Argumentationslinie ist das Werk von Käthe Meyer-Drawe „*Illusionen von Autonomie*“ (1990). In diesem arbeitet sie heraus, dass die durch die Aufklärung geprägten Konzepte von Autonomie, Freiheit, Vernunft und Mündigkeit illusionär sind, da sie von der Möglichkeit ausgehen, dass sich das autonome Subjekt unabhängig von jeglicher Macht- und Herrschaftsform entwickelt und auch darüber hinwegsetzen kann. Davon ausgehend wird das durch die Aufklärung geprägte Verständnis des autonom

3 Im poststrukturalistischen Denken wird das Subjekt nicht als autonome und in sich geschlossene Entität verstanden, sondern ist in seiner Herausbildung immer auch von äußeren Einflüssen abhängig, es bringt sich also nicht nur selbst hervor, sondern wird gleichsam hervorgebracht. Judith Butler weist darauf hin, dass die Unterwerfung des Subjekts unter herrschende Strukturen auch durch die Angewiesenheit auf andere bedingt wird (Butler 2001).

handelnden Subjektes infrage gestellt, welches sich durch die Befreiung jeglicher Fremdbestimmung auszeichnet (ebd., 150 f.).

Aus einer dekolonialen Perspektive kommend wird nun mit einer Kritik an der okzidentalistischen Autonomiekonzeption begonnen. In Anlehnung an De Sousa Santos verstehe ich Okzidentalismus als Bild des Westens über sich selbst, „die äußere Relativität des Westens“ (2018: 154), die von einem Exzeptionalismus ausgeht. Und andererseits spricht sie außer-europäischen Denktraditionen ihre Wertigkeit ab, dadurch wird die „innere Relativität des Westens“ (ebd.), also die Pluralität von Denkweisen im Westen selbst unterschlagen. Durch das moderne Subjektverständnis wird das Individuum ins Zentrum der Welt gerückt, dadurch wird diesem eine Vorrangigkeit gegenüber anderen Lebensformen eingeräumt. Der Literaturwissenschaftler Walter Mignolo führt den Ursprung dieses egozentrischen Subjektverständnisses auf historisch-politische Ereignisse zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert zurück. Im Zuge der Aufklärung wurde die christliche Hegemonie zunehmend hinterfragt, bis schließlich eine Verschiebung von theologischen Praktiken der Erkenntnis hin zu egologischen Praktiken stattfand (Mignolo 2012). Für die europäische Philosophie der frühen Neuzeit ist die Frage nach der Erkenntnis grundlegend, besonders Descartes geht dieser Frage nach. Die Abwendung der christlichen Denktradition hin zu einem rationalen Subjekt wird im bekannten Ausspruch „*Cogito ergo sum*“ vollzogen. Descartes setzt voraus, dass der Mensch nicht nur ein erkennendes Subjekt ist, sondern sich vielmehr die Welt mithilfe der Vernunft als erkennbares Objekt erschließt. Zudem findet sich bei Descartes die totale Trennung zwischen Körper und Geist – zwischen *res extensa* und *res cogitans*⁴. Auf der Ebene der Erkenntnistheorie führt diese Zweiteilung zur Subjekt-Objekt-Spaltung, also zur Trennung des ‚Ich‘ und der ‚Welt‘ (Descartes, 1994). Diese erkenntnistheoretische Annahme ist insofern problematisch, als dass sie das Subjekt *absolut* setzt.

4 In der cartesianischen Philosophie wird der *res cogitans*, der denkenden Substanz, die *res extensa*, der ausgedehnten Substanz, gegenübergestellt. Diese Gegenüberstellung benötigt Descartes, um den Dualismus zwischen dem Geistigen und dem Materiellen zu begründen.

Aus diesem Blickwinkel kann das Subjekt nicht als relationales und abhängiges Subjekt gedacht werden, da der Bezug zu etwas anderem fehlt – eine Kritik, welche bereits von poststrukturalistischer Seite geäußert wurde.

Ein Kritikpunkt, welcher aus dekolonialer Perspektive wichtig erscheint, ist die Überhöhung des Vernunftgebrauchs als Bestandteil der grundlegenden Idee der Autonomie im Zeitalter der Aufklärung. Durch die Fixierung auf die Vernunft als Modus der Erkenntnis werden andere Formen der Erkenntnisproduktion und Modi des In-der-Welt-Seins abgewertet, dazu zählen beispielsweise Körperlichkeit wie der sinnliche oder sinnhafte Körper (Etzkorn/Mecheril 2023: 134). Durch die „Vernunftlastigkeit der Autonomie“ (Thompson 2019: 90) wird ein Subjekt begünstigt, dessen ethisches Handeln primär auf rationalen Entscheidungsprozessen beruht. Solange die Vorstellung von Autonomie als Idee der Selbstbestimmung in der Vernunft begründet und darin konzentriert bleibt, bewegt sich die Vorstellung innerhalb der Grenzen eines epistemischen Eurozentrismus. Durch die hegemoniale Stellung der Vernunftkonzeption im Zeitalter der Aufklärung wird der Mensch als Träger der Vernunft konzipiert. Das Problem hierbei ist nicht die Vernunftkonzeption des Menschen, sondern die damit einhergehende eurozentristische Monopolstellung des Menschen. Durch diese werden andere (nicht-europäische) menschliche bzw. nicht-menschliche Lebensformen abgewertet, da diesen die Vernunftfähigkeit abgesprochen wird.

Mithilfe dieser Argumentationslinie wurde die koloniale Zivilisierungsmission der nicht-europäischen Welt legitimiert, in welcher die koloniale Gewalt mit dem Glauben zusammentrifft, dass Europa im Zuge der kolonialen Expansion Barbarei und Aberglauben überwinden konnte. Diese Vorstellung wird mit dem Drang der wirtschaftlichen Entwicklung zusammengeführt. Diese zwei Punkte zusammen bilden die Grundlage die als rückständig *geframte* kolonisierte Bevölkerung durch Erziehung zu ihrem Vernunftgebrauch zu befähigen (Dhawan 2014: 24). Durch die eurozentristisch geprägte Vorstellung der menschlichen Vernunftkonzeption werden alle anderen Eigenschaften, welche den Menschen

nicht allein als vernunftbegründet ausmacht, vernachlässigt. Die Abhängigkeit des Menschen von anderen nicht-menschlichen Lebensformen wird ausgeblendet und dem Menschen wird eine Vorrangigkeit gegenüber nicht-menschlichen Lebensformen (wie beispielsweise Tieren oder Pflanzen) eingeräumt.

Doch auch diese Vorrangstellung des Menschen gegenüber der Umwelt wird im Zeitalter des Klimawandels zunehmend debattiert und hinterfragt (siehe Latour 2012; 2015). Auf juristischer Ebene werden zudem zunehmend die Möglichkeiten diskutiert, die Natur als eigenes Rechtssubjekt („Rights of Nature“) anzuerkennen (Tabios et al. 2017). In diesem Zusammenhang kann auch Alberto Acosta und sein Hauptwerk „Buen Vivir“ (2015) genannt werden, in welchem der Natur formal eigene Rechte zugesprochen werden. Eine utopische Vorstellung, welche 2008 in der Neugestaltung der Ecuadorianischen Verfassung realisiert wurde. In dieser bekam *Pachamama* (Mutter Erde) erstmalig weltweit einen eigenen Rechtsstatus.

Zurückkommend auf das eurozentristische Narrativ, das Bildung als Fortschritt darstellt, sollte stärker versucht werden, dieses Narrativ zu dekonstruieren/ diesem entgegenzuwirken. Da durch diese Erzählung zivilisatorischer und menschlicher Fortschritt versprochen wird und sie dazu beiträgt, koloniale Strukturen bis in die Gegenwart zu stützen. Quijano (2016) verweist mit dem Begriff „Kolonialität der Macht“ auf den Zusammenhang und die Wirkungsweise zwischen Kolonialismus als politische Ordnung und kulturellen Strukturen, welche mithilfe des eurozentristischen Bildungsbegriffs legitimiert werden.

Conclusio

Zentral für die Kritik am Subjektdiskurs der Aufklärung ist wohl die übergeordnete Stellung des Subjektes, in dem es ausschließlich als vernunftgeleitetes, rationales und mündiges Wesen dargestellt wird. In der philosophischen Denktradition findet bis in die Gegenwart eine breite Rezeption des aufklärerischen Denkens statt, in welcher das autonome Subjekt im Mittelpunkt steht. Im Beitrag wurde jedoch aufgezeigt, dass das rationale Subjekt

nicht vollständig unabhängig von der Außenwelt (oder auch nicht-menschlichen Lebensformen) existieren kann, da auch hier gewisse gegenseitige Abhängigkeiten bestehen. Doch in der cartesianischen Denktradition wird durch die Absolutsetzung des Subjekts der Rest der Welt zu einem erschließbaren Objekt herabgesetzt. Erst durch die Loslösung des fixen eurozentristischen Vernunftbegriffs, auf dem die vermeintliche Überlegenheit des Menschen begründet wird, können andere Entitäten als nicht bloß zu erschließende Entitäten wahrgenommen werden. Auch das Subjekt selbst ist keine in sich geschlossene Entität, sondern ist – nach Butler – immer auch Subjektivierungen unterworfen (2001).

Anstelle der Kommodifizierung nicht-menschlicher Lebensformen, wie zum Beispiel der Umwelt, muss für die Zukunft ein anderer Umgang mit ihnen gefunden werden, um beispielsweise dem Klimawandel entgegenwirken zu können. Ein Umgang, welcher Formen der Kommodifizierung oder Kapitalisierung entgegenwirkt, und versucht, aus diesen auszubrechen. Doch dafür bedarf es einer Veränderung der herrschenden Vernunftkonzeption und ein Eingeständnis der Abhängigkeit der Menschen von der Umwelt.

Petra Kolb studiert Politikwissenschaft an der Universität Wien und interessiert sich für Politische Theorie und Protestbewegungen (insbesondere Klimaproteste).

Literatur

- Acosta, Alberto (2015): *Buen Vivir. Vom Recht auf ein Gutes Leben*. München: oekom verlag.
- Raphael Beer (2016): Naive Aufklärung und resignative Entmündigung. Das Subjekt zwischen Erkenntnis- und Gesellschaftstheorie. In: Innokentij Kreknin u. Chantal Marquardt (Hg.): *Das digitalisierte Subjekt. Grenzbereiche zwischen Fiktion und Alltagswirklichkeit. Sonderausgabe #1 von Textpraxis. Digitales Journal für Philologie* (2.2016), S. 21–36.
- Böhm, Winfried & Seichter, Sabine (2017): *Wörterbuch der Pädagogik*. Leiden: utb.
- Butler, Judith (2001): *Psyche der Macht. Das Subjekt der Unterwerfung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Descartes, René (1994): *Meditationen über die Grundlagen der Philosophie (mit den sämtlichen Einwänden und Erwiderungen)*. Hamburg: Felix Meiner.
- De Sousa Santos, B. (2018): *Epistemologien des Südens. Gegen die Hegemonie des westlichen Denkens*. Münster: Unrast.

Dhawan, Nikita (2014): Affirmative sabotage of the master's tools. The paradox of postcolonial enlightenment. In: Nikita Dhawan (Hg.), *Decolonizing enlightenment. Transnational justice, human rights and democracy in a postcolonial world*, Opladen: Barbara Budrich, S. 19–78.

Etzkorn, Nadine/ Mecheril, Paul (2023): Autonomie als Gegenstand und Maßstab der Kritik. In: *Erziehungswissenschaften dekolonisieren. Theoretische Debatten und praxisorientierte Impulse*. Publisher: Beltz Juventa Verlag. S. 125–150.

Immanuel Kant (1991): Beantwortung der Frage: Was ist Aufklärung? In: Ders.: *Werkausgabe*, Bd. II. Frankfurt / M., S. 53–61.

Kant, I. (1785/1986). *Grundlegung zur Metaphysik der Sitten* (Hrsg. u. eingef. v. T. Valentiner). Reclam.

Kant, I. (1788/2003). *Kritik der praktischen Vernunft* (Hrsg. v. H. D. Brandt & H. Klemme). Meiner.

Meyer-Drawe, K. (1990). *Illusionen von Autonomie. Diesseits von Ohnmacht und Allmacht des Ich*. Kirchheim.

Mignolo, W. D. (2012). Epistemischer Ungehorsam. Rhetorik der Moderne, Logik der Kolonialität und Grammatik der Dekolonialität. *Turia + Kant (Descolonialidad del ser y del saber 2006)*

Musgrave, Alan (1995): *Alltagswissen, Wissenschaft und Skeptizismus*. Tübingen: utb.

Gottfried, Gabriel: *Grundprobleme der Erkenntnistheorie. Von Descartes bis Wittgenstein*. Paderborn u.a. 1998.

Reckwitz, Andreas (2021): *Subjekt*. Bielefeld: transcript.

Tenorth, H.-E. (2020). *Die Rede von Bildung. Tradition, Praxis, Geltung – Beobachtungen aus der Distanz*. Springer.

Thompson, C. (2019): *Allgemeine Erziehungswissenschaft. Eine Einführung*. Kohlhammer.

Über den vergessenen Begründer des Utopischen Sozialismus: Étienne-Gabriel Morelly

Julia Wackerbauer

„Schafft das Privateigentum ab, ich wiederhole es unablässig, ihr verhindert unzählige Tragödien, die den Menschen zu den unbeschreiblichsten Gewalttaten führen.“ - Étienne-Gabriel Morelly

Morelly, le méconnu des lumières — Morelly, der große Unbekannte der Aufklärung

Wer war Étienne-Gabriel Morelly? In erster Linie ein mysteriöser und grandios unterschätzter Philosoph. Ohne Morelly gäbe es keinen utopischen Sozialismus. Der Politikwissenschaftler Richard Saage schreibt Folgendes über dessen *Code de la nature*:

„Angeregt durch de las Vegas' Portrait der kommunistischen Zivilisation der Inkas in Peru, sieht er wie Platon und Morus im Privateigentum das eigentliche Ferment, das die gesellschaftlichen Beziehungen in einen »Krieg aller gegen alle« (Hobbes) auflöst.“ (Saage 2004)

Fest steht eines: dass wir wenig über diesen Menschen wissen. Die jüngste Forschung ist gescheitert an einer exakten Angabe seiner Lebensdaten; allein sein Werk lässt uns Biographisches erahnen. Für den Utopischen Sozialismus ist Morellys Hauptwerk, der *Code de la Nature*, von essenzieller Bedeutung, es erschien 1755.

Trotzdem einige Daten zu Morellys Biographie, ohne Anspruch auf Korrektheit. Er dürfte um das Jahr 1715 geboren sein, in Frankreich, der Ort ist nicht gesichert. Auch sein von einigen auf das Jahr 1778 datierter Tod ist fraglich. Er müsste einen Teil seiner Jugend in Vitry-Le-François verbracht haben, wo er den Beruf des Volksschullehrers ausübte. Auch als diplomatischer Gesandter soll er gearbeitet haben, doch mit wenig Erfolg. Er wollte an den Hof Friedrich II. nach Potsdam, seinen Zeitgenossen Voltaire und De la Mettrie folgend, doch der Plan muss vereitelt

worden sein. Es sind von Morelly sechs Werke bekannt, darunter *La Basiliade ou naufrage des isles flottantes*, eine Utopie in Form eines Romans. Der *Code de la Nature*¹, eine Utopie mit konkreten Entwürfen, ist sein letztes und bedeutendstes Werk.

Worin besteht die Einzigartigkeit des *Code de la nature*?

Einzigartig ist Morelly, weil er als erster das Terrain der *fantastischen Erzählung* verließ, um stattdessen ein wahres Manifest zu schreiben, einen Umsturz der Verhältnisse zu fordern. Alle Utopien des 18. Jahrhunderts waren schließlich romanhafte Fantasiegeschichten, keine konkreten Entwürfe. So muss Morelly als der Pionier unter den *Utopischen Sozialisten* gelten, lange vor Henri de Saint-Simon oder Robert Owen. Mit Sicherheit wurde der *Code de la nature* auch von den *Enzyklopädisten* gelesen; doch der Erfolg wurde ihm verwehrt. Stattdessen wurde die Autorschaft Denis Diderot zugeschrieben – ihm hätte man so ein Werk zugetraut. Immerhin diese falsche Zuschreibung konnte 100 Jahre später aufgeklärt werden. Jedenfalls verschwand das Werk aus der Öffentlichkeit, bis es im 19. Jahrhundert von Sozialist:innen und Theoretiker:innen aller Art wieder entdeckt wurde, unter anderem lasen Karl Marx und Ludwig Feuerbach den *Code de la nature*. Aus dieser Zeit rührt auch die Abgrenzung von *wissenschaftlichem* und *utopischen* Sozialismus: So grenzten Marx und Engels sich bewusst vom *utopischen* Sozialismus des 18. Jahrhunderts ab, der ihrer Meinung nach kein revolutionäres Potential hatte. Morellys Werk jedoch ist einen zweiten Blick

¹ Von Ernst Moritz Arndt übersetzt mit: Gesetzbuch der Natur oder Gesetzbuch der natürlichen Gesellschaft

wert. Der *Code de la nature* ist alles andere als ein *Fantasie*-Epos. Betrachtet aus einer Distanz von 250 Jahren wirken nach wie vor viele Elemente utopisch. Gleichzeitig sollte Morellys Einfluss auf viele spätere Sozialist:innen nicht unterschätzt werden. So wie viele Freudsche Annahmen in der modernen Psychoanalyse als überholt gelten, so überraschen auch Morellys Vorstellungen von einem sozialistischen Gemeinwesen. Trotzdem wird keiner darauf kommen, die Pionierleistung Sigmund Freuds anzuzweifeln. Vielleicht dient dieser Essay insofern einer gewissen Rehabilitierung Étienne-Gabriel Morellys.

Abschaffung des Privateigentums als *Idée fixe*

Jedenfalls ist der *Code de la nature* kein *Gesetzbuch der Natur*, wie es Ernst Moritz Arndt übersetzt hat. Denn: der *Code de la nature* ist ein Manifest, mit pamphletischer Wirkung, brachial in seiner Kritik und kompromisslos in seinen Vorschlägen. Konsequenter fordert er die Vergemeinschaftung aller Güter und sieht darin das größte Glück für die Gesellschaft als Ganzes. Der radikale Entwurf einer kommunistischen Gesellschaft, 100 Jahre vor Marx' und Engels' *Kapital*. Kurz, präzise, keinen Widerspruch duldend.

Wir wissen nicht, wie Morelly zum Kommunisten wurde. Ohne das intellektuelle Umfeld der Pariser *philosophes*, die ja zeitgleich mit ihm lebten? Vielleicht hat er sie doch einmal besucht und sich dabei inspirieren lassen. Immerhin war die Forschung lange der Meinung, Morelly sei ein Pseudonym Rousseaus. Was unwahrscheinlich ist – auch wenn die Überschneidungen zwischen Rousseaus *Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes* und dem *Code de la nature* auffällig sind. Jedenfalls war es Étienne-Gabriel Morelly und nicht Jean-Jacques Rousseau, der als Erster formulierte:

„Schafft das Privateigentum ab, ich wiederhole es unablässig, ihr verhindert unzählige Tragödien, die den Menschen zu den unbeschreiblichsten Gewalttaten führen.“ (Étienne-Gabriel Morelly)

Wie wird der *Code de la nature* von der Wissenschaft eingeschätzt?

Der *Code de la nature* ist nach wie vor ein Rätsel, das uns viel über die *lumières radicales* verrät. Im Folgenden einige wissenschaftliche Einschätzungen und Beschreibungen.

Jörg Monar, gegenwärtiger Rektor des *College of Europe*, beschreibt den *Code de la nature* in einem Kindler-Lexikoneintrag folgendermaßen:

„Der *Code de la nature* zählt zu den bedeutendsten Staatsutopien des 18. Jh.s. Morelly hat zwar erhebliche Anleihen bei Platon, J. Locke und Montesquieu genommen, doch weist sein Werk vor allem aufgrund des darin erstmals konsequent angenommenen Primats der ökonomischen gegenüber den politischen Grundlagen eines Staatswesens eine unzweifelhafte Originalität auf. Seine frühkommunistische Wohlfahrtskonzeption beeinflusste maßgeblich den Revolutionär F. N. Babeuf (1760–1797) und nahm wesentliche Elemente der sozialen und politischen Theorien von Saint-Simon (1760–1825), É. Cabet (1788–1856) und Louis Blanc (1811–1882) vorweg.“ (Munzinger Online)

Claudio de Boni, der 2013 den Artikel *Nature and Utopia in Morelly's Code De La Nature* veröffentlichte, setzt den *Code* darin mit Rousseaus *Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes* auf eine Stufe. Er schreibt weiter:

„Here he presented a perfect society with an ideal system of laws, which, for the first time in the utopian genre, came very close to the drafting of an imaginary Bill of Rights.“ (De Boni 2012, S. 82)

Was geschah nach 1755 mit dem *Code de la nature*?

Der *Code* wurde gedruckt in der belgischen Verlagsdruckerei Bassompierre in Lüttich (Coe 1961). Von dort wurde er nach Frankreich geschmuggelt. Morelly ließ ihn anonym publizieren, dies war im Jahr 1755 eine typische Methode, um der Zensur

zu entkommen. Es gibt unterschiedliche Aussagen über die Ersterscheinung des *Code*, Coe geht vom Jahr 1754 aus (ebd.). Zwei weitere Drucke entstanden in den Jahren 1772 und 1773, aber als Teil der Gesamtausgabe der Morelly'schen Werke. Eine erkleckliche Zahl an *Code*-Leser:innen gab es unter den Enzyklopädist:innen: Johann Melchior Grimm und der Abbé de Raynal zählen zu den illustren Lesern. Coe zufolge unterschätzen sie beide den *Code* und zollten ihm keine echte Aufmerksamkeit. Dass Rousseau ein Leser des *Code* war, behaupten allerdings nur Nicolas Wagner und Stéphanie Roza. Die Anonymität des Werkes führte zu einigen Spekulationen über den Autor. Grimm soll gemeint haben, der Traktat sei von Rousseau (De Boni 2012). Für Abbé Raynal war es ein Werk des Enzyklopädisten Toussaint (ebd.). Interessanterweise wurde einem der berühmtesten Enzyklopädisten, Denis Diderot, annähernd 50 Jahre die Autorschaft hartnäckig angedichtet. Dafür verantwortlich war die *Année littéraire* (De Boni 2012), eine damaligen Literaturrevue, in welchem er aber eine sehr schlechte Kritik erhielt. (ebd.) Laut Roza war der *Code* jedenfalls tief verankert in den intellektuellen und politischen Debatten Mitte des 18. Jahrhunderts (Roza 2011, S. 23). Es gibt mehrere Gründe, warum der *Code* wenig Anklang fand bei den damaligen Intellektuellen: Möglicherweise war Morelly's Kritik an Montesquieu zu heftig, insbesondere an dessen *Geist der Gesetze*. Möglicherweise war Morelly's Traktat überschattet von Rousseaus *Discours sur l'origine et les fondements de l'inégalité parmi les hommes*, der im Jahr 1755 erschien.

Was fordert der *Code de la nature*?

Der *Code de la nature* besteht aus vier Teilen:

1. Kritik der Grundsätze in Politik und Moral
2. Besondere Kritik der Obrigkeit
3. Besondere Kritik der allgemeinen Sitten
4. Modell einer Gesetzgebung, die der Natur des Menschen entspricht.

Bemerkenswert ist Morelly's Absolutheitsanspruch. Er rechtfertigte ihn dadurch, dass er allein zum Vorteil der Menschheit argumentiere. Im Vorwort fordert Morelly:

„Non est mora longa...Ob man dieses Buch liest oder nicht, wenig liegt mir daran, aber wenn man es liest, so muß man es vor aller Gegenrede ganz lesen. Ich will kein halbes Gehör noch einen voreingenommenen Richter: man muß, um mich zu verstehen, seine teuersten Vorurteile aufgeben. Laßt einen Augenblick diesen Schleier fallen, ihr werdet gerade da, wo ihr die Weisheit zu schöpfen meint, die Quelle und den Ursprung aller Übel aller Verbrechen mit Grausen entdecken; ihr werdet sehen, wie die gewöhnliche Moral und Politik den einfachsten und schönsten Lehren beständig widersprechen. Wenn ihr [...] die Abgeschmacktheit davon weder merken wollt noch könnt, so lasse ich euch im Irrtum so fortreiben. [...]“ (Morelly 1964, S. 81).

Im **ersten** Teil des *Code de la nature* beginnt Morelly mit der Behauptung, in allen Nationen der Welt würde die Ethik nach falschen, ungleichen Prinzipien betrieben. Beinahe alle Menschen würden eine ungerechte Ethik kultivieren, die darin bestünde, dass diese gegen die Grundsätze der Vernunft verstößt. Dementsprechend basieren die Sitten dieser Menschen auf falschen Vorannahmen, insbesondere falschen Vorannahmen über das Wesen des Menschen. Ihrer Ansicht nach ist der Mensch von Natur aus schlecht. Morelly ist der gegenteiligen Ansicht. Ihm zufolge sei der Mensch ein *zoon politikon*, ein gesellschaftliches Wesen, das eine „natürliche Rechtschaffenheit“ besäße. Die unterschiedlichen Fähigkeiten der Menschen würden sich ergänzen, hätte nicht eine auf einer unnatürlichen Ethik gründende Gesetzgebung dies verhindert. Der Grund für diese „falsche Moral“ ist, dass die Menschheit die Gesetze der Natur (die Gesetze der Nächstenliebe und der Solidarität) abgeschafft hat und statt ihrer neue, aber weniger gerechte Gesetze eingeführt hat. Diese neuen Gesetze gehen nicht davon aus, dass der Mensch ein Gesellschaftswesen ist und führen daher zu vielen Übeln. Insofern, schreibt Morelly, seien alle seine philosophischen Zeitgenossen auf dem Holzweg. Auch Montesquieus

Geist der Gesetze kritisierte er scharf. Er hatte wenig Respekt für jemanden, der allein die Unbeständigkeit der Gesetze beschrieb, anstatt deren Ungerechtigkeit zu kritisieren.

Gesetze, die sich auf die prinzipielle Ungleichheit unter den Menschen stützen, hätten sie untereinander und im Grunde auch von ihrem eigenen Wesen entfremdet.

Im **zweiten** Teil des *Code de la nature* („défauts particuliers de la politique“) kritisiert Morelly die Unterdrückung der Menschen durch die Obrigkeit. Für Morelly ist im Grunde klar, dass der Beginn der arbeitsteiligen Gesellschaft gleichzeitig ihren Niedergang bedeutet:

„Es ist in allen Gesellschaften das Gleiche, wo das harte und erbarmungslose Eigentum regiert; dieses ist die Mutter aller Verbrechen, und jene sind Kinder der Verzweiflung und einer zornigen, extremen Armut. Die Gesetzgeber bestrafen überall den Unglücklichen und verschonen den Schuldigen; ihre lächerlichen Gesetze begrenzen die Missstände notdürftig: durch ihre Gesetze fördern sie das Verbrechen und sie kennen die Mittel, dieses unmöglich zu machen, nicht. Sie [die Gesetze] mussten gemacht werden, um unvernünftige Regeln zu verhindern, welche Ursprung der Launenhaftigkeit sind; aber da diese selbst der Vernunft widersprechen, haben sie entweder die Repression verstärkt, oder sie haben (den Menschen) neue Formen der Unterdrückung auferlegt. Oft verändern die Gesetzgeber harmlose Taten in Verbrechen, um ihre schwache Autorität zu steigern.“ (Morelly 1964, 185).

Dieses Zitat, der *Basiliade* entnommen, ist die Essenz der Morelly'schen Gesellschaftskritik. Aber was bedeutet der Begriff *Eigentum* und warum wird er so heftig von Morelly kritisiert?

Laut Morelly haben die Menschen ihre Gleichheit vergessen und stattdessen ihresgleichen in ein ungerechtes System eingeteilt. Wahre Egalität herrsche nur noch bei den „wildem Völkern“. Der Geiz der Menschen entstamme einer Ethik, die die Menschen als ungleich betrachtet. Das

Menschenbild dieser Ethik gehe davon aus, dass der Mensch entweder zum Herrschen oder zum Dienen geboren sei. Ergo herrsche Furcht und Geiz. Ernst Moritz Arndt übersetzt (in einer ungewöhnlich modernen Terminologie) Morelly's Ausführungen mit „Vermögensungleichheit“ (ebd., 109), diese sei die Grundursache der falschen Moral und der Missstände der Gesellschaft. Die Unterscheidung in Arm und Reich sei das Fundament der gesamten Gesellschaftsordnung. Morelly schreibt, es müssten jedem mit klarem Verstand zwei Dinge einleuchten: Dass erstens das Menschenbild des von Natur aus schlechten Menschen falsch ist. Und dass zweitens der wahre Grund allen Unrechts die erste Teilung der Güter der Natur ist. Hier offenbart Morelly dem Leser seine Weltanschauung; heute würde man sagen, er positioniert sich eindeutig als Kommunist. Mit vielen Beispielen kritisiert Morelly weiter das politische System und erklärt die bürgerlichen Gesetze zu Vollstreckern einer ewigen Ungerechtigkeit. Morelly kritisiert allgemein die Oberflächlichkeit der herrschenden intellektuellen Debatten, die um unnütze Fragen kreisten (wie zum Beispiel eine Theorie Montesquieus, die einen Zusammenhang zwischen Charakter und Klima einzelner Ethnien sah).

Eine Kollektivgesellschaft ohne Privateigentum sei universal die beste aller möglichen Gesellschaftsformen. Kollektive Gesellschaften, so meint er, kennen keine Vorurteile, denn diese entspringen dem „*ungelehrigen und faulen Geist von Eigentum und Sonderinteresse*“ (ebd., S 114). Laut Morelly entspringen alle Laster dem Besitzdenken. Er argumentiert aus heutiger Sicht unkonventionell: Sogar die Faulheit der Menschen sei durch die bürgerlichen Gesetze bedingt. Seine Unterordnung unter deren Individualismus habe ihn widerspenstig werden lassen:

„Der Mensch ist also von Natur nicht faul, aber er ist es geworden, oder, was dasselbe ist, er hat Widerwillen gegen jede wahrhaft nützliche Beschäftigung angenommen.“ (ebd., S. 117)

Somit hätten alle bisherigen Gesetze die ungerechte Einteilung der Menschen in Herrscher und Beherrschte zementiert. Als Vorbild seiner Kritik zitiert Morelly

Horaz, der schon in der Antike die Güterteilung als Grund vieler Übel sah. Die bürgerlichen Gesetze hätten den alleinigen Zweck, den armen Teil der Menschheit zu unterjochen und dessen Not aufrecht zu erhalten. Dazu dienten die bürgerlichen Gesetze, denn sie verfestigen die Ungleichheit zwischen Besitzenden und Besitzlosen. Privateigentum führt zu Eifersucht, Eifersucht verleitet die Menschen zum Diebstahl. Letzten Endes führt die Ungleichheit also zum Krieg. Umgekehrt verhält es sich, wenn es keinen Privatbesitz gibt und jedem *alle* Güter gehören:

„Aber welcher Sache würde sich der Mensch berauben lassen bei einer vollkommenen Gleichheit des Genusses der zum Leben notwendigen Dinge? Schließt diese Gleichheit nicht jeden Gedanken, jede Lust zu schaden aus?“ (ebd., S. 126)

Morelly macht vor keiner Institution halt und identifiziert im zweiten Teil seines *Code* auch den Klerus als typischen Profiteur des ungerechten bürgerlichen Systems. Ursprünglich habe das Christentum Sanftmut und Nächstenliebe gefordert, aber da die Mönche keine Nachkommen haben durften, konnte sich ihr kollektives Denken nicht genügend verbreiten. Derweil habe der Klerus ausschließlich auf Kosten der Gesellschaft gelebt:

„Man sah dann den Diener der Altäre sich die Erbschaft des Armen [...] zueignen; man sah diese vermeinten Vermittler zwischen Gott und dem Menschen mit dem reichen Dummkopf in der Stunde seines Heimganges um Lösegeld feilschen [...]“ (ebd. S. 129)

Und weiter behauptet Morelly, dass die wahre politische Freiheit...

„ohne Hindernis und Furcht alles zu genießen, was seine natürlichen und folglich sehr rechtmäßigen Gelüste befriedigen kann.“ (ebd. S. 131)

Daher brauche der Mensch ein gutes Gemeinwesen, in welchem Solidarität und Brüderlichkeit herrschen.

Im **dritten** Teil liefert Morelly eine weitere Kritik an den Verhältnissen; gleichzeitig erörtert er, wie eine gesellschaftsbewusste Ethik aussähe. Morelly kritisiert die Sittenlosigkeit der Menschen, stellt sie aber als vermeidbar dar:

Der Mensch ist von Natur aus weder gut noch schlecht, er hat allein Bedürfnisse, die er zu befriedigen sucht. Diese Bedürfnisse übersteigen zwar von jeher seine Fähigkeiten, doch dafür hilft ihm das Kollektiv. Durch kollektives Handeln gleichen die Menschen ihre einzelnen Unzulänglichkeiten aus. Sobald aber das Privateigentum ins Spiel kommt, verschwindet diese angeborene Gutmütigkeit und Hilfsbereitschaft. Das Privateigentum zerstört die gesellschaftliche Harmonie und die inhärente Wohltätigkeit des Menschen, an ihre Stelle tritt die Gerissenheit und das Prinzip, auf Kosten des anderen sich einen Vorteil zu verschaffen. Im Übrigen sei der Mensch frei von Ideen geboren, ergo habe der Mensch keine böartigen Veranlagungen. Morelly argumentiert mithilfe mehrerer Beispiele, dass die Bösartigkeit der Menschen allein der vernunftwidrigen Aufteilung der Güter geschuldet sei. In diesem Zusammenhang muss unbedingt Rousseaus berühmtes Zitat über den Beginn der bürgerlichen Gesellschaft zitiert werden.

Es verdeutlicht, was Morelly mit seiner Kritik der Güterteilung meint:

„Der erste, der ein Stück Land mit einem Zaun umgab und auf den Gedanken kam zu sagen »Dies gehört mir« und der Leute fand, die einfültig genug waren, ihm zu glauben, war der eigentliche Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde, wie viel Elend und Schrecken wäre dem Menschengeschlecht erspart geblieben, wenn jemand die Pfähle ausgerissen und seinen Mitmenschen zugerufen hätte: »Hütet euch, dem Betrüger Glauben zu schenken; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass zwar die Früchte allen, aber die Erde niemandem gehört.«“⁴²

² Zitiert aus Wikipedia: https://fr.wikipedia.org/wiki/Du_contrat_social

Die Zwänge der bürgerlichen Gesellschaft verwandeln die natürlichen Bedürfnisse des Menschen in Launen, in amoralisches Verhalten und in Verbrechen. Der Beweis hierfür sei das *goldene Zeitalter*, welches im kollektiven Gedächtnis jeder modernen Gesellschaft existiere. In diesem goldenen Zeitalter lebten die Menschen im Naturzustand in Frieden und Harmonie. Das *goldene Zeitalter* ist Morellys theoretischer Beweis dafür, dass die Gesellschaften, die ihre Güter kollektiv verwalten, auch die gerechteren sind. Für den Autor des Traktats ist klar, dass nur ein kollektivistisches Staatswesen den gesellschaftlichen Wohlstand sichert. Morelly schließt den dritten Teil seines philosophischen Essays mit der Aufforderung, die Gesetze und die Sitten nach der Logik der Natur zu reformieren, um den monströsen Geist des Eigentums zu bezwingen.

Morelly erklärt also, ihm sei allein die *Vernunft* zur Seite gestanden, als er diesen Gesetzesvorschlag erarbeitet hat. Ebendiese Vernunft verhindere, dass die Menschen schlecht werden, weil vernünftig zu handeln, bedeutet für Morelly, kollektiv zu handeln.

Der **vierte** Teil besteht aus der Gesetzgebung der *Cité morellienne*: Korporatismus, Gemeingüter und Rotation der politischen Ämter. Morelly ist sich im Klaren darüber, „dass es heutzutage unmöglich wäre, eine solche Republik aufzubauen“ (Roza 2011, S. 148). Denn die Bedingungen stimmen nicht. Diesem entspringen Morellys *Trois lois fondamentales et sacrées* dem Anspruch, der Menschheit kapitalistische Produktions und Eigentumsverhältnisse als die Inkarnation aller gesellschaftlichen Übel zu erklären:

1. Gesetz: „Nichts in der Gesellschaft wird als Eigentum jemandem ausschließlich gehören als die Sachen, wovon er einen gegenwärtigen wirklichen Gebrauch machen wird, sei es für seine Bedürfnisse, seine Vergnügungen oder seine Tagesarbeit“.

2. Gesetz: „Jeder Bürger wird ein Mann des Staates sein, beschützt, unterhalten, beschäftigt auf Kosten des Staats.“

3. Gesetz: „Jeder Bürger wird für seinen Teil nach seinen Kräften, seinen Talenten und seinem Alter zum Staatsnutzen beitragen. Hiernach werden seine Pflichten den Gesetzen der Verteilung gemäß geregelt werden.“ (Morelly in Arndt 1964, S. 181 f.)

Diese drei Gesetze bilden die Grundlage der Morelly'schen Republik und sie definieren diesen Staat eindeutig als sozialistisch und planwirtschaftlich. Es ist ein Bruch mit allen vorherigen und zeitgenössischen Utopisten: deren ideale Staaten dienten allein als „*jeu d'esprit*“ (Coe 1961 S. 52) und hatten niemals den Anspruch auf Verwirklichung.

Im Anschluss an diese „drei geheiligten Grundgesetze“ folgen elf weitere Gesetze (mit Ausführungen); unter diesen sind die Regierungsgesetze ebenso unantastbar wie die Grundgesetze und dürfen niemals geändert werden.

Die ersten Gesetze nach den *lois fondamentales* sind die *lois distributives ou économiques*, d.h. die Gesetze zur Regelung der Wirtschaft. Wider Erwarten beginnt dieser Abschnitt mit der Einteilung der Menschen in *familles, tribus, cités* und *provinces* (Roza 2011, S. 149). Diese Einteilung spielt eine wichtige Rolle, weil gemäß diesem Muster alle wichtigen Aufgaben koordiniert werden. Es funktioniert so: Die Stämme setzen sich aus einer gleichen Anzahl von Familien zusammen, ebenso die Städte aus einer gleichen Zahl von Stämmen. Dasselbe gilt für die Provinzen, die sich alle aus einer gleichen Anzahl von Städten zusammensetzen. Im Anschluss daran erklärt Morelly, wie die Wirtschaft seiner Republik aussehen soll. Wie bereits erwähnt, sind alle Güter vergesellschaftet. Geld existiert nicht, es gibt keine Geschäfte, stattdessen Magazine. Die Verteilungsgesetze erklären das Kaufen oder Tauschen schlichtweg für verboten und etablieren stattdessen ein kontinuierliches System der Distribution.

Das heißt, die Väter holen für ihre Familien alle Güter des täglichen Bedarfs in den Magazinen, nach dem Prinzip des ersten Grundgesetzes, dass jeder Bürger und jede Bürgerin durch den Staat versorgt werden muss. Proportionalität und Verhältnismäßigkeit spielen in der Morelly'schen Republik eine wichtige Rolle: jedem Gewerbe soll eine bestimmte Zahl an

Arbeitern zugeordnet werden, außerdem will Morelly jede Einteilung auf Basis eines Dezimalsystems durchführen.

Außerdem muss es immer ein gewisses Maß an Notreserven geben. Falls die Bürger:innen der Republik doch in Not kommen sollten, müssen die Güter so verteilt werden, dass kein:e einziger Bürger:in Hunger leiden soll. D.h. im Zweifel ist es vorgesehen, dass alle auf ein Gut verzichten; so soll auch in Notzeiten die Gleichheit gewahrt bleiben. Als Nächstes folgen die *lois agraires*, in denen festgeschrieben wird, dass die Landwirtschaft allein zur Subsistenz dient. Ein Landwirtschaftspflicht soll dafür sorgen, dass die Versorgung gesichert ist. So müssen alle Bürger im Alter von 20 bis 25 Jahren in der Landwirtschaft mitarbeiten.

In den *lois édiles* oder *lois d'urbanisme* (Gesetze des Städtebaus) geht es darum, eine gleichförmige Architektur zu erschaffen. Morelly beschreibt, wie die Städte in Quartiere eingeteilt werden sollen und wie alle Provinzen des gesamten Staats nach ähnlichem Vorbild aufgebaut sein sollen. Kein Bürger soll ohne Wohnung bleiben. Handwerksbetriebe, Manufakturen, Spitäler, Altenheime und Magazine sollen in allen Städten nach einem bestimmten Schema angeordnet sein. Dieses Schema wird nicht weiter ausgeführt, aber in der Morelly'schen Republik ist es Pflicht.

Die *lois de police* sollen jedes despotische Regime unmöglich machen. Daher gibt es in der Cité morellienne ein Rotationssystem für alle politischen Ämter. Wie bereits erwähnt, ist es ein patriarchales System, in dem die Väter über die Familien bestimmen und diese Familienväter Teil eines *sénat du tribu* sind, der über den Stamm (*tribu*) bestimmt. Diesem übergeordnet ist der *sénat de cité*; die oberste Instanz ist der *sénat suprême*. Die Politik-Gesetze bestimmen auch die Einteilung des Jahres, die Ferien und die Ruhetage. Jedes Jahr gibt es neue *Chefs de cité* und neue Vorsitzende der Genossenschaften. Jeder, der in ein neues Amt wechselt, soll sofort ersetzt werden; die Häufung von Ämtern soll in jedem Fall verhindert werden. Das Jahr wird so eingeteilt, dass jeder 5. Tag ein Ruhetag ist und in regelmäßigen Abständen „Freudenfeste“ stattfinden. Diese Feste dauern immer

6 Tage und während ihrer werden die kollektiven Hochzeiten abgehalten und die Beamten in ihre wechselnden Ämter eingeteilt. Außerdem regeln die *lois de police* das Ausbildungssystem.

Die *lois somptuaires* sind die Gesetze gegen den Luxus. Alle Bürger:innen sollen, je nach Gewerbe, gleich gekleidet sein und sich nur in Details modische Eigensinnigkeit erlauben können. Farben symbolisieren die Zugehörigkeit zu unterschiedlichen Zünften.

Die *lois de la forme du gouvernement*, die Gesetze der Regierung, erklären den korporatistischen Aufbau der Cité morellienne. Wie zu Beginn erklärt ist nach der Familie die kleinste soziale Einheit der Stamm (*tribu*), darüber kommt die *Cité* (die Städte) und noch einmal darüber kommen die *provinces* (Provinzen). So ist die Morelly'sche Republik aufgebaut. Der utopische Idealstaat ist patriarchalisch organisiert, d.h. für alle Ämter sind die Familienväter die Kandidaten. Jeder Familienvater wird im Alter von 50 Jahren automatisch Senator seines Stammes (*tribu*). Diese Senatoren sind die *Chefs de tribu*. Ein Familienvater, der einmal *Chef de tribu* ist, bleibt es sein Leben lang. Jeder dieser *Chef de tribu*-Senatoren kann für ein Jahr – durch Wahl – *Chef de cité* werden, weil dieses Amt immer nur für ein Jahr besetzt sein darf. Ebenso verhält es sich mit den *Chefs de province*. Auf höchster Ebene gibt es den *sénat suprême de la nation*, der aus den jeweiligen Senatoren der *Cités* besteht. Daneben gibt es einen *conseil suprême de la nation*, mit dem der *sénat suprême* kooperieren muss. Dieser *sénat suprême* regiert die *Cité morellienne*. Abgesehen von der Beschränkung der Ämter auf ein Jahr gibt es das Gesetz, dass in jedem Rat immer alle fünf Tage der Vorsitz gewechselt wird. So soll Ämterhäufung vermieden werden.

Die *lois conjugales* sind staatstragende Ehegesetze. Sie sollen die Gerechtigkeit des Systems widerspiegeln: in der *Cité morellienne* ist die Eheschließung verpflichtend. Alle Bürger und Bürgerinnen sollen im Alter zwischen 15 und 18 Jahren heiraten. Wie zu erwarten gibt es keine Standeshindernisse, da es in Morelly's Utopie keine unterschiedlichen Gesellschaftsschichten gibt. Die Auflösung der Ehe ist erlaubt, aber frühestens nach zehn Jahren. Danach dürfen die Bürger und

Bürgerinnen wieder heiraten, aber sie müssen zuerst eine Frist einhalten, in der sie ohne Partner bleiben sollen.

Die *lois éducatives* sind Gesetze, die eine systemtreue Erziehung der Kinder und Jugendlichen garantieren soll. Die Kinder werden zu einer Ethik der kollektiven Verantwortung erzogen. Ihr persönliches Streben nach Glück muss untrennbar mit dem Wohlergehen des Kollektivs verbunden sein. Im Alter von fünf Jahren werden die Kinder in Internaten untergebracht, wo die jeweiligen Eltern die Kinder abwechselnd betreuen und erziehen. Im Alter von zehn Jahren treten sie in die Zünfte ein und erlernen dort ein Handwerk, das ihnen zusagt und zu ihren Talenten passt. Außerdem soll jede Frau ihre Kinder selbst stillen, auch wenn sie sich von ihrem Mann scheiden lässt und die Kinder in diesem Fall in der Familie des Mannes bleiben.

Die *lois des études* setzen fest, was in der *Cité morellienne* gelehrt wird. In den Naturwissenschaften soll ohne jede Begrenzung alles erforscht werden, was möglich ist. In der Moralphilosophie dagegen darf es keine Paradigmenwechsel geben. Es herrscht eine *Ethik*, an der nichts verändert werden darf. Zu diesem Zweck werden auf Säulen und Pyramiden auf allen öffentlichen Plätzen diese unveränderbaren Gesetze der Moral verewigt. Überdies steht es jedem männlichen Bürger frei, ab dem 30. Lebensjahr Wissenschaftler zu werden.

Morellys *Code de la nature* zu lesen lohnt sich, weil er inspiriert und uns zurück zu den Ursprüngen des modernen utopischen Denkens bringt. Seine Kritik an der damaligen Gesellschaft ist Kapitalismuskritik par excellence. Geschrieben im Jahr 1755 erstaunt es umso mehr, wie radikal Morelly das Dogma des Eigentums bekämpfte. Morelly lesen heißt, die radikale Seite der Aufklärung entdecken.

Julia Wackerbauer, geboren 1996, hat in Wien und Bologna Politikwissenschaft und Philosophie studiert und schließt derzeit ihren Master in Volkswirtschaftslehre ab. Ihr Schwerpunkt ist Politische Theorie und Ideengeschichte, insbesondere die der Aufklärung.

Literatur

COE, Richard N. (1961): Morelly. Ein Rationalist auf dem Wege zum Sozialismus. Übersetzt von Rolf Geißler. Berlin: Rütten und Loehning.

DE BONI, Claudio (2012): Nature and Utopia in Morelly's Code De La Nature in Utopian Moments. Reading Utopian Texts. Edited by Miguel A. Ramiro Avilés and J.C. Davis. Bloomsbury.

MORELLY, Étienne-Gabriel (1964): Gesetzbuch der natürlichen Gesellschaft oder der wahre Geist ihrer Gesetze zu jeder Zeit übersehen oder verkannt. In der Übersetzung von Ernst Moritz Arndt (1845), Akademie-Verlag.

MORELLY, Étienne-Gabriel (2011) : Code de la Nature. Étienne-Gabriel Morelly. Édition critique / Stéphanie Roza, La ville brûle.

MUNZINGER Online: Eintrag "Morelly, Étienne-Gabriel - Code de la nature" aus Munzinger Online/Kindlers Literatur Lexikon in 18 Bänden, 3., völlig neu bearbeitete Auflage 2009. Aktualisiert mit Artikeln aus der Kindler-Redaktion. URL: http://www.munzinger.de/document/22000817600_010 (Aufruf: 5.4.2020)

ROZA, Stéphanie (2011) : Code de la nature. Étienne-Gabriel Morelly. Édition critique, Paris, La ville brûle.

SAAGE, RICHARD: Wie zukunftsfähig ist der klassische Utopiebegriff? (2004), in: UTOPIE kreativ, URL: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Utopie_kreativ/165-6/165_166-saage.pdf (Stand: 24.12.23)

VILLEGARDELLE, François : Code de la Nature par Morelly. Réimpression complète. Zugriff via Google Scholar. (Aufruf : 2.4.2020)

Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Chefredaktion: Johannes Greß

Redaktion: Charlotte Hofbauer, Christina Winder, Florian Mendl, Linda Nutz, Lorena Arancibia Encina, Michael Maier, Nathalie Hänle, Petra Kolb, Sebastian Rosenauer und Valentin Kasagrande

Autor*Innen dieser Ausgabe: Ulrich Brand, Oliver Wittich, Edgar Subak, Linda Nutz, Luca Kohlgraf, Simon Schmid, Rainer Stummer, Stefan Bodinger, Michael Maier, Alexander Bauer, Konstantin Philipp, Niklas Uhl, Petra Kolb, Julia Wackerbauer

Kontakt: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Grafik & Layout: Claire Kardas, Katharina Hegedüs

Onlinepublikation unter: www.univie.ac.at/politikwissenschaft | Offenlegung gem. §25 MedienG.

Erscheinungsweise: 1-2x/Jahr

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.



GEMEINSAM FÜR KURDISTAN

BRECHEN WIR DAS SCHWEIGEN – BEENDEN WIR DEN KRIEG

UNTERZEICHNET

JETZT UNSEREN

OFFENEN BRIEF

MEHR INFOS AUF:

GEMEINSAMFUERKURDISTAN.ORG

